D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 43
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

29. Oktober 1982
Preis 1,80 DM

Ein Hauch von Klassenkampf

acm. Nach den 200000 oder mehr, die am letzten Wochenende an den DGB-Demonstrationen teilnahmen, könnte sich in den nächsten Wochen die Zahl gut auf eine halbe Million hochschrauben. Aber die Masse allein machts nicht im Kampf gegen die „Wende". Die Inhalte dieses Kampfes werden entscheidend sein. Diese präsentierten sich bei den Kundgebungen als Angriffe auf die Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der neuen Bundesregierung. Blüm war der Buhmann der Woche, denn auch auf den Gewerkschaftstagen von Bau und Textil/Bekleidung wurde sein Vorhaben von einer „Lohnpause" mit einer „Denkpause" für ihn zurückgewiesen. Das Schlagwort „Atempause" kursierte ausgiebig und wurde zutreffend als ein Luftabdrücken gegenüber Arbeitslosen, Rentnern, Kranken, Sozialhilfeempfängern und der Masse der Lohnabhängigen gegeißelt.

Die Reden von Breit, Loderer und Judith konzentrierten sich auf Protest. Der Intention nach entsprachen sie der DGB-Stellungnahme zur Regierungserklärung, die in 14 Punkten eine Absage an die „Wendepolitik" erteilt. Neben der Kritik der Haushaltspolitik als „sozial unausgewogen und beschäftigungspolitisch verfehlt" sowie der Ablehnung der Sparmaßnahmen in den Einzelbereichen erhebt die Stellungnahme erneut die Forderung nach einem „öffentlichen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprogramm" für die Produktion des „gesellschaftlichen Bedarfs".

Was man aber gerade auf den Kundgebungen vermißte und überhaupt in den DGB-offiziösen Verlautbarungen vergeblich sucht, ist der Aspekt der gesellschaftlichen Dimension der Vorschläge der Gewerkschaften. Lieber wird schwungvoll diese oder jene Spitze gegen eine Charaktermaske von der CDU losgelassen oder sich am gräflichen Blute gelabt, als daß man *in der Gesellschaft* die Konzeption einer „Wende" im Sinne der Lohnabhängigen vorstellt, diskutiert und einfordert. Manches, was in der Sache gerecht, wohlüberlegt und auch zu machen wäre, erscheint – herausgenommen aus dem Gesamtkonzept – als Kleinmütigkeit gegenüber den „großen Problemen".

Natürlich hängt das auch damit zusammen, daß einschlägige Kräfte jede Anwandlung von „umstürzlerischen Tendenzen" vermeiden möchten. Alles soll schön über die „Fortsetzung des Reformkurses" gemacht werden. Nur, was vorgeschlagen wird, ist mit „Fortsetzung" des Reformkurses gar nicht zu machen.

Die in der Sache eigentlich zugespitzte Konfrontation zwischen Arbeiterbewegung und Kapitalinteressen nebst Regierung wurde so auf den Kundgebungen gar nicht richtig sichtbar. Wenn die Regierung sich also nur vorsichtig äußerte, nach dem Motto, unsere hehren Ziele werden verkannt, so wohl deshalb, weil sie keinen Sprengstoff für die weiteren Kundgebungen ansammeln wollte.

Jedenfalls wird die so kraftlos erscheinende Argumentation des DGB auch noch mal an der Mitbestimmungsinitiative deutlich. Mit der so richtig lahm und bürokratisch eingeleiteten Kampagne vermag man die Potenzen, die in der Frage Überwindung eines krisenhaften Systems durch gesellschaftliche Selbsttätigkeit und Kontrolle der Produzenten angelegt sind, gar nicht freizusetzen.

Diese politische Unverbindlichkeit hängt auch damit zusammen, wie sich die politischen Konturen unterhalb der DGB-Ebene entwickeln. Der Druck der Lage führt nicht automatisch zu einem Zusammenrücken der Einzelgewerkschaften und einem radikaleren Kurs, sondern schafft auch Nährboden für politischen Schwachsinn. Bewiesen hat das die IG Bergbau und Energie schon in den letzten Wochen, als sie von der Demonstration abriet und abwarten wollte, ob die neue Regierung vielleicht auch am Steinkohlenbergbau festhalten will. Eine große Koalition hatte man in diesen Kreisen sowieso schon länger favorisiert. Weiteren Anschauungsunterricht in dieser Richtung lieferten auch zwei Gewerkschaftstage.

Bei der BSE schmeißt man sich für Kernkraftwerke und Entsorgungsanlagen in die Bresche, wo andere Gewerkschaften schon viel vorsichtiger geworden sind. Da wird gegen „Umweltschützer, Grüne und Bürgerinitiativen" polemisiert, denn „diese Leute stehen zwischen uns und unseren Arbeitsplätzen".

Oder die GTB: Unter dem Motto „Alles für die Arbeitsplätze" wird der Investivlohnvorschlag in geheimer Abstimmung auf dem Gewerkschaftstag durchgedrückt. Damit sollen die Kapitalisten einen Teil des Lohnes in zinsgünstige Darlehen verwandelt bekommen. Über zu schaffende Arbeitsplätze will man dann mitentscheiden. Dann wird quasi die Wiedereinrichtung der „Konzertierten Aktion" verlangt, denn „nicht in Mammutveranstaltungen mit Fensterreden, sondern in einer kleinen und leistungsfähigen Runde" könnten die Krisenprobleme angegangen werden, so der Vorsitzende Keller. Der ist sich nicht mal zu schade, um in einem Atemzug gegen die DGB-Aktionen zu polemisieren und das Bündnis mit den „marktheilenden Kräften" zu beschwören. Dieser binnenpolitische Kurs wird noch ergänzt durch die Forderung, die „Unternehmer sollten ein aggressives Marketing auf Auslandmärkten treiben", dazu verbunden mit der Vorstellung, das Welttextilabkommen als Waffe zum Schutz der eigenen Arbeitsplätze einzusetzen *(siehe auch Seite 13).*

In der Setzung solcher politischer Prioritäten drückt sich unverkennbar eine Hilflosigkeit gegenüber den herrschenden Krisenerscheinungen aus, denen mit branchenbezogenen Maßnahmen und Vorstellungen zu begegnen gesucht wird. Doch das Ende einer politisch/ökonomischen Ära – symbolisiert auch durch Schmidts Rücktritt von seiner Kandidatur – macht klar, daß mit einer solchen Politik die Arbeiterbewegung keinen Schritt vorwärts kommt, sondern in Abwehrkämpfen erstickt wird.

Deutlich wird die Gefahr, daß in der jetzigen politischen Lage nicht mit einem umfassenden Gegenprogramm auf die Krise aller gesellschaftlichen Beziehungen reagiert wird. Dann aber würde der Hauch von Klassenkampf, der im Zusammenhang mit den Demonstrationen des DGB deutlich zu spüren ist, schnell verfliegen.

Bericht über DGB-Kundgebungen Seite 3



Wirtschaftspolitik am Ende

Grüne legen Entwurf für alternatives Wirtschaftsprogramm vor

frb. Scheibchenweise präsentiert die öffentlichkeitswirksame Politik die Wahrheit über die wirtschaftliche Lage, nach dem Sondergutachten des Sachverständigenrates liegt jetzt das *Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute* vor. Die Aussichten werden hier noch trüber gezeichnet als schon im Sondergutachten. Für 1983 wird andauernde Stagnation bezüglich des Sozialprodukts angesagt und die bleibt labil. Reißt etwa die internationale Kreditkette, die sich durch den gesamten Weltmarkt zieht, so wird die Stagnation zum Absturz. Ein akuter Nachfragerückgang träfe in bisher nicht gekannter Weise mit fundamentaler Wachstumsschwäche zusammen, schreiben die Forscher. Über die Verhaltensweisen in einer solchen Lage gäbe es keine Erfahrung.

Ein wahrer Offenbarungseid findet sich in der folgenden Formulierung: „Möglicherweise wäre angesichts der akuten Wirtschaftsschwäche eine Wirtschaftspolitik optimal, die kurzfristig eine Nachfragestützung in den Vordergrund stellte, die Konsolidierung dagegen auf eine Zeit der wirtschaftlichen Besserung verschöbe; *doch man muß feststellen, daß diese Option (= Möglichkeit) praktisch nicht besteht.*" Mit anderen Worten, was helfen könnte, ist nicht machbar. Die alte Wirtschaftspolitik ist am Ende.

Das bürgerliche Lager ficht es nicht an, die ausgetretenen Pfade der Vergangenheit werden dennoch als zukunftsweisend empfohlen. Vom Erhardschen Maßhalteappell über die Gürtelquetschverordnung folgt die Politik nun dem Befehl zum Atem anhalten. Durchhalteappelle werden ausgegeben, die „Frankfurter Allgemeine" bringt es auf die Formel: „Vorrang für Investitionen, Kürzen von Konsumausgaben, Verzicht auf alles, was das Anspruchsdenken festigt."

Und die neue Regierung setzt Tatsachen. Fast täglich werden neue Maßnahmen verkündet, jeweils begründet mit dem Zwang der Verhältnisse. Bis März werden da einige Pflöcke gesetzt sein, und die SPD wird unfähig sein, zu sagen, welche Maßnahmen sie zurücknehmen würde. Weil sie kein Konzept hat – außer daß sie die „Ergänzungsabgabe" nicht zurückzahlen würde, was selbst Teilen der CDU naheliegend scheint.

Wir berichten in dieser Ausgabe über das Sondermemorandum der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" und dokumentieren auf zwei Seiten die wichtigsten Teile des Entwurfs für ein Wirtschaftsprogramm der Grünen. Viel hängt davon ab, ob die Linke in der Diskussion um die alternative Wirtschaftspolitik vorankommt.

Ob der Entwurf der Bundeswirtschafts-AG der Grünen dazu beiträgt, ist ungewiß. Das Positivste ist vielleicht, daß er überhaupt von der wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus ausgeht. Der Entwurf hat drei große Fehler. Er enthält seine Grundsatzpositionen, die zu klären wären, allenfalls versteckt, weshalb die Diskussion darum entsprechend chaotisch ist und etwa im Landesverband Hessen allen Ernstes darüber abgestimmt werden muß, ob man das Wort Wachstum nun ohne „" oder mit „" schreiben solle. Zweitens ist er im Forderungsteil unausgegoren, hinter der Zeit zurück, weicht wichtigen Feldern aus und schwächt sich über Zusammenhänge aus. Drittens bleibt wieder mal die Frage, wie die Maßnahmen – von oben und von unten her – durchzusetzen seien, im Nebel.

Die Schwächen beginnen mit der Überschrift. Die Einschränkung auf ein „Programm gegen Arbeitslosigkeit" im Titel ist bereits ein Kompromiß; dabei verlangt doch die Politische Lage so und so ein umfassendes *Wirtschaftsprogramm.* Weltentrückte Ökos lehnen den Entwurf ohnehin ab; an einem Gegenentwurf wird gearbeitet. Bleibt darauf hinzuweisen, daß der DGB, was die aufgeworfenen Fragen angeht, durchaus mithalten kann. Das wird aber noch nicht genutzt.

Schwierige Nahostdiplomatie

cof. Die Ergebnisse der Gespräche zwischen Reagan und König Hassan von Marokko werden in der US-Administration optimistisch beurteilt. Die Vertreter aus sechs arabischen Ländern schienen empfänglich für Reagans Nahost-Plan vom 1. September. Daß Hassan nicht allein die Reagan-Initiative und die UNO-Resolutionen 242 und 338, sondern allen voran die 8-Punkte-Erklärung von Fes als Basis für „Frieden und Koexistenz" in der Region bezeichnet hat, macht Punkte der Annäherung wie gleichermaßen die Differenzen deutlich.

Rückgabe besetzter Gebiete und eine palästinensische Autonomie à la Reagan nach vorheriger Anerkennung Israels stehen der Erläuterung Hassans entgegen, die er hinsichtlich des Punktes 7 der Charta von Fes gab: Der bedeute und zeige den Willen aller arabischer Staaten, den Kriegszustand zwischen allen Ländern der Region zu beenden. Beginnen müsse der Friedensprozeß mit einem Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten. Wenn die Vorkriegsgrenzen wiederhergestellt seien, „dann müssen wir sagen, daß dieses die Grenzen von Israel sind – uneingeschränkt – was Israel dann die Gelegenheit gibt zu sagen, es lebe in Frieden und Sicherheit". Und bedeutsam ist sein Hinweis auf die Notwendigkeit, daß die Gespräche zwischen Arafat und Hussein von Jordanien zu einer „gemeinsamen Grundlage" für Friedensverhandlungen führen müssen.

Obwohl das haschemitische Königreich wohl am ehesten für die US-Pläne zu erwärmen wäre, denn eine israelische Annexion der Westbank würde seine Herrschaft infolge der dann zu erwartenden neuen palästinensischen Flüchtlingsströme am meisten bedrohen, haben sich Arafat und Hussein arabischen Zeitungen zufolge gemeinsam gegen die jordanische und für eine palästinensische Option eines Teilstaats ausgesprochen. Beide Supermächte sollen eine annehmbare Lösung garantieren. Angeblich hat Arafat König Hussein ermächtigt, als Vermittler gegenüber der US-Regierung bezüglich der besetzten Gebiete zu verhandeln, ohne Vollmachten allerdings.

Die Gespräche in Amman finden jedoch nicht die ungeteilte Zustimmung der Palästinenser-Organisationen, und insbesondere Syrien versucht hier zu intervenieren. Für die PLO wird es in naher Zukunft jedenfalls nicht einfach sein, die Aufwertung, die sie durch die jordanische Regierung erfährt, nicht gegen ihre Unabhängigkeit als einzig legitime Vertretung der Palästinenser ausspielen zu lassen und im Gerangel der arabischen Staaten untereinander nicht das Terrain zu verlieren, das sie auf politisch-diplomatischer Ebene nach dem Abzug aus Beirut gewonnen hat. So beklagt Arafat denn auch den Druck, der inzwischen auf die PLO von allerlei Seiten ausgeübt wird, und fordert die Einrichtung eines Hauptquartiers in Amman.

Trotz starker Bedenken stimmt GAL Neuwahlen zu

So aber werden am ehesten Hamburger Fragen wie Hafenerweiterung, Energiepolitik u.a. im Mittelpunkt stehen

ebn.Hamburg. In der Debatte der Hamburger Bürgerschaft am Sonntag, dem 24.10., wiederholte Thomas Ebermann, Fraktionsvorsitzender der grün-alternativen Liste, eine Selbstkritik, die er schon 2 Tage vorher auf der Mitgliederversammlung der GAL vorgebracht hatte:

Er habe da einen dummen Fehler gemacht und sei auf die Tricks des SPD-Fraktionsvorsitzenden Voscherau hereingefallen. Ebermann hatte sich von Voscherau die Unterschrift unter einen interfraktionellen Antrag auf Wahlkampfkostenerstattung abluchsen lassen – zwei Tage bevor die GAL-MV über ihre Haltung zum SPD-Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft und Neuwahlen am 18.12. entscheiden wollte. Im Unterschied zu anderen, so sagte Ebermann in seiner Bürgerschaftsrede, laste er aber diesen Fehler nicht seinen Schreibautomaten an.

Die CDU hatte diese Unterschrift Ebermanns in geeigneter Form der Presse zur Kenntnis gebracht, zusammen mit der Bewertung, Ebermann habe sich mit der SPD insgeheim schon auf Neuwahlen geeinigt unter Mißachtung der vielgerühmten basisdemokratischen Prinzipien der GAL.

Unmittelbares Ziel der CDU-Intrige war es, die GAL-MV sozusagen zu einem Aufstand gegen die Fraktion zu provozieren in der Richtung, nun auf keinen Fall dem SPD-Antrag zuzustimmen. Von den Fraktionsmitgliedern war bekannt, daß sie mehrheitlich für Zustimmung zum SPD-Antrag waren, während der Koordinierungsausschuß der GAL, das höchste gemeinsame Entscheidungsgremium von alternativer Liste und Grünen zwischen den gemeinsamen GAL-Mitgliederversammlungen, nach dem Abbruch der Gespräche durch die SPD zunächst sich gegen eine Zustimmung zu dem SPD-Ansinnen ausgesprochen hatte. Diese Widersprüche wurden dann auch noch von „Kennern" der „Hamburger Szene" in Zusammenhang gebracht mit Streit über diese Frage zwischen dem KB, dessen Mitglieder ein gewisses Gewicht innerhalb der AL haben, und der Gruppe Z, deren Mitglieder ein gewisses Gewicht innerhalb der Hamburger Grünen haben.

Allgemein sind diese Art von Streit und Spaltungen natürlich eine Art strategischer Hoffnung der Reaktion. Und die Aufregung in den Reihen der Mitglieder und Anhänger der GAL war auch nicht eben klein. Aber – zum Glück – haben sich die Vermutungen über Hintergründe als Spekulation ohne Grundlage herausgestellt. Die entsprechende Erklärung Ebermanns und der GALier aus dem Fraktionsbüro schaffte das Problem umstandslos aus der Welt, und die von über 500 Leuten besuchte Mitgliederversammlung ließ sich weder durch die SPD-Tricks noch durch die CDU-Machenschaften in die fundamentaloppositionelle Trotzecke drängen. Die Diskussion führte schließlich zu einer klaren ¾-Mehrheit für eine Zustimmung für den SPD-Antrag. Nicht nur unter dem Gesichtspunkt dieses Ergebnisses, sondern auch ihres politischen Niveaus wegen, war diese Debatte sicherlich eine der besten aller bisherigen Mitgliederversammlungen.

Einhellig brachte die MV zum Ausdruck, daß sie diesen Neuwahlen mit dem größten Mißfallen gegenübersteht (wesentliche Begründung).

Obwohl SPD und CDU beide unablässig bemüht sind, das parlamentarische System im allgemeinen mit höheren Weihen auszustatten und als Inkarnation von Demokratie und Volkssouveränität hinzustellen, geht es ihnen beiden um alles andere als um ihre Legitimation durch die Wähler, sondern ausschließlich um die Ausnutzung günstiger bzw. Vermeidung ungünstiger kurzfristiger Umstände für den Ausbau oder Erhalt ihrer Machtpositionen (die CDU hatte erst 10 Tage vorher die Auflösung der Bürgerschaft beantragt und wollte dies nun ablehnen, wenn der Dohnanyi-Senat nicht zuvor zurücktrat. Und Dohnanyi hatte noch 20 Stunden vor Bekanntgabe seines Entschlusses, die Gespräche mit der GAL abzubrechen und nun doch Neuwahlen herbeizuführen, erklärt, bei solchen Neuwahlen käme doch ungefähr das gleiche Kräfteverhältnis heraus wie zuvor, deshalb halte er nichts davon). Die innere Durchsichtigkeit läßt natürlich auch einen großen Teil des Hamburger Wahlvolks diese Manöver durchschauen, und es ist nur gut und vernünftig, wenn die GAL hierzu auf deutliche Distanz geht und damit nicht identifiziert werden möchte.

Folgende Gründe bewogen die MV, sich dennoch für eine Zustimmung zu dem SPD-Antrag zu entscheiden:

1. Es liegt nicht in der Macht der GAL, Neuwahlen überhaupt zu verhindern. Der SPD-Antrag hat aber gegenüber den CDU-Plänen den Vorteil, daß die Wahlen so schnell wie möglich kommen. Dadurch wird zum einen das gegenwärtige papierene Geschachere von SPD und CDU auf den kürzest möglichen Zeitraum begrenzt. Zum anderen ist es in den nächsten zwei Monaten noch eher möglich, im Wahlkampf über Hamburger Politik einen Streit mit SPD und CDU zu führen als etwa im Februar oder März in der Nähe der beabsichtigten Bundestagswahlen.
2. Bei einer Neuwahl im Dezember kann man beweisen, daß die GAL durch derartige Manöver nicht parlamentarisch ausradierbar ist.
3. Obwohl sich durch Neuwahlen vermutlich tatsächlich nichts grundlegend ändert an den Hamburger Verhältnissen (vielleicht, daß die SPD wieder stärkste Fraktion wird), macht man demagogische Angriffe auf die GAL, sie blockiere alles und nun auch noch die Schaffung klarer Verhältnisse, von vorneherein unmöglich.

Einig war sich die MV auch, daß die GAL in der öffentlichen Auseinandersetzung dann stark sein werde, wenn möglichst konkret über Hamburger landespolitische Fragen gestritten werde. Aus dieser Einschätzung leitete ein Teil der Minderheit der MV die Position ab, man solle sich dem Neuwahltheater insgesamt entgegenstellen, also auch dem SPD-Antrag nicht zustimmen und stattdessen so schnell wie möglich aus den Positionspapieren für die Verhandlungen mit der SPD Sofortprogramme für die verschiedenen Bereiche entwickeln, mit kleinen begrenzten politischen Schritten, die sich auch jedesmal auf bestimmte klar umrissene politische Ziele bzw. Bewegungen beziehen. Mit derartigen Sofortprogrammen ließe sich auch allen Angriffen bzw. der SPD in Hinsicht auf eine Ablehnung aller Anträge auf Neuwahlen begegnen.

Selbst wenn die GAL zu allen ihren Positionspapieren aus den Verhandlungen mit der SPD Konkretisierungen in kürzester Zeit erarbeiten könnte, so hätte sie es sicherlich weder personell noch organisatorisch noch materiell im Kreuz, der SPD aufzuzwingen, welches die Gegenstände der Wahlkampfauseinandersetzungen sind und wie darüber gestritten wird. Insofern sind die oben genannten Argumente damit nicht entkräftet.

Außerdem ist es beispielsweise bei den Fragen einer alternativen Wirtschaftspolitik für Hamburg nicht so sehr das Problem, vorhandene Positionen konkreter auszuarbeiten, sondern eher umgekehrt, erst einmal mehr ins Grundsätzliche zu gehen.



Bei anderen Themen hingegen bedarf es durchaus noch etlicher Anstrengungen, um zu entwickelten Positionen zu kommen, etwa bei allen Bildungsfragen. Daß ein Teil der Mitglieder der GAL sich in dieser Richtung mit fundamentaloppositionellem Politikverständnis selbst im Weg steht, zeigte ein Streit der Umwelt- und der Energie-Fachgruppe auf der vorletzten Mitgliederversammlung. Ein Positionspapier der Energie-Fachgruppe stieß auf erbitterte Ablehnung durch die Umwelt-Fachgruppe, weil darin das Problem der Stromunterversorgung Hamburgs bei sofortiger Abschaltung aller Hamburg versorgender Atomkraftwerke behandelt wurde.

Trotzdem bleibt richtig, daß es die Stärke der GAL bei den Verhandlungen mit der SPD, ausgemacht hat, daß sie in erstaunlich kurzer Zeit zu einer stattlichen Anzahl politischer Fragen einigermaßen entwickelte Positionen erarbeitet hat. Es lag in der politischen Absicht der SPD keine anderen Stellungnahmen mehr vorbringen zu können als: utopisch und unrealistisch oder interessant und wünschbar, aber nicht finanzierbar. Ein großer Teil der Hamburger SPD hatte die Verhandlungen mit der GAL von vorneherein abgelehnt und noch am Wahlabend, wie etwa der Innensenator Pawelschik, bereits Neuwahlen gefordert. Die SPD-Linken unterlagen auf dem Hamburger Parteitag unmittelbar nach den Wahlen mit ihrer Absicht, zu tatsächlichen politischen Korrekturen zu kommen und Gespräche mit der GAL ernsthaft und mit der Bereitschaft zu Kompromissen zu führen. Die Bonner SPD-Spitze hatte offenbar die Gespräche gebilligt innerhalb der Grenzen einer Taktik, wie sie das „Handelsblatt" am 20. September formulierte: „Für die Parteienlandschaft wird es von großer Bedeutung sein, ob die SPD als Oppositionspartei in Bonn viele kritische Wähler, die sich bisher den Grünen, Bunten und Alternativen zugewendet haben, wieder an sich bindet. Die Integration dieser Kräfte kann nicht nur der SPD nützen, sondern dem Staat insgesamt."

Und innerhalb dieser Grenzen gab es für die SPD als Regierungspartei in Hamburg nur die Fortsetzung von „sozialdemokratischer Politik" so wie in den letzten Jahren bzw. „von Sozialdemokraten verantwortbare Politik", die sich aber auch nicht wesentlich unterscheidet von dem was bisher von ihnen verantwortet wurde.

Jedenfalls beurteilte der Journalist Schütte von Springers „Welt" das Bilanzpapier des Bürgermeisters von Dohnanyi folgendermaßen: „Dem Papier ... merkt man übrigens an, wer im Senat Rückgrat gezeigt hat. Wirtschaftssenator Volker Lange und Innensenator Alfons Pawelschik waren nicht bereit auch nur einen Millimeter von der SPD-Linie abzuweichen." Und Michael Schwelin schreibt in der „Zeit" vom 15. Oktober: „Bei näherem Hinsehen entpuppt sich Dohnanyis Zusammenfassung nämlich als ein nur verbales Entgegenkommen an die GAL. Nur in zwei Punkten ging er über frühere – nicht verwirklichte – Beschlüsse der SPD hinaus. Er will – der GAL folgend – Schulklassen für Jugendliche ohne Lehrstellen auflösen. Außerdem verspricht er eine neue gesetzliche Grundlage für die Reinhaltung der Elbe. Mit diesen Zugeständnissen wollte sich die GAL ihr Ja zum Haushalt nicht abkaufen lassen."

Die Chancen, daß die SPD sich innerhalb des nächsten halben Jahres so weit nach links bewegt, daß daraus ein einigermaßen haltbares „rot-grünes Bündnis" (Kiep) wird, etwa nach der nächsten Bundestagswahl in Bonn, scheinen schlecht zu stehen. Die Felder der Bundespolitik und der Außen- und Verteidigungspolitik beinhalten ja mehr zusätzlich Trennendes als Verbindendes gegenüber den Feldern der Landespolitik und noch dazu in einem Stadtstaat, in dem die SPD in der Lage ist, etwa 10 bis 12 Landesparteitage im Jahr abzuhalten und sich demzufolge Bestrebungen der Mitgliedschaft noch am leichtesten durchsetzen lassen.

Aber selbst in Hamburg ist es schwer vorstellbar, daß etwa in der Frage der Hafenerweiterung sich einfach der Mitgliederwille der SPD im kommenden Jahr durchsetzen lassen würde. Seit 30 Jahren bildet hier die SPD den geschäftsführenden Ausschuß für die Bourgeoisie mit allen Folgen der Verfilzung und Verflechtung des sozialdemokratischen beherrschten Stadtstaatapparates mit dem Kapital. Der Hafen ist eines jener Expansionsfelder, an dem das Kapital in Hamburg mit am verbissensten festhält. Auch wenn niemand in Hamburg bisher klare Zahlen über den Bedarf an Umschlagfläche im Jahr 1995 oder gar im Jahr 2005 angeben kann, auch wenn nach dem Stadtteil Altenwerder auch noch Moorburg und Francop plattgemacht und aufgespült werden müssen – der Hafen soll auf jeden Fall erweitert werden, um im europäischen Konkurrenzkampf mit vorn zu liegen. Eine Argumentationsstärke der SPD, die die „Welt" nach einer kürzlichen Fernsehdiskussion im 3. Programm zwischen SPD und GAL so kommentierte: „Die SPD muß glücklich sein, wenn nicht noch einmal im Fernsehen um die Hafenerweiterung gestritten wird."

Antrag auf Asbestverwendungsverbot angenommen

nia. Westberlin. Am vergangenen Donnerstag brachte die Fraktion der Alternativen Liste in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg ein Ersuchen gegen die Verwendung von Asbest und asbesthaltigen Produkten bei bezirklichen Aufträgen ein. Vorausgegangen waren dem zwei kleine Anfragen über die Verwendung von asbesthaltigen Stoffen an öffentlichen Gebäuden im Bezirk. Der Baustadtrat (CDU) hatte in seiner Antwort erklärt, er habe keinen Überblick, gehe aber davon aus, daß überall asbesthaltige Stoffe verwendet worden seien, und dies auch in Zukunft so sein werde, da die Verarbeitungsrichtlinien für Baumaterial dies nicht untersagen. Der Gesundheitsstadtrat (SPD) war dagegen ausführlich auf die gesundheitsgefährdende Wirkung von Asbest eingegangen und hatte angeregt, „daß eine sukzessive Substitution der Asbestbestandteile den zur Anwendung kommenden Materialien durch gesundheitlich unbedenkliche Baustoffe realisiert werden sollte ... Öffentliche Aufträge könnten mit der Auflage verbunden werden, Asbest und asbesthaltige Stoffe nicht zu verwenden, sofern gleichwertige aber weniger gefährliche Materialien ohne wesentliche Mehrkosten zur Verfügung stehen." Bei der Abstimmung über den Antrag wurde zum ersten Mal seit die AL in der BVV ist in der CDU die Fraktionsdisziplin gebrochen: zwei von ihnen stimmten mit AL und SPD für den Antrag. Damit ist Charlottenburg der erste Bezirk in Westberlin, in dem ein solcher Antrag beschlossen wurde. Auf Abgeordnetenhausebene ist eine entsprechende Initiative der AL bislang in den Ausschüssen abgebügelt worden. Da nach dem Westberliner Bezirksverwaltungsgesetz Beschlüsse der BVV das Bezirksamt nicht binden, sondern lediglich empfehlenden Charakter haben, bleibt abzuwarten, wieweit dieser Beschluß umgesetzt wird. Doch dürfte es dem Bezirksamt schwerfallen, eine Begründung zu liefern, falls es nicht zumindest versucht, sich daran zu halten.

Erster Prozeßtag gegen Alexander Schubart

kvz. Der Saal war schon von den Prozessen gegen Sieglinde Hofmann u.a. ausgebaut, mit Trennscheibe, separatem Besucheraufgang, Möglichkeiten zur Kontrolle jedes einzelnen Besuchers. Die Kontrollen waren eher noch schärfer als bei diesen „Terroristenprozessen", als der Prozeß vor der Frankfurter Staatsschutzkammer gegen Alexander Schubart wegen „Nötigung von Verfassungsorganen" an diesem Mittwoch begann. Es sei kein Terroristenprozeß, versicherte der Vorsitzende Richter Schäfer, aber was für ein Prozeß dann stattfinde, mochte er auch nicht definieren und die Sicherheitsvorkehrungen aufheben, wie es die Verteidiger in einem Antrag gefordert hatten, ebenso wenig. So oder so ist der Gerichtssaal mit maximal 90 Sitzplätzen reichlich klein. Schon am vergangenen Freitag hatten die Grünen und andere gefordert, in einen größeren Saal umzuziehen, um überhaupt ein Mindestmaß von Öffentlichkeit sicherzustellen. Gleich zu Beginn forderten die Anwälte von Alexander Schubart ebenfalls eine Ersetzung der Bundesanwaltschaft als Anklagebehörde. Schließlich ginge es hier, wenn man sich schon darauf einlassen wolle, um die hessische Landesregierung. Aber Rebmann und sein Adlatus Lampe, der für die Bundesanwaltschaft am Prozeß teilnahm, hielten die ganze Angelegenheit von bundesweiter Bedeutung. Als Begründung diente gleich eine Erweiterung des Eröffnungsbeschlusses gegenüber der Anklageschrift, der auch das Auftreten Schubarts am 14.11.1981 vor den Kameras der „Heute"-Sendung mit einbezog. Der nächste Prozeß-Termin ist am Montag, 1.11.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Oktober

- **30. Stuttgart.** Landesweite DGB-Demonstration gegen Sozialabbau etc., Demonstration ebenfalls in **Hannover**
  - **Salzgitter.** Demonstration gegen den Schacht Konrad
  - **Hannover.** Treffen von Alternativen Listen u.a. wegen Listenbildung
- **31. Recklinghausen.** Auch wir wollen eine Zukunft. Veranstaltung zum Thema Ausländer und Gewerkschaft
  - **Hannover.** Bundeskongreß der DS zur Bundestagswahl.

November

- **2. Aachen.** 10. Bundespersonalräte-Konferenz der DPG, bis 3.11.
- **4. Bremen.** Demonstration und Kundgebung des DGB gegen Sozialabbau
- **5. Kassel.** Anti-AKW-Konferenz, bis 7.11.
  - **Berlin.** Parteitag der FDP, bis 7.11.
- **6. Hamburg. Saarbrücken.** Demonstration und Kundgebung des DGB gegen Sozialabbau
  - **Frankfurt.** Vorbereitungstreffen für die Europäische Friedenskonferenz in Westberlin im Mai 1983, bis 7.11.
  - **o.O.** a.o. Landesdelegiertenversammlung der Grünen NRW, bis 7.11.
- **7. BRD.** Beginn der Friedenswochen, bis 17.11.
- **8. Dortmund.** „Ersatzstoffe für Asbest", Informationstagung, bis 9.11.
- **9. München.** Electronica '82, bis 13.11.
- **12. Hagen.** Bundesdelegiertenversammlung der Grünen, bis 14.11.
- **13. Oberhausen.** Internationales Friedenstreffen von END und verschiedenen Friedensinitiativen, bis 21.11.

mine · Termine · Termine · Termine · Te





DGB-Kundgebungen

„Die APO macht mobil"?

kvz. Unsere Bewegung muß ‚ernst' und ‚breit' werden, hatte freundlich distanziert die Frankfurter Sponti-Scene die DGB-Demonstration am 23. Oktober 1982 begrüßt. Da war schon was dran, wenn man die Kundgebungen sah. Ihre Stärke war die große Zahl der Teilnehmer. Rund 60000 in Frankfurt, die gleiche Zahl in Nürnberg und in Dortmund über 100000. Da mochte die FAZ nur noch im Lokalteil an den Zahlenangaben rummäkeln. Nach Abschluß der letzten Demonstration am 15.11. in Westberlin könnten mehr als eine halbe Million überschritten sein. Das wäre dann die größte Manifestation in der Nachkriegsgeschichte. ‚Ernst' war sie eigentlich auch, kein so lockerer Spaziergang, kein Woodstock wie im Juni in Bonn. Sondern eben Protestkundgebung der Arbeiter und Angestellten gegen die Verhältnisse „in diesem unseren Land", die immer dann ihre Identität fand, wenn es scharf gegen die kapitalistischen Verhältnisse – die Massenarbeitslosigkeit, niedrige Einkommen aber hohe Belastungen durch staatliche Abgaben, Sozialabbau und Rüstung hervorbringen – gegen die Kapitalisten und ihre Minister, besonders, wenn sie Blüm und Lambsdorff heißen, ging. Betriebsräten, die über Stillegungen ihrer Betriebe berichteten und die die schlechte Lage der Lohnabhängigen und ihrer Familien schilderten, ihnen war der Beifall sicher. Das entsprach den Erfahrungen der Gekommenen.

Gekommen waren in der Mehrzahl Arbeiter und Angestellte jenseits der 40 und die heutige Gewerkschaftsjugend. Es fehlten die alternative Scene, die neue Jugendbewegung aus Jugendinitiativen, die teilweise zu den Maidemonstrationen kommen.

Relativ groß und geschlossen die Blocks der IG Metall und IG Druck. Im DGB und in den anderen Gewerkschaften hängt die Mobilisierung oft daran, ob die Funktionäre dies unterstützen oder nicht. Da gibt es Gewerkschaften, die ihre Busse von Fabrik zu Fabrik fahren lassen, die bis in die Eifel hinein die Mitglieder aufsammeln und ihnen so überhaupt die Möglichkeit bieten, kollektiv an den Demonstrationen teilzunehmen. Da gibt es aber auch Gewerkschaften wie die IG Bergbau, die noch zur Regierungszeit Schmidts davon abgeraten hat, Demonstrationen gegen die Regierungspläne durchzuführen. Ihre Haltung hat sich auch bei der neuen Regierung nicht groß geändert, sie bietet der CDU-FDP-Bundesregierung an, „gemeinsam" die Kohlekrise zu lösen. Es reicht gerade noch dazu, daß im Aachener Revier die IG BE pflichtschuldig 5 Karten pro Ortsverein an die Vorstände verteilt, „wer will, kann ja fahren".

„Die APO macht mobil" fragte (beunruhigt?) das Handelsblatt. Offensichtlich geht die Furcht vor „der Straße" auch in den Gewerkschaftsvorständen um. „Der Schritt zum ungeordneten Aufstand ist ja nicht sehr weit. Das wollten wir vermeiden. Dieser Staat ist auch unser Staat. Die Bundesregierung hat nach Abschluß der Kundgebungsrunde genug Zeit, darüber nachzudenken." Das ist wohl wahr, nur warum sollte sie ihre Politik nach diesen ersten Kundgebungen ändern? Denn wie es weitergehen soll, wie man sich gegen die Maßnahmen mit Erfolg zur Wehr setzen kann, das kam in den Reden nicht zum Ausdruck. Wie müßte denn ein Plan aussehen, der die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, die nicht für die neue Regierung und ihre Politik ist, aufgreift und formuliert, das kam keinem der Vorstandsredner auch nur in Andeutungen über die Lippen. Da gibt es ja was. Aber nur das Wort „Beschäftigungsprogramm" war von Breit zu hören. Sogar die Mitbestimmung, das Lieblingskind der Sozialdemokraten, wurde stiefmütterlich abgehandelt.

zialabbau und Rüstung hervorbringen | aber auch Gewerkschaften wie die IG | wurde stiefmütterlich abgehandelt.







„Nicht wer alt ist, soll in Rente gehen, sondern der, der die Kohle hat"

Doris Frühe, Betriebsratsvorsitzende Fa. Lösch

Mit der Textil- und Bekleidungsbranche können die meisten nur so viel anfangen, daß dort brauchbare und schöne Dinge produziert werden. Die Arbeitsbedingungen sind weniger schön. 1970 waren in dieser Branche noch eine Million Beschäftigte zu verzeichnen.

1981 waren es noch 550000. Die Schrumpfung geht ständig weiter. 30000 verloren in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ihren Arbeitsplatz. Die restlichen 480000 sind alles andere als sicher davor. Gründe für diese Situation sind – wie in allen anderen Bereichen – die steigende Produktivität, Rationalisierungen, Billigimporte aber vor allem massenhafte Verlagerung von Produktionsstätten durch deutsche Unternehmer in Länder, in denen man die Menschen ohne minimalsten sozialen Schutz auspressen kann wie die Zitronen ...

Wo überwiegend Frauen beschäftigt sind – über 90 Prozent sind es in der Bekleidungsindustrie –, werden alles andere als hohe Löhne gezahlt. Fast haben wir das Schlußlicht der Lohnskala der Gesamtindustrie erreicht. Eine Akkordnäherin – der überwiegende Teil unserer Branche – verdient bei Normalleistung 9,00 DM in der Stunde. Das sind 1557,00 DM brutto im Monat. Eine Musternäherin – Fachkraft der Branche – erhält nach Tarif 1650,00 DM brutto im Monat. Dies sind Einkommen, mit denen man – wenn man damit auskommen muß – ein perfekter Zauberkünstler ist. Um diese Einkommen zu steigern, müssen die Frauen ihre monotone, zerstückelte und nervenaufreibende Tätigkeit in einem Tempo ausführen, das gesundheitsschädigend und unmenschlich ist ...

Wenn sie das Letzte aus sich herausholt, heißt es nicht „die Person hat etwas geleistet", „sondern die Vorgabezeiten sind zu hoch". Und wieder einmal versucht man, den Refa-Mann auf sie zu hetzen. Hinzu kommt das Spiel mit der Angst ...



Politiker der konservativen Parteien, die es mit fragwürdigen Mitteln geschafft haben, endlich an die Macht zu kommen, sprechen von der Wende. Wir wissen, was wir von dieser Wende zu halten haben. Ihre Zukunftsvorstellungen sind für mich Märchen für Erwachsene, sie können für uns zum Alptraum werden. Vorbilder ihrer Politik sehen sie in England und Amerika. Wir wissen, daß dort Arbeitnehmer bluten müssen, die Arbeitslosigkeit aber steigt und steigt. Nach ihren Vorstellungen werden in Zukunft nur noch privilegierte Gruppen ihre Kinder studieren lassen können. Nicht wer krank ist, soll sich ins Bett legen können, sondern man muß auch noch das nötige Kleingeld dazu haben. Nicht der Kurbedarf soll genügen, sondern das Geld im Portemonnaie soll entscheiden. Nicht wer alt ist, soll in Rente gehen, sondern der, der die Kohlen dazu hat. Die Mieten sollen raufgehen, der Mietzuschuß aber ständig gekürzt werden. Die Arbeitslosen sollen mehr denn je die Unzulänglichkeiten unseres Systems tragen. Dafür sollen Unternehmen unterstützt werden, damit sie weiter auf unsere Kosten rationalisieren können. Die Erfahrung hat uns gezeigt, selbst Puderzucker, den man den Unternehmern in den Hintern bläst, ändert nichts an unserer Situation. Wenn kein Absatz zu erwarten ist, wird nicht eine Erweiterungsinvestition getätigt. Lieber legt man sein Geld für hohe Zinsen an ...

Wir sagen Nein zu Sozialabbau, Nein zum Rüstungswahnsinn, wir kämpfen für Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Mitbestimmung. Wir wissen, daß man es uns nicht leicht machen wird. Wir müssen den konservativen Kräften Widerstand leisten. Unsere Vorfahren in der Arbeitnehmerorganisation haben nicht dafür gekämpft, daß wir die schwer errungenen Leistungen genommen bekommen. Wir setzen uns gemeinsam zur Wehr. Ich glaube an den Spruch „Millionen sind stärker als Millionäre".

Leserbriefe

Zur Umstellung bei KVZ und „Kommunismus und Klassenkampf“

Ich bin nicht organisiert, versuche mich jedoch politisch etwas einzumischen, arbeite kontinuierlich in der Gewerkschaft etc. Gerade nach der Abspaltung des BWK hat die KVZ für mich sehr gewonnen – Überblick über Lage, eigene Einschätzungen (die manchmal etwas *zu* vage sind), Dokumentation. Der Gebrauchswert ist auch bezgl. des Kulturteils (Rezensionen, Fernsehtips) etc. größer geworden. Kommunismus und Klassenkampf lese ich nicht mehr, weil ich einfach als berufstätige Mutter die Zeit und Ruhe dazu nicht habe. Da ich auch den Umbruch als monatliche Zeitschrift als Abonnent beziehe, bin ich immer ganz scharf auf die *wöchentliche* und deswegen doch aktuellere KVZ. Also meine Bitte: Falls nötig, Kommunismus und Klassenkampf einstellen und die *KVZ* mit „theoretischer Beilage“ zum Sammeln oder so *rausbringen*.

J.K., Hildesheim

Zur Diskussion um die Neugestaltung des Publikationswesens des KBW noch ein paar Vorschläge.

1. Der Charakter einer Zeitung kann nicht getrennt werden von dem Charakter der Organisation, die die Zeitung herausgibt. Der Charakter des KBW ist der eines Arbeitszusammenhangs von Leuten, die versuchen bestimmte gesellschaftliche Fragen mit Hilfe einer dialektischen, materialistischen Methode, welche die bestehende Gesellschaften als Klassengesellschaften begreift, die sich im Stadium des Kapitalismus, Imperialismus und der Zwischengesellschaften befinden, zu erklären und die Diskussionsergebnisse im wesentlichen publizistisch und in praktischer Arbeit am Ort, in den verschiedenen Initiativen usw. einzubringen.

2. Der Charakter der Zeitung wird also diesem Bild der Organisation entsprechen und sich mit den Problemen und Fragen, die sich aus diesen gesellschaftlichen Formationen ergeben, befassen.

Sie wird direkt gestaltet von den Arbeitsgruppen innerhalb der Organisation, die wiederum mit einer Redaktion zusammenarbeiten. Zum anderen wird weiter versucht, Nichtmitglieder für die Mitarbeit an der Zeitung zu gewinnen, was aber am besten über die Mitarbeit an den Arbeitsgruppen passiert. Die Zeitung sollte also bewußt ein Organ des KBW bleiben und nicht in einem Sammelsurium von Trägern aufgehen, was einem stetigen Bestand der Zeitung schadet. Der Verbreitungsgrad einer Zeitung wird nicht deshalb vergrößert, nur weil bestimmte „politische Größen“ außerhalb der Organisation in eine Redaktion aufgebestimmte „politische Größen“ außerhalb der Organisation in eine Redaktion aufgenommen werden.

Solche Zusammenarbeit soll wie gesagt am besten über die AGs oder Einsätze laufen, die im größeren Umfang publizistisch in anderen Organen angekündigt werden sollen.

Die direkte Redaktion soll im wesentlichen die aktuelle Berichterstattung der Zeitung gewährleisten. Hierbei wird die Zentralredaktion von örtlichen Redaktionen unterstützt, die im wesentlichen vom Geschehen am Ort berichten, genauso aber auch allgemeine politische Artikel schreiben sollen. Zwischen der Zentralredaktion und den Ortsredaktionen muß ein ständiger Kontakt herrschen, der sich darin ausdrückt, daß die Zentralredaktion eine kurz- und langfristige Projektliste verschickt, die in Abstimmung mit den Ortsredaktionen erstellt wurde.

Die Arbeitsgruppen, Zentralredaktion und Ortsredaktionen sind dann das Gerüst der Zeitung. – Von der Themenstellung her wird sich nicht viel ändern müssen, nur durch die oben erwähnte Zusammenarbeit kann das inhaltliche Niveau erhöht werden. Die Themenstellung ergibt sich von der Arbeit der einzelnen Arbeitsgruppen, von den Interessen der Redaktionen und von dem aktuellen politischen Geschehen. Regelmäßige Treffs der Redaktionen auf zentraler Ebene werden nötig sein, wie auch einzelne Redaktionen z.B. auf Länderebene sich zusammentun sollten.

Der Umfang der Zeitung wird sich daher notwendig erweitern müssen. Sie muß Platz haben für eine relativ aktuelle Berichterstattung mit einem starken kommentierten Nachrichtenteil sowie Platz für längere Artikel, die auf die Ereignisse der Woche eingehen, sowie den theoretischen Teil. Wichtig ist, daß die Zeitung so aktuell wie unter den vorherrschenden Bedingungen für uns möglich ist, d.h. es muß eine Wochenzeitung sein, die in dem Format der KVZ mit erweitertem Seitenumfang erscheint.

Der Vorteil der KVZ ist halt, daß sie als dialektisch-materialistische Zeitung wöchentlich erscheint, was es so sonst nicht gibt. Diese Lücke müssen wir auch weiterhin füllen.

3. Das A + O des ganzen ist, daß wir wieder zum Handverkauf zurückkehren, d.h. verstärkt dort, wo man weiß, daß die Zeitung verkauft wird, also auf Ini-Treffs, Veranstaltungen, Demonstrationen usw. und regelmäßig auf der Straße in Form von größeren Aktionen mit Büchertisch, Wandzeitung. Nur so kann es gelingen, aus einer gewissen Isolation, in der wir und andere linke Zeitungen stecken, herauszukommen.

Die Abonnenten der Zeitung sollten besucht werden und in die Diskussion um die Zeitung einbezogen werden. Wir sollten auch versuchen Abonnenten-Treffs zu organisieren.

4. Eine Monatszeitschrift finde ich nicht gut, weil die notwendige Aktualität nicht gewährleistet werden kann und damit ein Großteil des Interesses von möglichen Lesern schwindet, zum anderen gibt es sowas in Form der MOZ, was dann zu einer unnötigen Konkurrenz und Leser-abspenstigmachen führt. Außerdem gibt es noch eine Reihe Organisationen, die das auch machen, so daß für so ein Projekt kein Bedarf existiert.

5. Da wir Kommunismus und Klassenkampf wohl einstellen müssen, sollten wir für längerfristige Sachen verstärkt auf Buch und Broschüre gehen, wie es jetzt schon mit dem Buch über die Banken und dem China-Buch gemacht wird.

Hardy Vollmer, Koblenz

Für eine betriebliche Ausbildung

Zum Artikel „Lernen im Betrieb“ von Michael Ackermann in KVZ 35/1982

Als Berufsschullehrer und Beschäftigter in einer außerbetrieblichen Ausbildungsstätte halte ich die Kernaussage des Artikels „Weg von der betrieblichen Ausbildung, hin zur Vollausbildung in der Berufsschule, gekoppelt mit der Ausbildung in Lehrwerkstätten und überbetrieblichen Ausbildungsstätten“ als allgemeine politische Richtschnur für kompletten Hirnriß, den sich nur einer ausdenken kann, der in dieser Sache null Ahnung hat. Dies meine ich erst recht, nachdem ich mit einer Reihe von Lehrerkollegen und Meisterkollegen gesprochen habe.

Ich kann eine Vollausbildung in der Berufsschule, gekoppelt mit ... nur als eine Krücke akzeptieren angesichts der Jugendarbeitslosigkeit; da und m.E. nur da gibt diese Art der beruflichen Ausbildung im gewerblichen Bereich einen Sinn, wenn nämlich die Frage so steht: gar keine Ausbildung oder wenigstens eine produktionsferne Ausbildung.

Die Ausbildungsstätte, an der ich arbeite, ist im Vergleich zu anderen dem Maschinenpark nach, der Anzahl der Ausbilder nach relativ gut ausgestattet, ebenso wie die angegliederte Schule. Trotzdem hält sie mit dem technischen Standard eines Großbetriebes nicht Schritt und wird in wenigen Jahren von den Maschinen her veraltet sein und ist es teilweise jetzt schon. Das ist aber nur ein Teil des Problems und nicht einmal der wichtigste.

Wesentlich gewichtiger ist die Art, *wie* ausgebildet wird. Die Arbeit der Auszubildenden besteht in sogenannten Lehrstücken, Edelschrott, der weggeworfen oder mit nach Hause genommen wird. Diese Werkstücke sind zugeschnitten auf das, was an Fertigkeiten gerade geübt werden soll und was mit den vorhandenen Maschinen gemacht werden kann. Ein solches Lehrstück ist darauf angelegt, daß es klappt. Ernstaufträge, die anderen Anforderungen gerecht werden müssen als denen der zu erreichenden Punktezahl oder Serienfertigung, die beispielsweise Gehirnschmalz verlangen würden, um eine entsprechende Vorrichtung zu bauen, gibt es hier nicht. Den Leistungsstandard legt der beste Auszubildende fest; es gibt niemanden, von dessen langjähriger praktischen Erfahrung man sich bei auftretenden Problemen etwas abgucken könnte, z.B. wie man einen Fehler bei einem Stück, in dem schon zig Arbeitsstunden drinstecken, eventuell noch ausbügeln kann etc.

Angesichts der rasanten technologischen Entwicklung kann auf Dauer die beste Schule und die beste Lehrwerkstätte der Wirklichkeit der industriellen Produktion in einem Großbetrieb bezüglich der aktuellen Problemstellung (wahrscheinlich kann man das sogar bezüglich eines Kleinbetriebes sagen), bezüglich der Qualifikation der Ausbilder und Lehrer immer nur nachhinken und ist das Wort „Vergesellschaftung“ dafür blanker Unsinn.

Meines Erachtens müßte die Berufsausbildung viel näher heranrücken an die betriebliche Ausbildung (im industriellen Bereich) und wäre die beschworene Vergesellschaftung der Ausbildung eher dort zu betreiben, z.B. in einem vermehrten Einfluß der Betriebsräte besonders auch auf die inhaltliche Gestaltung der Werksberufsschulen (das gilt auch für die allgemeinkundlichen Fächer) auf die Einstellung der dort beschäftigten Lehrer, auf die inhaltliche Ausgestaltung der Ausbildung in der Produktion; in den Abteilungen, wo Auszubildende lernen, müßte gesichert werden, daß die Facharbeiter die Jugendlichen auch tatsächlich ausbilden können. (So sollte man die „Erklärungen der Jugendlichen selbst, daß sie in der Produktion nichts lernen“ – Zitat aus dem Artikel – wenden, falls diese Aussage von M. Ackermann überhaupt richtig sein sollte.)

Schließlich haben die Jugendlichen in diesen Einrichtungen es auch sehr schwer, sich gewerkschaftlich für ihre Interessen zusammenzutun; es geht ihnen die Erfahrung ab, die ihnen ältere Kollegen vermitteln könnten. In dem Betrieb, in dem ich arbeite, haben die Jugendlichen zum großen Teil sehr irreale Vorstellungen von dem, was verdient wird, welche Arbeitsbedingungen in Betrieben herrschen, was bei Konflikten getan werden kann. Vielleicht ist es nicht typisch, aber regelmäßig, wenn wir mit unseren Jugendlichen eine Betriebsbesichtigung machen, heißt es: „Da würde ich nie schaffen wollen.“

Das Konzept von M. Ackermann heißt fen wollen.“

Das Konzept von M. Ackermann heißt „Weg von der Ausbildung unter dem Kommando der Kapitalisten“, es tritt aber m.E. nur die Flucht an in Richtung „Weg von der realen Produktion“, die doch nur umgestaltet werden kann, wenn man drinsteckt und sich dran zu schaffen macht.

Ich bin wirklich dagegen, daß eine solche Position über Berufsausbildung mit null Sachkompetenz in der KVZ autoritativ zum Besten gegeben werden kann (und die Replik von M. Ackermann macht's auch für die Kritik der Berliner Genossin nur noch schlimmer).

V.B., Kassel

Debatte um „Moderne Zeiten“: Vielfalt oder Einfalt?

kvz. „Die MOZ ist nach einem Jahr noch nicht zu dem Motor sozialistisch-ökologischer Theorie und Politik geworden, zu dem sie werden will ...“, stellte die Redaktion im Editorial des September-Hefts angesichts des Rauschens „im links-grünen Blätterwald“ fest und kündigte an, die Diskussion „um die konkurrierenden Konzepte, Auffassungen und Ziele, die mit den jeweiligen Zeitschriften verfolgt werden, transparent machen“ zu wollen.

Im Oktoberheft finden wir nun drei Stellungnahmen – einer Gruppe rund um die ehemaligen Komitees, der „Z“ler und von Frieder O. Wolff. Letzterem geht es um Stabilisierung als Voraussetzung langsamer Expansion. Vorzüge, d.h. „Aktualität hinsichtlich Friedens- und ‚Wahl'-Bewegung, Ansätze zu theoretischer Debatte einiger wichtiger Fragen linker Strategie“ sollen gewahrt, Lücken hinsichtlich Gewerkschafts- und Frauenbewegung geschlossen und das Versprechen *konkreter Analysen* der Zusammenhänge der verschiedenen Bewegungen eingelöst werden.

Auf eine tiefe Kluft zwischen den Erfordernissen „moderner Zeiten“ und dem bisher Realisierten sowie die Nichteinlösung des Anspruchs, inhaltliche Differenzen ebenfalls in neuen Verkehrsformen auszutragen, statt in „Lagerbildung“ münden zu lassen, verweisen dagegen Ralf Fücks, Willfried Maier u.a. „Das in der MOZ bislang vorherrschende Politikverständnis (...), die ewige Wiederkehr der immer gleichen Themen und Fragestellungen und die Tendenz zum Verlautbarungsorgan einer Seite bei Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen Bundespartei geht an der neuen Qualität der sozialen und politischen Bewegungen vorbei. Die Dimension einer Umwälzung der Lebensweise in allen ihren ökonomischen, politischen und persönlich-kulturellen Aspekten ist in der MOZ allenfalls am Rande aufgegriffen worden. Es geht dabei um die Artikulation der verschiedenen Interessen und Bedürfnisse, die ein in Bewegung geratener Mensch in sich vereinigt.“

Die „neuen“ Fragen, Ökologie, Qualität der Arbeit usw. seien sollen offensiv aufgegriffen, die „alten“ Fragen (Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, soziale Verelendung, Krieg und Frieden, Internationalismus, Staat und Parteien) auf Verelendung, Krieg und Frieden, Internationalismus, Staat und Parteien) auf neue, „im richtigen Sinn undogmatische Weise“ behandelt werden.

Weil die MOZ zu ersterem keine selbständige Initiative ergriffen habe, weil der „krisenhaft gewordene gesellschaftliche Stoffwechsel mit der Natur“ nicht als Schwerpunkt thematisiert wurde, während „so weltbewegende Themen wie die DS-Vereinsmeierei“ die Interessen der Redakteure im Zweifelsfall immer stärker geweckt hätten, sei bis jetzt keine Zeitschrift entstanden, „die ein ökologisch interessierter Mensch gelesen haben muß“.

Abgeblockt worden sei ja gerade die Entwicklung „originärer theoretischer Forschung und Debatte“, z.B. aus Naturwissenschaft, Literaturwissenschaft oder Psychologie. Und auch zu den „alten“ sozialistischen Themen sei außer zu Rüstungskonversion und „Beschäftigungspolitik von unten“ kaum ein neuer Gedanke aufgetaucht. Zu Krieg und Frieden habe es den bekannten Krach, aber kaum Impulse für Theorie und Praxis der Bewegung gegeben. Anstöße dazu kamen vielmehr „von außerhalb der marxologischen Diskussion“ (Afheldt usw.). Die MOZ atme „eine konservative Mentalität“ gerade im Umgang mit „alten Gewißheiten“, deren Auflösung man sich aber offensiv stellen müsse, um den Marxismus so „auf die Höhe der Zeit“ zu bringen.

Bemängelt wird ferner der eher taktische denn inhaltliche Bezug auf den grün-alternativen Parteibildungsprozeß. Zu eng sei die Form des „politischen Eingreifens“, wenn es sich dabei um die Einschätzung von „Z“ und DS zum Listenbildungsstreit handelt, man aber nichts über die Probleme in einem Bundesland und über die Motive grüner Wähler erfährt. Als „Organ der Fraktionsbildung“ erschienen die MOZ nicht zuletzt durch umfängliche „Selbstdarstellungsartikel von politischen Akteuren, die zugleich Redakteure sind“ (wie das MLPD-Zentralorgan „Rote Fahne“ den Parteivorsitzenden Engel interviewt, führt MOZ ein „Gespräch mit Thomas Ebermann“, kvz).

Schließlich seien Änderungen in der Richtung dieser Kritik Bedingung für die weitere Mitarbeit im Projekt dieser Koalition.

Man mag zu den etwas verschwiemelten bald nicht mehr neuen Etiketten stehen wie man will, mit dem *inhaltlichen* Konzept, das hier vertreten wird, setzen sich die „Z“ler Reents, Stamm, Eber- und Goltermann jedenfalls nicht auseinander. Mit der Zurückweisung „modischer Sprechblasen“ als Geschwätz und nichts Handfestem haben sie sich der Mühe entledigt. Ein „Flirt mit politischer Ahnungslosigkeit und Gleichgültigkeit“ sei das, und sie fragen: „Gibt es für die Autoren *keine* ‚Gewißheiten‘ mehr (des Marxismus, mit Verlaub) ...? Sollen zur ‚undogmatischen‘ Behandlung von Marxismus, mit Verlaub) ...? Sollen zur ‚undogmatischen‘ Behandlung von Krieg und Frieden auch die Nachbetereien imperialistischer Ammenmärchen über die ‚sowjetische Bedrohung Westeuropas‘ gehören?“

Generell wird den Komiteelern der „Schrei nach Zensur“ unterstellt; Auch bei ihnen keine Bereitschaft zum inhaltlichen Streit. Und bei Grünen und Alternativen kennten sich die Z-Redakteure nunmal – im Gegensatz zu den übrigen Autoren – am besten aus. Bei anderen Themen versuche man ja auch natürlicherweise einen Autor zu finden, der „drinsteckt“, warum sollen nicht *Akteure* schreiben über das, was sie nicht nur vom Schreibtisch her kennen?

In der Zukunft müsse die MOZ *ihren Nutzen* für Diskussion und Arbeit der Linken vergrößern, was nur „praktisch“ zu erörtern sei. Als Themenfelder der von „herausragender Bedeutung für die Linken in unserem Land“, deren regelmäßige Behandlung den „Lesereiz“ ausmachen müsse, werden genannt: „Grüne/Alternative/Demokratische Sozialisten – Krieg und Frieden – Soziale Frage/Wirtschaftspolitik/Gewerkschaften – Ökologie und Ökonomie – zukünftig hoffentlich auch Frauen.“ Als anderes soll hin und wieder Aufnahme finden, „aber das Gesicht der MOZ muß vom Inhalt und Umfang her von diesen Bereichen geprägt sein und bleiben, aus denen sich vorrangig der praktische Nutzen für die Entwicklung der Linken ergibt“.

Ansonsten ist man grundsätzlich dagegen, unter dem Druck von Drohungen über die Konzeption zu diskutieren. „Wenn einzelne Redakteure meinen, daß die MOZ nicht mehr ihren politischen Absichten entspricht, dann überzeugen sie entweder Trägerkreis und Redaktion in ihrer Mehrheit davon, daß diese oder jene Änderung eintritt, oder sie verwirklichen ihre politischen Absichten anderswo.“

Welche linke Liste für Bundestagswahlen?

Die Auseinandersetzung geht nur wenig um die Aufgaben und Chancen einer solchen Liste

gkr. Eine emsige Geschäftigkeit herrscht, geht man von den Konferenzen aus, in den nächsten 3 Wochen in Sachen Kandidatur für vorgezogene Bundestagswahlen. Am 30. Oktober treffen sich Vertreter von alternativen und grün-alternativen Listen in Hannover, dazu hat u.a. auch der Bundeskoordinationsausschuß der Initiative Demokratische Sozialisten (IDS) aufgerufen, die IDS ihrerseits hat gleich auf den folgenden Tag am selben Ort einen Bundeskongreß zur Wahlfrage einberufen. In Hessen will sich nun, nachdem es zu den Landtagswahlen nicht geklappt hatte, auf jeden Fall eine AL am 6./7. November gründen.

Und die Grünen werden auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung am 12. bis 14. November darüber beraten. Eine Empfehlung, offene grüne Listen zu bilden, wurde vom Bundeshauptausschuß gefaßt. Dafür sollten Personen aus der Ökologie- und Friedensbewegung, aus Frauengruppen und der Alternativbewegung angesprochen werden, die Parteigliederungen sollten mit allen gesellschaftlichen Gruppen die Zusammenarbeit suchen. Aber genauso klar hat er auch festgestellt, daß die Landesverbände für die Kandidatenaufstellung zuständig seien, „Spitzengespräche", wie sie die DS wollte, haben die Grünen abgelehnt. Die weitestgehende Position innerhalb der Grünen dürfte der Hamburger Landesverband haben, der eine ähnliche Konstruktion wie die GAL propagiert.

Für die DS geht es bei diesen Gesprächen um mehr und etwas anderes als die Frage einer optimalen Zusammenfassung linker Kräfte zu den Bundestagswahlen, für sie steht die Existenz als „Partei" auf dem Spiel. Der „Linke Extradienst" benennt die Positionen, die im Bundeskoordinationsausschuß der IDS vertreten wurden:

„– eine Beteiligung an einer offenen grünen Liste unter der Bedingung, daß die DS mögliche Kandidaten selbst benennt und von DSlern im Wahlkampf über das grün-offene Programm hinausgehende eigene politische Positionen vertreten werden können;
– eine bundesweite Wahlpartei nach dem Vorbild der GAL Hamburg;
– eine Kandidatur von DS, Alternativen u.a. neben den Grünen für den Fall, daß von grüner Seite eine GAL-Lösung abgelehnt wird",

wobei hier nur die wichtigsten Positionen genannt sind. Die Vertreter einer grün-offenen Lösung waren deutlich in der Minderheit, berichtete das Parteiorgan der DS. Offensichtlich gehört zu dieser Minderheit Horst Dieter Zahn, der in derselben Nummer des „Linken Extradienstes" sich mit der Zukunft der DS auseinandersetzt und in diesem Zusammenhang allen Spekulationen über ein alternatives Wahlbündnis mit den Grünen – was nicht zu haben sei – oder gegen die Grünen – was von Gruppen getragen würde, die „ein neurotisches Anti-Grün-Ressentiment vor sich hertragen" – eine Absage erteilt. Nicht die Debatte über ein alternatives Wahlbündnis, sondern eine Strategiedebatte sei die Aufgabe der DS, und eine Parteigründung stehe gegenwärtig nicht an.

Die Stellungnahme des SB entspricht im großen und ganzen diesen Ausführungen. „Nun beginnen fieberhafte Diskussionen mit dem Ziel, die Grünen zu spalten und so unter Druck zu setzen, daß zustandekommt, was schon in Hessen nicht gelingen konnte – eine bundesweite Alternative Liste", so heißt es in „links", Oktober 1982.

Eine bundesweite Alternative Liste, so scheint es immer mehr Diskutanten klar zu werden, wird es nicht geben und kann es nicht geben, zwar nicht alleine wegen des Wahlgesetzes, aber doch auch nicht zuletzt deshalb. Denn, so sehr es bei einer Grünen Liste im großen und ganzen den einzelnen Landesverbänden die Modalitäten der Aufstellung der Kandidaten lassen würde und in diesem Rahmen eben auch Spielraum für offene Listen oder für eine Art GAL wie in Hamburg (in Berlin würde ja ohnedies nicht gewählt), es schreibt doch vor, daß eine *Partei* kandidiert, nicht ein reines Wahlbündnis (und auch nicht vollständig unabhängige Landeslisten, die dann erst im Bundestag kooperieren würden). Auch Jochen Reents sieht in den „Modernen Zeiten" die Aussichtslosigkeit einer Alternativen Liste. Er *appelliert* daher an die Grünen, doch Entwicklungen wie in Hamburg möglichst zu fördern.

Man mag noch die MLPD erwähnen, die auf den Vorschlag von „Revier" antwortete und eine Listenbildung begrüßte. Sieht man sich allerdings die Aussagen zu den Aufgaben des Parlaments an, so ist schwer abzusehen, wie diese Position, die im Parlament in erster Linie eine Tribüne sieht, „um die Forderungen der Werktätigen zu verbreiten, um bisher nicht erreichbare Schichten in die Bewegung gegen den ultrarechten Kurs einzubeziehen", mit der Vorstellung, die bei anderen linken Kräften und offensichtlich vor allem bei der Masse der Wähler der Grünen vorherrscht, daß über das Parlament auch *Veränderungen* der gegenwärtigen Politik, wo möglich, erreicht werden sollen, in Einklang zu bringen sein wird.

Es gibt in dieser Debatte wenig Äußerungen, die sich mit dem befassen, worauf es doch eigentlich ankommen sollte: was kann und was muß ein solches linkes Bündnis, oder eine offene grüne Liste, eigentlich erreichen? Der „Arbeiterkampf" geht darauf anhand der Erfahrungen in Hamburg ein, und in Hessen wird gerade erneut die Probe aufs Exempel gemacht. Von schriller Konfrontation, wie sie von Börner während Wahlkampfzeiten noch zu hören war, wird sachte umgeschwenkt: Andeutungen Börners, daß die Sache mit der Wiederaufbereitungsanlage ja noch nicht gegessen sei, schließlich seien noch drei Standorte im Gespräch, die Benennung einer Gruppe von SPD-Parlamentariern, denen Börner nicht angehört, für öffentliche Verhandlungen, wie von den Grünen gefordert. Reale Angebote an die Grünen? Es ist zunächst mal nicht mehr als die Schaffung eines Klimas, das es der SPD später um so leichter machen soll, ein eventuelles Scheitern von Gesprächen den Grünen in die Schuhe zu schieben und Teile der Wähler der Grünen wieder erneut an die SPD zu binden.

Das ist schließlich auch der Inhalt von Brandts Gesprächsbereitschaft, die „Mehrheit links von der CDU" soll wieder an die SPD gebunden werden. Welche Möglichkeiten einer Integration gibt es, so fragt sich Willy Brandt in einem Spiegel-Interview: „Drittens gibt es überhaupt keinen Grund für die SPD, nicht aufmerksam und hellhörig zu sein bei dem, was in der Friedens- und in der Umweltbewegung vor sich geht. Die Sozialdemokraten bieten nicht Koalitionen an, sondern sie sehen, was aus diesem Bereich vernünftigerweise bei ihnen oder angelehnt an sie Platz finden kann ... Denn es bleibt unter Umständen – das muß die weitere Entwicklung zeigen – noch was übrig, was für eine bestimmte Zeit eine eigene Vertretung in Parlamenten findet."

Um in diesem Spiel von taktischen Manövern und kleinsten Zugeständnissen Bewegungsfreiheit für Verhandlungen mit der SPD zu gewinnen und ein Einwirken auf linke SPD-Kreise zu erreichen, ist ein Konzept, das für die SPD Zustimmungsfähiges enthält und andererseits Zeit für weitere Gespräche schafft, notwendig. Daß er dies erfüllt, ist eine der bestechenden Seiten eines Vorschlags, den der „Arbeitskreis Realpolitik" der Frankfurter Spontis als Antrag zum Landesparteitag der Grünen für Hessen gestellt hat. „Ein mindestens einjähriges Moratorium für den Bau der Startbahn West, Einfrieren des Genehmigungsverfahrens für Biblis C, der Verzicht, ein Planfeststellungsverfahren für eine WAA einzuleiten", und zweitens „eine Amnestie für alle Startbahngegner und Hausbesetzer nach dem Vorbild des ‚Straffreiheitsgesetzes 1970'", das sollen die Voraussetzungen für die Duldung einer SPD-Landesregierung sein, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und in einer so geschaffenen Zeit müßten die verschiedenen anderen Positionen abgeklärt werden (was ja, auch nach der Wahl eines Kabinetts aus SPD-Mitgliedern, den Grünen immer noch Druckmöglichkeiten zur Durchsetzung von Positionen belassen würde).

Frank Schwalba-Hoth, Pressesprecher der Grünen-Hessen, hat den Vorschlag zurückgewiesen. Er will mehr: Die SPD zur Übernahme von grünen Positionen zwingen. Aber Wunschträume sind schwerlich eine Basis, um Politik zu machen.

Endlich Verhandlungslösung für besetzte NH-Häuser?

nia. Westberlin. Wie wir berichtet haben, hing der Fortgang der Verhandlungen zwischen der Neuen Heimat und „ihren" Besetzern seit einiger Zeit davon ab, ob der Senat bereit ist, die Rahmenbedingungen für eine friedliche Lösung zu schaffen. Während einer längeren Verhandlungspause wandten sich die Besetzer und Vertreter des DGB gemeinsam mit dieser Forderung an den Bausenator.

Am vergangenen Mittwoch kam es nun in einem gemeinsamen Gespräch zu einem Lösungsvorschlag: Der Senat erklärte sich bereit, die NH aus den Sanierungsverträgen für die 26 der insgesamt 29 Häuser, die in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten liegen, zu entlassen. Dafür zahlt die NH die 6 Mio. DM zurück, die sie einst vom Senat für den Ankauf der Grundstücke erhalten hatte. Die NH erklärte sich bereit, für diese 26 Häuser mit Trägervereinen der Besetzer langfristige Erbpachtverträge abzuschließen, sofern die Besetzer dazu bereit sind. Die Besetzer erhalten, wenn sie das wollen, vom Senat Instandbesetzungsmittel im Rahmen des bereits existierenden Selbsthilfeprogramms.

Ob damit zumindest für diese Häuser eine friedliche Lösung gesichert ist, wird sich aber erst in den nächsten Tagen entscheiden. Noch ist nicht unterschrieben. Viele Besetzer trauen diesem Angebot überhaupt nicht. Denn während Bausenator Rastemborski am Donnerstagmorgen in einer Pressemitteilung diesen Vorschlag vorstellte, wurden gleichzeitig in Neukölln zwei Häuser der senatseigenen Gesellschaft „Stadt und Land" geräumt. Auch dort standen die Besetzer in Verhandlungen.

Auch in der Sache selber sind wichtige Punkte noch offen: Ungeklärt ist bislang die Höhe des Erbbauzinses: der Bausenator will ihn auf Grundlage des Verkehrswerts der Häuser zum Zeitpunkt ihres Ankaufs durch die NH berechnen. Die NH möchte den heute geltenden Verkehrswert, der um ein Vielfaches höher ist, zugrundelegen. Während die erste Lösung für die Besetzer einschließlich Bewirtschaftungskosten zu Belastungen führen würden, die unter der Altbaumiete liegen, sind die Vorstellungen der NH für die Besetzer untragbar: Dann müßten sie 4 bis 5 DM/m² zahlen, mehr als manch einer für seine modernisierte Wohnung.

Ungeklärt ist auch, was in Charlottenburg mit den Gebäudeteilen geschehen soll, die auf geplanten öffentlichen Standorten liegen. Rastemborski will bislang die geplanten Infrastrukturmaßnahmen unverändert durchführen, obwohl sich nicht nur die Besetzer, sondern auch die betroffenen Bewohner in den beiden Blöcken dagegen wehren. Die Besetzer wollen bislang keinen Kompromiß eingehen, mit dem sie am Ende den Bewohnern in den Rücken fallen.



Etwa 1000 Menschen waren auf der Solidaritätsveranstaltung für die bei den Brokdorf-Prozessen angeklagten und Verurteilten in Hamburg am letzten Mittwoch. *Bild:* Es spricht Manfred Goll, Vorsitzender der IG Druck und Papier

Solidaritätskonzerte

Aufhebung der Urteile gegen Markus Mohr & Michael Duffke
Einstellung aller Strafverfahren

Hamburg, 19./20. November
Großes beheiztes Zelt im Sternschanzenpark

Neumünster, 21. November
Holstenhalle, anschl. Demonstration zur Justizvollzugsanstalt

Bremen, 22. November
Stadthalle

Es spielen unter anderem:
Schmetterlinge · Ton Steine Scherben · Ina Deter + Band · Gebrüder Engel · Misty Roots · Acapulco Gold · Averlikers · Blues Kommission · Treibstoff · Heatwave · Knut Kiesewetter · Die drei Tornados

Veranstaltungen

Bremen
Podiumsdiskussion: Ökonomische und politische Ursachen und Konsequenzen des Koalitionswechsels in Bonn. Eingeladen sind Daniel Cohn-Bendit, Konrad Kunick, Hans-Gerhart Schmierer, Thomas Blancke, Joachim Müller, Thea Bock, Uta Stolle-Leibfried. Veranstalter: Offene Arbeitsgruppe Wirtschaft der Grünen
Freitag, 5.11.1982, 19.30 Uhr
Ort: Konsul-Hackfeld-Haus

Frankfurt
Das nächste Treffen der Frauengruppe Frankfurt des KBW findet zum Thema „Gewalt gegen Frauen" statt. Das ursprünglich angekündigte Thema „Frauen und Militär" wird stattdessen am 9. Dezember behandelt. Alle interessierten Frauen sind herzlich eingeladen.
Donnerstag, 11.11.1982, 20.00 Uhr
Schulungszentrum, Mainzer Landstr. 147

Arbeitskongreß „Frauen gegen Reaktion – Frauengegenreaktion
durchgeführt von der Fraueninitiative 6. Oktober. Am Freitag Abend ist eine Diskussion zum Thema: Was bedeutet die veränderte politische Situation für uns Frauen? Zu der Veranstaltung sind Frauen aus den jetzt in der Opposition stehenden Parteien und aus Frauenprojekten eingeladen. Am Samstag Vormittag Arbeitsgruppen zur Analyse der politischen Situation mit Papieren zu folgenden Themen: Frauenarbeitslosigkeit, §218, Sparbeschlüsse, Regierungserklärung, Umgang mit Minderheiten. Nachmittags soll eine Strategiedebatte stattfinden: Wie machen wir ihnen die Hölle heiß? oder welchen Weg wollen / können wir gehen, um unsere Forderungen durchzusetzen? Am Sonntag Diskussion zum Thema „Wahlen"
26. bis 28. November in Bonn
Anmeldung an Fraueninitiative 6. Oktober, Postfach 120401, 5300 Bonn 1

Arbeitsgruppen

Achtung Terminverschiebung
Der auf der letzten **Frauenkonferenz des KBW** vorgeschlagene Termin 28./29.11. kann nicht eingehalten werden, da es wegen Krankheit zu Verzögerungen in der Vorbereitung des Treffens gekommen ist. Ein neuer Termin wird noch bekannt gegeben.
reitung des Treffens gekommen ist. Ein neuer Termin wird noch bekannt gegeben.

Arbeitsseminar über Gramsci
Zu diesem Arbeitsseminar laden die Zeitschriften „Aufsätze zur Diskussion" (NHT), „Sozialismus. Marxistische Zeitschrift" (SOST) und „Kommunismus und Klassenkampf" (KBW) ein.
Beginn: Samstag, 4.12.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.12., nachmittags

Anmeldungen zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher. Ort jeweils Tagungsräume des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Tel. 0611/730231

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Antrag der Grünen im Römer

Gegen Ausweisungspraxis der Ausländerbehörde

In Frankfurt gibt es das Gallus-Viertel mit einer besonders hohen Ausländerkonzentration und dem CDU-Organ „Gallus-Echo", das es in seiner *Propaganda* für eine Beschränkung der Ausländer („Gallus-Bürger sind gegen Überfremdung") zu trauriger Berühmtheit gebracht hat. Und da ist die Stadtverwaltung, die *praktisch* die Zahl der in Frankfurt lebenden Ausländer durch Ausweisungen, Aufhebung der Aufenthaltserlaubnis etc. einzuschränken sucht. Beides ergänzt sich vortrefflich. Die Grünen im Römer versuchen, mit dem im folgenden dokumentierten Antrag dagegen anzugehen. Nach dem üblichen Geschäftsgang müßte der Antrag am 18. November in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt werden.

Ausländische Mitbürger werden in zunehmendem Maße von der Ausländerbehörde der Stadt Frankfurt am Main mit Ausweisung bzw. Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis bedroht, wenn sie

– in Wohnungsnot geraten sind;
– in Notlagen, z.B. als Folge der Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen;
– arbeitslos geworden sind;
– in Strafverdacht geraten sind;
– straffällig geworden sind.

Vielfach wird die Aufenthaltserlaubnis für Ausländer nicht erteilt, wenn sie – als Familienangehörige – Kinder, Ehegatten/Lebensgefährten – zu ihren hier lebenden Eltern bzw. Ehepartnern/Lebensgefährten eingereist sind oder einreisen wollen.

Die Ausweisungen bzw. Nichtverlängerungen der Aufenthaltserlaubnis werden ohne Rücksicht auf familiäre Bindungen vorgenommen und richten sich in großer Zahl auch gegen ausländische Mitbürger, die länger als 10 Jahre in der Bundesrepublik wohnen und deren sämtliche Familienangehörigen – Ehepartner/Lebensgefährten, Kinder bzw. Eltern und Geschwister – hier leben.

Die Ausweisungspraxis macht auch nicht halt vor den Angehörigen der zweiten Ausländergeneration, die bereits ihre Kindheit oder Jugendzeit in der Bundesrepublik verbracht haben und bei denen so gut wie keine Beziehung mehr zum Herkunftsland bestehen.

Antrag

In Anbetracht der Tatsache, daß diese hier geschilderte ausländerbehördliche Praxis für die von ihr betroffene/n ausländische/n Mitbürger/in und ihre Familienangehörigen in aller Regel existenzvernichtende Folgen hat, wird folgendes beantragt:

1 Bei Wohnungsproblemen dürfen keine Ausweisung bzw. Nichtverlängerungen der Aufenthaltserlaubnis angedroht oder vorgenommen werden:

– Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis darf eine/m/r ausländischen Mitbürger/in nicht versagt werden, wenn sein/ihr Wohnraum entsprechend der verordneten Quadratmeterzahl (12 m² pro Person über 6 Jahre alt, 8 m² pro Person unter 6 Jahre alt) zu klein ist.

– Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis darf eine/m/r ausländischen Mitbürger/in nicht versagt werden, wenn durch die Geburt eines Kindes der vorhandene Wohnraum entsprechend der verordneten Quadratmeterzahl zu klein wird.

– Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis darf eine/m/r ausländischen Mitbürger/in nicht versagt werden, wenn er/sie bzw. er/sie und seine/ihre Familie durch Wohnungszwangsräumung obdachlos wird.

– Die Aufenthaltserlaubnis muß erteilt werden für Familienangehörige, die im Rahmen der Familienzusammenführung zu ihren hier lebenden Ehepartnern/Lebensgefährten bzw. Eltern einreisen wollen, wenn für sie ausreichender Wohnraum nachgewiesen wird.

Die bisherige Praxis, daß bei der Bemessung des Wohnraums nicht nur diejenigen Personen, die tatsächlich einreisen wollen, sondern auch die im Herkunftsland verbleibenden Familienangehörigen berücksichtigt werden, muß beendet werden.

Wir fordern in diesem Zusammenhang, daß die Stadt Frankfurt am Main die behördeninterne Anweisung des Hessischen Ministers des Innern vom 15.9.1978 betreffend *„Anforderungen an die Wohnung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen"* nicht anwendet und darauf hinwirkt, daß sie wieder aufgehoben wird.

2 Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis darf eine/m/r ausländischen Mitbürger/in nicht versagt werden, wenn er/sie arbeitslos ist.

3 Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis darf eine/m/r ausländischen Mitbürger/in nicht versagt werden, wenn er/sie – z.B. als Folge der Arbeitslosigkeit nach Erschöpfung des Arbeitslosengeldes oder im Rentenalter bei zu geringer Rente – für sich bzw. für sich und seine/ihre Familie Sozialhilfe in Anspruch nehmen muß.

Wir fordern die Stadt Frankfurt am Main auf, daß bei mehrjährigem Aufenthalt das Interesse des/der ausländischen Mitbürger/s/in an seinem/ihrem weiteren Aufenthalt in Frankfurt höher zu bewerten ist, als das Interesse der öffentlichen Hand an möglichst geringen Sozialhilfeausgaben.

4 Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis darf eine/m/r ausländischen Mitbürger/in nicht versagt werden, wenn gegen ihn/sie ein Straftatverdacht besteht.

5 Die Ausweisung bzw. Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis darf gegenüber eine/m/r ausländischen Mitbürger/in nicht verfügt werden, wenn er/sie straffällig geworden ist.

6 Die Aufenthaltserlaubnis muß erteilt werden für Ehegatten/Lebensgefährten und Kinder unter 18 Jahren, die im Rahmen der Familienzusammenführung zu ihrem hier lebenden Ehepartner/Lebensgefährten bzw. zu ihren Eltern oder einem Elternteil einreisen wollen.

Die neuen, im Dezember 1981 in Kraft getretenen Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung sind unmenschlich.

Wir fordern, daß die Stadt Frankfurt am Main die behördeninterne Anweisung des Hessischen Ministers des Inneren vom 20.8.1982 betr. *„Ausländerrecht; hier Aufenthaltserlaubnis bei Familiennachzug"* nicht anwendet und darauf hinwirkt, daß sie wieder aufgehoben wird.

hoben wird.

Aufs schärfste ist zu verurteilen, daß die Ausländerbehörde der Stadt Frankfurt am Main die im Dezember 1981 in Kraft getretenen Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung in verschiedenen Fällen auch rückwirkend für die Zeit vor dem Dezember 1981 angewandt hat und wahrscheinlich auch weiterhin anwendet, indem sie ausländischen Jugendlichen, die bereits seit längerer Zeit bei ihren Eltern leben, dann, wenn sie 16 Jahre alt geworden sind, die Aufenthaltserlaubnis verweigert mit der Begründung, nach den neuen Regelungen dürfen Jugendliche über 16 Jahre alt nicht mehr zu ihren Eltern in die Bundesrepublik einreisen.

Begründung

Wir begründen unseren Antrag mit der Unmenschlichkeit der ausländerbehördlichen Praxis, ausländische Mitbürger mit Ausweisung bzw. Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis zu bedrohen.

Im folgenden veranschaulichen wir diese Praxis an verschiedenen Beispielen. Es sei ausdrücklich betont, daß diese Einzelfälle stellvertretend für viele stehen und somit exemplarischen Charakter haben.

1. Beispiel

Der türkische Staatsangehörige E., seit September 1972 ununterbrochen in der Bundesrepublik als Arbeitnehmer, wohnt mit Ehefrau (BRD seit November 1973) und vier Kindern (geb. 1970, 1972, 1974, 1977) in einer Dreizimmerwohnung mit 43,78 m² Gesamtwohnfläche.

Mit Schreiben vom 30.1.1980 forderte das Amt für Wohnungswesen der Stadt Frankfurt am Main E. auf, sich unverzüglich um eine größere Wohnung zu bemühen. Mit Verfügung vom 2.7.1980 des Amtes für Wohnungswesen wird E. aufgegeben, die Wohnung bis zum 31.10.1980 mit den Angehörigen zu räumen. Begründung: Es fehlen 10,22 m² Wohnfläche. Die Zwangsräumung wird angedroht.

Mit Schreiben vom 4.8.1980 fordert die Ausländerbehörde Frankfurt am Main auf, den Räumungstermin unter allen Umständen einzuhalten: „Ihre Aufenthaltsgenehmigungen enden am 2.9.1980. Die von Ihnen zu stellenden Anträge auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis müßte ich ablehnen, falls Sie bis zum 31.10.1980 keinen ausreichenden Wohnraum gefunden haben. Dies hätte zur Folge, daß Sie gemäß § 12 des Ausländergesetzes verpflichtet wären, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen."

Mit Verfügung vom 27.8.1981 wurde der Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis abgelehnt, vier Wochen Ausreisefrist gesetzt und Abschiebung angedroht. Aus der Begründung:

„Am 4.7.1981 wurde Ihnen nunmehr letztmalig die Gelegenheit gegeben, anläßlich des geplanten Urlaubs in der Türkei zwei Kinder nach dort abzumelden und dort zu belassen ... Mit großer Geduld verhält sich die Ausländerbehörde seit über einem Jahr in Ihrer Wohnungsangelegenheit. Nunmehr ist es unumgänglich, klare Verhältnisse zu schaffen. Bei der Ausübung meines Ermessens muß ich feststellen, daß ein überragendes persönliches Interesse Ihrer Person an dem Verbleiben in der Bundesrepublik Deutschland nicht erkennbar ist. Die Ausländerbehörde verkennt dabei nicht, daß Sie sich nunmehr fast schon zehn Jahre als Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten ..."

E. ist seit 1979 als Wohnungssuchender gemeldet. Ein Angebot erhielt er von der Stadt nicht. Eigene Wohnungssuche blieb erfolglos. Die Ausländerbehörde warf ihm einerseits vor, sich nicht ausreichend selbst um eine Wohnung bemüht zu haben. Andererseits führte sie in der Verfügung aus:



„So ist in Ihrem Fall davon auszugehen, daß Sie in absehbarer Zeit keine angemessene Wohnung werden nachweisen können. Dies ergibt sich einmal aus den zitierten Berichten des Amtes für Wohnungswesen sowie aufgrund Ihrer finanziellen Situation, die es Ihnen nicht möglich macht, auf dem freien Wohnungsmarkt kurzfristig eine Wohnung zu finden, sowie aufgrund der Tatsache, daß die ins Auge gefaßten Räumlichkeiten in der T.-Straße noch immer von einer anderen Familie bewohnt werden."

Gegen die Verfügung wurde Widerspruch erhoben und Antrag auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung beim Verwaltungsgericht Frankfurt am Main gestellt.

E. arbeitete bei einer Brotfabrik. Seine letzte Arbeitserlaubnis galt für die Zeit vom 21.1.1981 bis 20.1.1982. Diese Arbeitserlaubnis war kraft Gesetz mit Verfügung vom 27.8.1981 – dem Datum der Ablehnung des Verlängerungsantrages – ungültig. Als E. im Januar 1982 (so lange setzte er seine Arbeitnehmertätigkeit fort) Verlängerung der Arbeitsgenehmigung beantragte, wurde dieser Antrag unter Hinweis auf fehlende Aufenthaltserlaubnis abgelehnt. Dies, obwohl E. Rechtsanspruch auf mindestens fünfjährige Arbeitserlaubnis hatte.

Das Arbeitsverhältnis von E. mußte suspendiert werden. Um wenigstens den Arbeitsplatz und damit die Existenzgrundlage der Familie zu retten, meldeten Herr und Frau E. zwei ihrer Kinder aus der Schule ab und schickten Sie zu Verwandten in der Türkei.

Um den Preis zweier Kinder konnte so Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, der Arbeitserlaubnis und des Arbeitsverhältnisses erreicht werden.

(...)

3. Beispiel:

Der türkische Staatsangehörige K., seit Juni 1966 ununterbrochen in der Bundesrepublik, mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis, möchte seine Ehefrau aus der Türkei zu sich holen. Der Visumantrag der Ehefrau wird abgelehnt, weil der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main die Zustimmung zu diesem Antrag verweigert hat. Dies wurde mit nicht ausreichendem Wohnraum begründet. Zwar hätte der Wohnraum für die Ehefrau K.'s noch ausgereicht, nicht aber für ein noch minderjähriges, noch in der Türkei lebendes Kind (alle anderen in der Türkei lebenden Kinder sind volljährig).

Der Erlaß vom 15. September 1978 besagt:

„Bei der Frage der Angemessenheit des Wohnraums sind auch Kinder zu berücksichtigen, die sich im Zeitpunkt der Antragstellung im Ausland befinden, mit deren Nachzug jedoch gerechnet werden muß."

Familie K. hatte nicht die Absicht, das minderjährige Kind in die Bundesrepublik folgen zu lassen. Auch andere Kinder der Familie K. leben und bleiben in der Türkei.

Die Ausländerbehörde hat K. nicht darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem gleichen Erlaß das in der Türkei lebende minderjährige Kind nicht mitgerechnet werden darf, wenn beide Ehegatten durch eine verbindliche Erklärung dessen Nachzug in die vorhandene Wohnung ausschließen.

(...)

5. Beispiel:

Frau P. lebt seit 20 Jahren in der Bundesrepublik, sie ist 67 Jahre alt. Sie hat seit dem 30.10.1974 eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Bis zu ihrem Rentenalter hat sie stets schwer gearbeitet, zuletzt bei der Firma Philipp Rosenthal. Sie spricht sehr gut deutsch.

Durch ihre lange Abwesenheit von Jugoslawien sind ihre Beziehungen zu ihrem Herkunftsland abgerissen. Sie hat dort keinerlei Angehörige mehr. Ihr einziger Bruder ist gestorben.

Frau P. ist jetzt eine alte Frau. Nach den 20 Jahren ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik fühlt sie sich hier zu Hause. Sie hat hier ihren Bekanntenkreis. Hier, wo sie eine so lange Zeit gelebt und gearbeitet hat, möchte sie ihren Lebensabend verbringen.

Zudem benötigt sie wegen ihres Bandscheibenleidens eine ständige ärztliche Behandlung in Form von Spritzen und Bestrahlungen, die sie in dieser Weise, wie sie sagt, in Jugoslawien nicht bekommen kann.

Frau P. bekommt ein Altersruhegeld in Höhe von 300,40 DM und ergänzende Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz in Höhe von 425,70 DM monatlich.

Ende August 1982 erhält Frau P. vom Ausländeramt der Stadt Frankfurt am Main einen Brief, in dem ihr u.a. folgendes mitgeteilt wird:

„Gemäß §10 Abs. 1 Ziffer 10 kann ein Ausländer jedoch ausgewiesen werden, wenn er den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet. Dies ist hier der Fall.

Ich beabsichtigte daher, die Ihnen am 30.10.1974 unbefristet erteilte Aufenthaltserlaubnis nachträglich zu befristen, mit der Folge, daß Sie die Bundesrepublik Deutschland verlassen müssen.

Vor einer endgültigen Entscheidung erhalten Sie jedoch Gelegenheit, sich innerhalb von 4 Wochen nach Zustellung dieses Schreibens zu äußern. Sollte mir in dieser Zeit keine entsprechende Nachricht Ihrerseits zugehen, werde ich wie beabsichtigt entscheiden."

(...)

Die anhand der eben aufgeführten Einzelfälle veranschaulichte ausländerbehördliche Praxis, ausländische Mitbürger mit Ausweisung bzw. Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis zu bedrohen, ist menschlich nicht vertretbar.

Der Zwang, die Bundesrepublik verlassen zu müssen, löst bei vielen ausländischen Mitbürgern menschliche Tragödien größten Ausmaßes aus. Familien werden zerrissen, alte Menschen, Eheleute, Lebenspartner, Väter, Mütter und Kinder ihrer Existenzgrundlagen und ihrer Zukunft beraubt, ins Unglück gestürzt und zerbrochen.

Es ist hier daran zu erinnern, daß die ausländischen Arbeitnehmer sich auf ausdrücklichen Wunsch der wirtschaftlichen und staatlichen Organe der Bundesrepublik hier im Land befinden. Sie sind also keine Eindringlinge, keine ungebetenen Gäste, sondern sie sind von offiziellen Stellen der Bundesrepublik eingeladen, gerufen worden, hierher zu kommen. Kommissionen der Bundesanstalt für Arbeit haben mit großem Reklameaufwand in den Ländern rings um das Mittelmeer Männer und Frauen zur Arbeit in der Bundesrepublik angeworben.

Seit vielen Jahren üben sie die besonders schweren und gesundheitsgefährdenden Arbeiten in unserem Land aus. Sie sind, was oft vergessen wird, in gleicher Weise Steuerzahler wie die Deutschen. Durch ihre Steuern und Sozialversicherungsabgaben finanzieren sie in beträchtlichem Maße die Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Alteneinrichtungen, die Arbeitslosenversicherung, die Renten etc. mit.

Ohne die ausländischen Mitbürger könnte das wirtschaftliche Leben unserer Gesellschaft nicht mehr aufrechterhalten werden.

Der Journalist Peter Matthias Gaede hat in der Frankfurter Rundschau vom 4. März 1981 in einem ganzseitigen Artikel aufgezeigt, in welchem Maß die Wirtschaft der Stadt Frankfurt am Main auf die Arbeit von Ausländern angewiesen ist:

Danach sind Ausländer

- 50% der Arbeiter/innen in der Frankfurter Industrie
- 52% der Mülltonnenschlepper
- 93% der Kehrer beim städtischen Reinigungsamt
- 33% des Reinigungspersonals in Kindertagesstätten
- 33% des Personals in der städtischen Zentralküche
- 20% der Reinemachefrauen in den Schulen
- 33% der Gärtner/innen und Grabmacher auf den Friedhöfen

usw., usw.

Neben ihrer Bedeutung für die Wirtschaft der Stadt Frankfurt und der ganzen Bundesrepublik stellen die ausländischen Mitbürger auch für das kulturelle Leben dieser Stadt und dieses Landes eine große Bereicherung dar.

Die Stadt Frankfurt und die ganze Bundesrepublik sind auf die ausländischen Mitbürger angewiesen. Sie sind ein fester untrennbarer Bestandteil dieser Gesellschaft geworden.

Es ist nun im höchsten Grade unmoralisch und mit den Prinzipien eines sozialen Rechtsstaates, welcher die Bundesrepublik sein will, nicht vereinbar, die Arbeitskraft der ausländischen Mitbürger/innen gern in Anspruch zu nehmen, sich ihrer Probleme aber zu entledigen. Es kann nicht länger akzeptiert werden, daß der/die ausländische Mitbürger/in nur solange bleiben kann, wie er als Arbeitskraft ökonomischen Nutzen bringt, aber sobald er Probleme hat – z.B. Wohnungsprobleme, materielle Probleme u.a. als Folge der Arbeitslosigkeit etc. – mitsamt seinen Problemen abgeschoben wird. Die ausländischen Arbeitnehmer, die für das Wohl dieser Gesellschaft gearbeitet haben und arbeiten, haben einen Anspruch darauf, zusammen mit ihren Familienangehörigen in schweren Zeiten den Schutz dieser Gesellschaft zu erhalten.

Es muß endlich anerkannt werden, daß es sich bei der Anwesenheit der ausländischen Arbeitnehmer/innen und ihrer Angehörigen in großem Umfang um eine endgültige Einwanderung handelt und infolgedessen ihre Probleme hier gelöst werden müssen und nicht exportiert werden können.

(...)

Unterschiedliche Tendenzen in Solidarność finden zusammen

Die beiden nachfolgenden Dokumente (Auszüge) beleuchten einen Ausschnitt aus der Debatte, die innerhalb der „Solidarität" gegenwärtig über das weitere Vorgehen geführt wird. Der „Offene Brief an die Mitglieder von Solidarność" von W. Frasyniuk, der die Region Wroclaw in der Provisorischen Koordinierungs-Kommission der „Solidarität" im Untergrund vertrat, erschien wenige Tage vor seiner Verhaftung. Das Interview mit Kornel Morawiecki, dem Vorsitzenden der „Kämpfenden Solidarität" in Wroclaw, wurde im Oktober geführt. Über die Gründe der organisatorischen Spaltung innerhalb der Solidarność-Organisation von Wroclaw gibt das Interview mit Morawiecki selbst Auskunft, wie auch darüber, daß mit den Demonstrationen vom 31. August und den Kämpfen seither die beiden Tendenzen sich wieder zusammengeschlossen haben.

Inzwischen hat die Provisorische Untergrund-Führung der „Solidarität" für den 10. November zu einem landesweiten Generalstreik aufgerufen. Lech Walesa hat aus der Internierung heraus diese Aktionen befürwortet. Im Dezember sollen neue Massendemonstrationen folgen, und im Frühjahr möglicherweise ein entscheidender Kampf um die Aufhebung des neuen Gewerkschaftsgesetzes geführt werden.

Die Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" planen am 10. November in einigen Städten Kundgebungen. Für Dezember wird eine Vielzahl von Aktivitäten und Veranstaltungen ins Auge gefaßt. Eine zentrale Veranstaltung soll am 11. Dezember in Köln stattfinden. *G.K.*

Interview mit K. Morawiecki

Ist es angesichts der Unterdrückung möglich, langfristig illegale Organisationen aufrechtzuerhalten? Wenn es möglich ist, was sind dann die hauptsächlichen politischen und organisatorischen Erfordernisse des Überlebens?

Das Beispiel der Okkupation Polens durch die Deutschen zeigt, daß die Tätigkeit einer illegalen Organisation über lange Zeit sogar unter noch schwierigeren Bedingungen und bei noch härterer Unterdrückung möglich war. Aber nur dann, wenn es um ein Ziel geht, für das Menschen bereit sind, ihr Leben einzusetzen, und wenn es eine Organisation gibt, die in der Lage ist, den Gegner zu zerstören.

Die „Kämpfende Solidarność" hat sich von der offiziellen Solidarność abgespalten, obwohl beide eng zusammenarbeiten. Welche Differenzen gab es, und wie wurde die Spaltung überwunden?

Die „Kämpfende Solidarność" glaubt, daß man, um Solidarność wiederzugewinnen, mehr haben muß als das, was es vor dem 13.12. gab. Sie meint, daß es nicht mehr reicht, sich mit den Machthabern zu verständigen; man muß sie stürzen. Wir sind der Meinung, daß die Machthaber keine Verständigung akzeptieren werden, die aus Untertanen Bürger machen würde. Denn eine solche Verständigung bedeutet ihr eigenes Ende. Und eine Verständigung, die unsere Knechtschaft noch verstärken würde, können wir nicht akzeptieren, weil das unser Ende bedeuten würde. In dem illegalen Kampf, der uns erwartet, sind die Untergrundgewerkschaften eine zu schwache Waffe, um zu siegen. Wir haben nicht gesiegt, als wir noch die 10 Millionen starke Gewerkschaft hatten. Also müssen wir unsere Ziele erweitern und höhere Forderungen stellen.

Wenn wir uns darauf beschränken, eine Untergrundgewerkschaft aufzubauen, werden wir den totalitären Staat damit nicht ändern.

Unsere Spaltung hat nicht stattgefunden, weil ich mit Frasyniuk Krach gehabt hätte, sondern weil es einen nicht unbedeutenden Teil der Gesellschaft gibt, der dieser Auffassung ist. Eine solche Tendenz kann man auch in der Untergrundführung von Solidarność feststellen. Noch im Juli haben sie alle Straßendemonstrationen als nichtgewerkschaftliche Methode abgelehnt. Und schon im August haben sie (d.h. die TKK) selbst zu Demonstrationen aufgerufen. Das ist nur ein Beispiel dafür, daß vieles, was uns heute trennt, uns morgen verbinden kann.

Warum glaubst Du, daß der Kampf direkte Konfrontation mit den Unterdrückungskräften, also Straßenkampf sein muß?

sein muß?

Das glaube ich nicht. Ich fürchte, daß es so kommt. Wir haben keine Kanonen. Deshalb bin ich, solange wir sie nicht erobern oder solange der Gegner sie nicht verliert, für eine direkte Konfrontation, sei es auf den Straßen oder in den Betrieben. Ich bin für einen permanenten Guerillakrieg, und zwar an allen Fronten.

Solidaroność ist vor allem eine Gewerkschaft. Ihre soziale Grundlage ist die Arbeiterklasse. Ihre wichtigste Kampfmethode ist der Streikkampf im Betrieb und die Verteidigung der täglichen Interessen der Arbeiter, in einer ferneren Zukunft wohl auch bewaffnete Abteilungen der Arbeiter. Was hältst Du von einer solchen Strategie?

Ich muß mich entschuldigen, da ich nicht sicher bin, ob ich die Frage richtig verstanden habe. Solidarność hat nie über bewaffnete Arbeitereinheiten gesprochen. Das wird nur von der Propaganda des Regimes verbreitet. Aber zur Sache. Der Kampf in den Betrieben durch friedliche Besetzungsstreiks ist nicht gelungen. Ein solcher Kampf ist nur dann möglich, wenn beide Seiten die Regeln des *fair play* akzeptieren. Aber bei uns war es so, wie es schon vor langer Zeit ein polnischer Schriftsteller ausgedrückt hat: „Ich lade ihn zu einer Partie Schach ein, und er wirft das Brett um und geht mit einem Dolch auf mich los." (Karol Irzykowski)

Was ist die soziale Grundlage Deiner Strategie? Was ist Deine strategische Perspektive?

Über Strategie habe ich oben schon gesprochen, und über die Perpektive müßte man ausführlicher sprechen. Die Perspektive unserer Welt hängt allein davon ab, ob es uns gelingt, eine nukleare Katastrophe zu vermeiden. Und die große Gefahr ist die Sowjetunion, nicht die USA *und* die Sowjetunion. In den USA gibt es immerhin eine demokratische Regierung, und diese Regierung muß die Lebensinteressen der Menschen berücksichtigen. In der UdSSR regiert eine durch die Gesellschaft nicht kontrollierte Mafia, die sich nur um ihre mafia-imperialistischen Interessen kümmert, und die Völker der Sowjetunion werden in Verdummung und Sklaverei gehalten. Auf längere Sicht haben die sowjetischen Machthaber keine andere Wahl, als entweder über die ganze Welt zu herrschen oder auf die Macht zu verzichten. Und weil das zweite für sie undenkbar ist (sogar die polnischen Kommunisten sind dieser Meinung), müssen sie das erste versuchen. Und das wird das Ende der Zivilisation sein. Der einzige Weg, auf dem diese fatale Perspektive verhindert werden kann, ist der Weg der Demokratisierung oder vielmehr Solidarisierung der Völker Osteuropas und der UdSSR. Ich sage Solidarisierung, weil dieser Versuch, den unsere 16 Monate darstellen, etwas völlig Neues war, und etwas, was sich von einer westlichen Demokratie unterscheidet. Und um das Neue, noch nicht ganz Artikulierte, will ich kämpfen.

Glaubst Du, Solidarność kann die Unterdrückung überleben?

Solidarność als Gewerkschaft nein. Als ein Anfang einer neuen Gesellschaftsordnung ja.

Wird der Kampf lang dauern?

Verlieren können wir sehr schnell. Aber für das Regime wäre das ein Pyrrhussieg. Der Weg zu einer Republik der Solidarität und zu solidarischen Menschen und Völkern ist sehr weit. Aber das ist der einzige Weg, der nicht in einen Abgrund führt.

Was können wir für Euch tun?

Ihr könnt Eure Kollegen in Deutschland und in Europa überzeugen, daß Frieden und Solidarität gleichbedeutend sind, daß Solidarität Frieden bedeutet, und daß dieser Kampf, den wir hier in Polen führen, der Kampf um das Leben ist. Wenn dieses Bewußtsein überall verbreitet wird, bei uns im Osten und bei Euch im Westen, dann werden wir siegen. Danke und viele Grüße.

10.10.1982

Frasyniuks „Offener Brief"

... Das größte Paradox des Kriegszustands besteht darin, daß eine Staatsmacht ohne gesellschaftliches Mandat, also eine illegale Macht, eine zehn Millionen starke legale – weil auf wirklichen Wahlen beruhende – Gewerkschaft für illegal erklärt. Die Versuche, das Volk einzuschüchtern, haben dazu geführt, daß dieses Regime fast völlig ohne Unterstützung der Gesellschaft geblieben ist ... Das bedeutet aber keinesfalls, daß sich die Situation radikal zu unseren Gunsten verändert hätte. Ein einmaliger heldenhafter Aufstand würde nicht ausreichen. Wenn wir dauerhafte politische und gesellschaftliche Veränderungen anstreben und nicht einen Augenblickserfolg, und wenn wir eine echte selbstverwaltete, unabhängige Gesellschaft aufbauen wollen, dann warten auf uns noch Jahre beharrlichen Kampfes.

In der ersten Phase ihres Bestehens, als offen aktive, unabhängige Gewerkschaft in einem totalitären System, hat Solidarność gesellschaftliche Initiativen freigesetzt. Sie hat uns Selbstorganisation gelehrt und hat dauerhafte Bindungen zwischen verschiedenen Berufsgruppen und Schichten geschaffen. In der zweiten Phase, seit dem Dezember, lenkt sie den Widerstand und schafft geheime Organisationsstrukturen im Untergrund. Jetzt haben wir zwei Möglichkeiten. Entweder werden wir genug Kraft haben, um dem System Widerstand entgegenzusetzen und Schritt für Schritt eine volle gesellschaftliche Selbstverwaltung zu erkämpfen. Oder wir werden eine weitere Fassadenorganisation werden, wenn wir die verlogenen Prinzipien des Systems akzeptieren. Würden wir das zweite wählen, würden wir die wichtigsten Werte verraten, die diese gesellschaftliche Bewegung zum Ziel hatte. Diese Werte sind Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Unabhängigkeit für den Einzelnen, für Gruppen und für den Staat ... Der Kampf darum, normal gewerkschaftlich arbeiten zu können, muß gleichbedeutend damit sein, Schritt für Schritt für die Zerstörung der Parteidiktatur zu kämpfen.

Mit der Errichtung des Kriegszustands haben die Machthaber bewiesen, daß die Existenz der selbstverwalteten Gewerkschaft in einer nicht selbstverwalteten Gesellschaft unmöglich ist. Daher ist es heute unser erstes Ziel, eine selbstverwaltete Gesellschaft aufzubauen. Das ist die einzige Chance, das vom totalitären System niedergeworfene Volk wieder aufleben zu lassen. Wenn man diese Selbstverwaltung erkämpfen will, muß man zunächst die falschen Behauptungen aufdecken, auf die sich die Diktatur stützt.

Der Kampf um freie Wahlen und um eine Regierung durch die gesetzliche Vertretung der Gesellschaft muß klar als die hauptsächliche Voraussetzung erkannt werden, um unser eigentliches Ziel zu erreichen. Wenn wir auf dieses Ziel verzichten, dann tragen wir dazu bei, das verlogene Wesen unseres Systems zu verschleiern. Wenn wir den Kampf um die gesellschaftliche Selbstverwaltung aufgeben, werden wir es dahin bringen, daß unsere Bewegung entartet oder daß sie völlig zusammenbricht – oder zur Explosion.

Volle Selbstverwaltung ist unser übergeordnetes Ziel, Es muß durch den Kampf um Teilziele verwirklicht werden, über die wir auch mit den Machthabern verhandeln können. Viele meinen, wenn man einen Gegner prinzipiell ablehnt, könne man auch nicht mit ihm reden. Das muß aber nicht unbedingt so sein. Es ist bekannt, daß Gegner oft miteinander reden, weil die Situation das verlangt. Ein Beispiel dafür sind Verhandlungen im Krieg, und schließlich haben auch wir Krieg. Auch wenn wir den Machthabern die Legitimität absprechen, können wir trotzdem mit ihnen reden, wie zwischen zwei tatsächlich bestehenden Kräften. Man muß eine solche Situation schaffen, daß der Gegner selbst an Gesprächen Interesse hat.

Teilzugeständnisse kann man von den Machthabern nur erreichen durch verschiedene Formen des Drucks. Deren Grundlage muß eine organisierte Untergrundgesellschaft mit Strukturen in den verschiedenen Bevölkerungsschichten, Gruppen und Betrieben sein. Nur systematische Tätigkeit, die den Gegner zersetzt, und die falls notwendig ergänzt wird durch eine starke Aktion im ganzen Land (Streiks und Straßendemonstrationen) können für uns ein günstiges Kräfteverhältnis schaffen.

– Widerstand gegen die Verletzung von Gesetzen und Verteidigung der Opfer der Repression;
– Boykott der Anweisungen des Regimes, die sich gegen gesellschaftliche Interessen richten;
– Anprangern der Kollaboration;
– Informations- und Propagandaarrbeit, auch in den Gruppen, die Bastionen des Regimes sind, d.h. in der MO (Miliz), der Armee, dem Parteiapparat, der Justiz;
– Aufdeckung des Unrechts gegen die eigene Gesellschaft und gegen das Ausland;
– Einfordern der formell zugesicherten Menschenrechte.

Die Ausarbeitung differenzierter Formen des Drucks durch die verschiedenen Schichten und Berufsgruppen ist zugleich ein wichtiges Mittel, die eigene Selbstverwaltung aufzubauen. Die provisorische Koordinierungskommission der Solidarność (TKK), die bereits ihr Programm der Untergrundgesellschaft vorgestellt hat, wird auch bald mit detaillierten Vorschlägen für den weiteren Widerstand auftreten.

Wroclaw, den 25.9.1982

„Hörer machen Programm", diesmal vom Komitee „Solidarität mit Solidarność", Minden, *Samstag, 30.10, 18.05 Uhr, WDR II*

„Opfermärsche" der peruanischen Minenarbeiter

Lima.Mitte Oktober. Durch das Sinken der Metallpreise, vor allem von Kupfer und Silber, ist der peruanische Bergbau in eine tiefe Krise gestürzt worden. Die meisten kleinen und mittleren Minen machen vorübergehend oder auch ganz dicht. Die Minenarbeiter sind drastischen Lohnsenkungen ausgesetzt oder bekommen seit Monaten gar keinen Lohn mehr.

So lebt wieder eine Kampfform auf, die immer schon ein Bestandteil des Kampfes des peruanischen Minenproletariats war, die „marchas de sacrificio", die „Opfermärsche". Sie führen von entlegenen Minen-Camps über meist Hunderte von Kilometern nach Lima oder in eine andere große Stadt. Bei diesen Märschen werden die Minenarbeiter zumeist von ihren Frauen und Kindern begleitet.

Herzlich empfangen von den örtlichen Gewerkschaftsverbänden, marschierten am 6.10.1982 die 400 Bergarbeiterfamilien aus Pasto Bueno (Ancash), Chuvilca (La Libertad) und Algamarca (Cajamarca) in Trujillo ein (Trujillo ist die Hauptstadt des Departements La Libertad und liegt 562 km nördlich von Lima). Einen Tag später trafen 600 Familien aus Quiruvilca (Provinz Santiago de Chuco) ein. Jede dieser Gruppen hat einen Marsch von 120 – 150 km von den Westkordilleren hinter sich. Die etwa 1000 Bergarbeiter überreichten dem Präfekten ihre Forderungen. Sollte keine befriedigende Lösung erreicht werden, wollen sie weiter nach Lima marschieren.

400 Bergarbeiterfamilien sind nach 10tägigem Marsch und 120 km aus dem Lager Alpamina-Morococha (Yauli-Junin) in den Zentralanden in Lima eingetroffen. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 4000 Soles (ca. 12 DM) pro Tag, während ihnen das Arbeitsministerium 1650 Soles anbot, tatsächlich die durchschnittliche Lohnerhöhung bei Arbeitern. Wie bei anderen Märschen wird auch hier seitens der Minenbesitzer und des Staates unter dem Vorwand, man habe es hier mit Terroristen und Guerilleros zu tun, mit Polizeigewalt und oft unter Gebrauch von Waffen gegen die Arbeiter vorgegangen. Das wird dann z.T. mit dem gegenwärtigen Ausnahmezustand (auf Grund von Anschlägen des Sendero Luminoso) in einigen Provinzen von Ayacucho und in Lima gerechtfertigt.

Seit neun Monaten schlagen sich die 600 Minenarbeiter von Canaria (Ayacucho) mit ihrem Bergwerkskapitalisten und den Arbeitsbehörden herum. Seit dieser Zeit nämlich wird ihnen der Lohn vorenthalten. Die Besitzer machten den Laden zu und sich auf und davon. Nun fordern die Vertretungsorgane dieser Minenarbeiter, daß sie die Mine in eigene Regie übernehmen. Vor zwei Monaten machten sie sich auf den Marsch nach Lima und sind inzwischen in Pisco, 250 km südlich von Lima angekommen.



Bergarbeiterfamilien schlagen ihr Lager in Trujillo auf.

Nicht jeder dieser Märsche hat Erfolg, und oft sind es nur kleinere Zugeständnisse, die erreicht werden. Andererseits wird nicht selten aufgrund der öffentlichen Meinung das Arbeitsministerium gezwungen, Entschädigungen oder Vergleiche auszuhandeln. Ein Vertreter der Minengewerkschaft FNTMMP sagte, daß nur aufgrund dieser Kämpfe die Minenarbeiter einige ihrer Forderungen durchsetzen konnten: „Wenn es die Märsche nicht gäbe, würden wir vielleicht gar nicht überleben können." Am 18./19. Oktober hat die erwähnte FNTMMP (*Federación Nacional de Trabajadores Mineros y Metalúrgicos del Peru)* einen 48stündigen Streik im ganzen Land durchgeführt. Wieweit dieser Streik Erfolg hatte, ist noch nicht abzusehen – die Regierung spricht von 10%, die linke Tageszeitung *El Diario* von 90%iger Beteiligung. *Eduard Roth*

Im Aufschwung der gewerkschaftlichen Kämpfe wächst das politische Bewußtsein des Volks von Azania

Von Zola Sonkosi, Mitglied des ANC (African Nationalists)



Auch in den Bantustans – in Zululand und in Natal – zeigt sich offener Widerstand gegen das Rassistenregime

Der Widerstandskampf der Afrikaner Azanias, der seit langem im Gange ist, springt im Moment von den Kernstädten aus zunehmend auf andere Städte, ja bis in die Randgebiete über. Nicht nur in Johannesburg und Kapstadt, auch in Pretoria, Pietersburg, East London, Port Elizabeth, Bloemfontein, Springs, Durban und Pietermaritzburg macht die Bevölkerung ihrer Empörung über das Apartheidssystem Luft. Dieser Widerstand fällt nicht einfach vom Himmel, sondern ist zum großen Teil Ergebnis der Untergrundtätigkeit und der politischen Agitation der Organisationen der Schwarzen. Arbeiter, Schüler, arbeitslose Jugendliche und Hausfrauen sind hier sehr aktiv.

Während Streikaktionen in allen Industriegebieten an der Tagesordnung sind, konnten die 4,5 Mio. Arbeiter der 70000 Farmen und Plantagen der Weißen, die 75% der landwirtschaftlichen Fläche Südafrikas umfassen, noch nicht dauerhaft für den Widerstandskampf gewonnen werden. Für den endgültigen Zusammenbruch des kolonialen kapitalistischen Systems spielen sie aber eine entscheidende Rolle. Nicht nur die Ernährung der Bevölkerung hängt von ihnen ab – landwirtschaftliche Produkte sind neben Mineralien auch für die Devisenbeschaffung sehr wichtig.

Im Moment streiken mehr als 51000 afrikanische Arbeiter in 182 Betrieben Südafrikas für bessere Arbeitsbedingungen und für die Anerkennung gewerkschaftlicher Rechte. Viele Aktionen können länger denn je durchgehalten werden, da die Bevölkerung die Streikenden mit Nahrungsmitteln und Unterkunft unterstützt. Bei VW, General Motors und Ford sind mehr als 10000 Arbeiter, fast 91% der Belegschaft, im Juni in einen Bummelstreik getreten, der die Automobilindustrie fast völlig lahmgelegt und in eine Talfahrt geführt hat. Dieser Bummelstreik wirkt wie eine Lawine, und es wird nicht mehr lange dauern, bis noch größere Teile der über 1,3 Mio. Industriearbeiter streiken. Zugleich ist die gewerkschaftliche und politische Mobilisierung und Organisierung der fast 1,5 Mio. schwarzen Minenarbeiter im Gange. Streiks auch hier, wenngleich erst in wenigen Minen.



Solange keine Grenzpatrouille in Sicht ist, kann man die Grenze sicher überqueren. Dieser Mann aus der Region Lushikishini gelangt mit Hilfe einer einfachen Leiter nach Südafrika. Die Bäume im Hintergrund gehören zu einer Kautschukplantage auf südafrikanischer Seite.

Politisches Bewußtsein zeigt sich zum ersten Mal auch unter den *domestic servants*, den Hausangestellten, die über 1,5 Mio. zählen und in allen weißen Haushalten zu finden sind. Seit einiger Zeit ist ein kleiner Teil von ihnen ebenfalls in eigenen Gewerkschaften organisiert, die allerdings von der Regierung nicht anerkannt werden. Bis jetzt dürften sich vielleicht 5% aller Hausangestellten dort zusammengeschlossen haben, und es ist zu hoffen, daß die Organisatoren und Aktivisten im Untergrund in absehbarer Zeit den Großteil von ihnen gewinnen können. Aktionen in diesem Bereich wären für die Weißen wahrlich eine Katastrophe.

Alle zur Zeit laufenden Streiks haben primär politischen Charakter. Dabei ist ein Schritt zur Verbreiterung des Widerstands, daß die sogenannten Asiaten und die Mischlinge zum größeren Teil integriert sind, während die Weißen anstreben, diese Gruppe, die etwa 3,3 Mio. Menschen umfaßt, im nächsten Jahr durch die Gewährung beschränkter parlamentarischer Rechte auf ihre Seite zu ziehen und von den Schwarzen zu isolieren. Doch es scheint, daß sie mit dieser Verschleierungspolitik keinen Erfolg haben. Viele Mischlinge und Asiaten betrachten sich als Teil der Unterdrückten und sehen das Schicksal der Afrikaner auch als ihr eigenes, wobei es natürlich Ausnahmen einiger Opportunisten, Verräter und Kollaborateure gibt. Auch die Jugendbewegung der Asiaten und Mischlinge lehnt das Kleinbürgertum in ihren Reihen und jene Elemente, die für die Integration ins südafrikanische System eingetreten sind, ab.

Die schwarzen Widerstandsorganisationen richten ihre Wut nicht nur gegen Symbole der weißen Vorherrschaft, sondern auch gegen schwarze Kollaborateure wie Matanzima Magope (Führer der Marionettenregierung der Transkei), Nphephu, Naidoos und andere. Die angestrebte psychologische Befreiung aus der Abhängigkeit sowie die Konsolidierung aller Unterdrückten im Kampf um ihre Emanzipation macht zweifellos Fortschritte. Die Widerstandsorganisationen haben unter anderem Entwicklungsprojekte und Selbsthilfeorganisationen gegründet. Diese haben durch ihre Hilfe und durch die zusammen mit der Bevölkerung geleistete Arbeit einen unmittelbaren Kontakt hergestellt und das Volk in einer Sprache, die verstanden wird, politisch informiert und schließlich zum Protest gegen die gemeinsam erfahrene Unterdrückung aktiviert.

Eine Organisationsstruktur klassischen Musters mit zentralen Leitungen und funktionierender innerer Kommunikation ist im Aufbau. Die Taktik der Rassisten, jede schwarze Organisation mit Spitzeln zu infiltrieren und die jeweilige Führung mittels Polizei und Justiz zu beseitigen, wird durch diese Organisationsform erheblich erschwert. Obwohl sich viele Führungsmitglieder aus allen wichtigen Widerstandsorganisationen in Haft befinden, die Sicherheitspolizei systematisch gegen schwarze Gewerkschaftsaktivisten vorgeht und einige ihren Folterungen erlegen sind, wirkt all das nicht einschüchternd, sondern stärkt vielmehr die Streikbereitschaft und den Widerstand der Arbeiter.

Die Sicherheitspolizei versucht nun, mit anderen Methoden und Intrigen Verwirrung zu stiften. Z.B. verbreitet sie sehr oft anonyme Flugblätter, die widersprüchliche Angaben über Streikaktionen enthalten und den Streik insgesamt verteufeln. Durch verstärkte Aufklärung und Agitation gelingt es langsam, gegen diese Verwirrungstak-
langsam, gegen diese Verwirrungstak-
tik eine Solidarisierung herzustellen und partikulare Interessen in den Hintergrund zu drängen. Proteste, Demonstrationen und Sabotageakte nehmen zu, trotz Versammlungsverbots und Sicherheitsgesetzen. Die offenen Aktionen der Schwarzen zeigen, daß das Drohpotential des weißen Herrschaftssystems nicht mehr ausreicht, um ein Stillhalten der Unterprivilegierten zu gewährleisten. Das wirksamste Instrument scheint seinen Schrecken zu verlieren: die Angst – Angst, nicht zum Abschlußexamen zugelassen zu werden, Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst vor Zwangsumsiedlung in die Ghettos (Reservate oder Bantustans genannt), Angst vor dem Gefängnis, ja auch Angst vor dem Tod. Dem Regime bleibt, seiner eigenen Logik folgend, nur die Möglichkeit der Verschärfung von Repression und Terror.

Entscheidend für den politischen Erfolg der schwarzen Widerstandsorganisationen ist, die Kenntnisse über die ökonomischen Hintergründe zu erweitern. Das heißt, unsere Unterdrückung darf nicht ausschließlich aus dem Rassengegensatz erklärt werden, sondern sie muß als Moment eines ganz bestimmten Systems bestimmt werden, in dem die Diskriminierung nach Hautfarben als Vorwand für Unterdrückung und Ausbeutung dient, dabei aber in einem ökonomischen Bezugsrahmen steht. Gerade dieser Bezug zur wirtschaftlichen Grundlage des Systems macht die Widerstandsorganisationen zum potentiell systemsprengenden Faktor.

Ihr totales Verbot nützt den Rassisten nichts, denn der Widerstand ist vollends zu einer sozialrevolutionären Bewegung geworden, die sich nicht mehr nur mit der formalen Unabhängigkeit und dem Wahlrecht für alle begnügt, sondern darüber hinaus die großen Kapitale enteignen und das Volk tatsächlich an die Macht bringen will. Dieser Weg wird sehr lang, hart und schwer sein. Doch es regt sich in Azania eine neue Gernation, die über ein politisches Bewußtsein wie nie zuvor verfügt.

Sehr wichtig ist dabei, daß heute verschiedene Organisationen, die früher in Konkurrenz zueinander standen, trotz aller Unterschiede zusammenarbeiten gegen das, was sie in den Betrieben erlebt haben. Und es muß auch gesagt werden, daß die Arbeiter, die schwarzen Gewerkschaften, die zum großen Teil im Untergrund tätig sind und unter sehr schweren Bedingungen arbeiten, eine führende Rolle im Befreiungskampf Azanias spielen. Wir finden es sehr wichtig und gut, daß die Arbeiter selbst politisch organisiert sind, daß sie ihren eigenen Kampf selbst in die Hand nehmen und führen und daß die Elite, die Intelligenz und alle anderen nur ein Bestandteil davon sind, aber nicht die führende Rolle haben. So ist die Entwicklung in Azania der Tendenz nach ganz anders als irgendwo sonst in Afrika, wo in einigen Ländern die Intellektuellen fast bis zum Schluß allein führend im Kampf waren und wo die Arbeiterschaft, obwohl durchaus beteiligt, weiter unterdrückt wird wie von den Kolonialisten zuvor. Eine Revolution kann man nicht von einem Tag auf den anderen erreichen. Und uns ist ein langer Kampf, in dem sich politisches Bewußtsein bildet, lieber, als eine schnelle Befreiung ohne einen solchen Bewußtseinsprozeß.

Wirtschaftliche, soziale, rechtliche und politische Diskriminierung der Afrikaner in Südafrika

Die *wirtschaftliche* Diskriminierung zeigt sich am deutlichsten an der ungeheuren Kluft zwischen dem durch-
heuren Kluft zwischen dem durch-
schnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, welches bei einem Weißen 13mal höher liegt als bei einem Afrikaner. Die Afrikaner haben ferner zusätzliche Steuerlasten zu tragen. Unabhängig vom Alter und Lebensstandard müssen alle Afrikaner Einkommenssteuer zahlen, sobald ihr Lohn 500 DM im Jahr übersteigt. Die anderen Rassen zahlen Einkommenssteuer erst ab ca. 1000 DM pro Jahr, Verheiratete z.B. erst ab umgerechnet 3000 DM. Weiterhin müssen alle Afrikaner über 18 Jahre eine Kopfsteuer von ca. 5 DM im Jahr zahlen, ob sie Geld verdienen oder nicht.

Durch das Kontraktarbeitersystem, in das die meisten männlichen Bewohner der Reservate infolge höherer Besteuerung, Schulkosten und dem Fehlen von Arbeitsplätzen in den Reservaten gezwungen sind, wird ihr Familienleben besonderen Belastungen ausgesetzt. 6 Mio. Menschen sind direkt von diesem System betroffen, das den Eckstein des wirtschaftlichen Systems bildet. Die Folgen sind Prostitution, Jugendkriminalität und Alkoholismus, vor allem in den ghettoähnlichen Townships, den schwarzen Vorstädten.

Die wirtschaftliche Diskriminierung hat oft verheerende *gesundheitliche* Folgen für die Afrikaner. Der Teufelskreis von Unterernährung und Armut kann durch die mangelhafte und ungleiche medizinische Versorgung kaum gemildert werden. Im letzten Jahr lag das Verhältnis Arzt:Bevölkerung bei den Weißen bei 1:400, bei den Afrikanern bei 1:500000. Zu den Folgen unzureichender Ernährung und Mangelerscheinungen gehört die hohe Kindersterblichkeit, die besonders in den Reservaten bei dem extremen Ärztemangel erschreckend hoch ist. Hier sterben 50% aller Kinder vor dem fünften Lebensjahr. – Die Lebenserwartung der afrikanischen Frauen wird auf 37, die der Männer auf 36 Jahre geschätzt. Für weiße Männer war sie im letzten Jahr demselben Bericht zufolge auf 63 und für weiße Frauen auf 72 Jahre gestiegen.

Zu den Bereichen, in denen Schwarze krass benachteiligt werden, gehören die schlechten Sozialleistungen ebenso
die schlechten Sozialleistungen ebenso
wie die katastrophale *Wohnungsnot*. Ständige Zwangsdeportationen bringen keine Abhilfe in den Städten, verschlimmern aber die miserable Wohnsituation in den Reservaten.

Durch das gegenwärtige *Bildungssystem* ist eine berufliche Weiterbildung und der damit verbundene soziale und ökonomische Aufstieg für den Afrikaner kaum möglich. Es gibt keine Schulpflicht für Afrikaner, während weiße Kinder bis zum 16. Lebensjahr schulpflichtig sind. Für Weiße ist der Schulbesuch kostenlos, Schwarze müssen Schulgeld und ihre Bücher und Uniformen selbst bezahlen. Während sich die Ausgaben des Staates für ein weißes Kind auf ca. 1500 DM belaufen, sind es für eine afrikanisches Kind ca. 80 DM. Auf 20 weiße Schüler kommt ein Lehrer, während ein Lehrer 60 bis 80 oder 100 afrikanische Schüler zu unterrichten hat.

Südafrika besitzt in Relation zur gesamten Bevölkerung die höchste *Gefangenenzahl* der Welt. Auf 100000 Einwohner kommen ca. 500 Gefangene. Zwischen 1953 und 1980 wurde fast die Hälfte aller Hinrichtungen in der Welt in Südafrika vollstreckt. Letztes Jahr allein starben in südafrikanischen Gefängnissen mehr als 100 politische Häftlinge an Folterungen, Selbstmord oder Mord.

Neben der Aberkennung des allgemeinen Wahlrechts bilden Streik- und Organisationsverbote die entscheidenden Mechanismen der *politischen* Knebelung. Gewerkschaften, die Arbeiter aller Rassen als gleichberechtigte Mitglieder aufnehmen, sind nach dem *Supression of Communism Act* verboten. Ihre Mitglieder werden verfolgt.

Während die Schwarzen die zahlreichen Diskriminierungen sehr direkt erfahren, erlebt der durchschnittliche Weiße die Rassenbeziehungen kaum als Konflikt, da ein umfassender Propagandakrieg der Regierung die Wahrnehmung der wirklichen Situation durch die Weißen zu verhindern sucht.

Europa muß die PLO anerkennen

Mit seinem jüngst erschienenen Buch „PLO und Palästina" hat sich Abdallah Frangi als PLO-Vertreter bei der Liga der arabischen Staaten in Bonn und ständiger PLO-Vertreter in Wien vor allem an das westeuropäische Publikum gewandt. Er stellt umfassend die Ursprünge des heutigen Nahostkonflikts dar, den palästinensischen Widerstand in seinen unterschiedlichen Etappen und die Geschichte und Politik der PLO. Eine leicht lesbare und informative Lektüre vor allem für Leute, die sich bisher noch nicht sehr intensiv mit der Problematik auseinandergesetzt haben bzw. sich immer noch nicht von der Gerechtigkeit der palästinensischen Sache überzeugen lassen wollen. Aus seinen politischen Schlußfolgerungen drucken wir im folgenden einen Auszug ab.



Frankfurt/Main 1982, R.G. Fischer, 312 Seiten, 29,80 DM

In Europa wird als eine Grundvoraussetzung für eine Beendigung der palästinensisch-israelischen Konfrontation der PLO die Anerkennung des Staates Israel abverlangt. In politischen Gesprächen und Diskussionen, in Interviews – immer wieder stellen Europäer in durchaus aufrichtigem Bemühen um den Frieden die Frage nach der Anerkennung Israels durch die PLO. Und viele Politiker in Europa und in den Vereinigten Staaten machen diese Anerkennung zur Bedingung für offizielle Gespräche mit der PLO. (...)

Es ist eine manchmal traurig stimmende Tatsache, daß viele Menschen in Europa die Frage nach der Anerkennung Israels in der besten Absicht, aber ohne nähere Kenntnis der historischen Fakten stellen.

Der Palästinenser aber, der 1948 aus Jaffa, Akko oder Haifa vertrieben worden ist, der seine Familie, sein Haus, seine Heimat verloren hat, der als Flüchtling selbst in Zelten oder Hütten dem Bombardement der israelischen Luftwaffe ausgesetzt ist, der seine Familie nicht mehr sehen kann, weil er nicht zurück darf nach Palästina, der über Jahrzehnte in Not, Elend und dauernder Furcht hat leben müssen, hat ein anderes Bild von Israel, eine andere Erfahrung mit Israel als jeder Europäer. Er ist der Entrechtete, der Vertriebene, und er braucht Sicherheit. Von diesem Palästinenser zu verlangen, Garantien für Israels Sicherheit abzugeben, verkehrt die Relation von Ursache und Wirkung, von Täter und Opfer. (...)

Israel mißbraucht die bloße Existenz der Palästinenser, um das Argument einer permanenten Bedrohung Israels aufrechtzuerhalten. Die Palästinenser sind zu einem Feindbild gemacht worden, das der israelischen Armee freie Hand gibt in ihrem Vorgehen sowohl gegen die Palästinenser als auch gegen alle arabischen Staaten.

Der Abbau oder gar die Aufgabe dieses ideologischen Feindbildes würde nicht nur Israels Anspruch auf „Eretz Israel", d.h. auf ganz Palästina in Frage stellen, sondern auch die weiterreichenden Ambitionen zunichte machen, wie sie Ariel Sharon eingangs dieses Kapitels umrissen hat.

Israel will aus diesem Grunde gar keine Anerkennung durch die PLO. Dies hat Moshe Dayan Ende des Jahres 1980 in einer Fernsehdiskussion im deutschen Fernsehen ausdrücklich erklärt. Und dies haben Begin, Shamir und Sharon im Juli 1982 wiederholt und bekräftigt.

Eine Anerkennung Israels durch die PLO würde vielleicht einige ehrlich besorgte und einige weniger besorgte Politiker und Journalisten in Europa beruhigen. Aber am Los der Palästinenser würde dies nichts ändern, solange Israel über die Macht und die Soldaten verfügt, auf diese Anerkennung zu verzichten. An Signalen von palästinensischer Seite hat es dabei gewiß nicht gemangelt. (...)

Das Ziel der PLO war die Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina, der, wie Yassir Arafat im Jahre 1974 vor der UN-Vollversammlung bekräftigte, „alle Juden miteinschließen (sollte), die heute in Palästina leben und die mit uns gemeinsam auf palästinensischem Boden ohne Diskriminierung leben wollen". Die Palästinensische Befreiungsorganisation erkannte aber bald, daß mit einer Langzeitforderung allein, mit einer „palästinensischen Utopie", die „palästinensische Option" in der internationalen Arena nur schwach vertreten sein konnte.

Ab 1972 hat in der PLO eine Diskussion eingesetzt, die mit der Verabschiedung des 10-Punkte-Programms im Jahre 1974 in Kairo ihren ersten Abschluß fand. Der Palästinensische Nationalrat erklärte sich bereit, eine staatliche palästinensische Autorität auf jedem Teil Palästinas zu errichten, der von Israel geräumt werde. Dies war das erste deutliche Signal an Israel, an die USA und an die Weltöffentlichkeit, eine politische Lösung der Konfrontation einzuleiten. Auch wenn den entrechteten und vertriebenen Palästinensern dieser Entschluß alles andere als leicht fiel, wurde er doch von der überwiegenden Mehrheit akzeptiert. Mit ihrer Bereitschaft, an internationalen Konferenzen über eine Lösung des Palästina-Problems teilzunehmen, gab die palästinensische Führung ihrem Willen Ausdruck, jeden annehmbaren Weg zu einer politischen Lösung einzuschlagen.

In den folgenden Jahren – durchaus in Wirkung und Verwirklichung dieses Programms – bahnten sich zahlreiche Gespräche und Kontakte mit israelischen Intellektuellen und Linksparteien an. Sai Hammami, der im Januar 1978 ermordete Vertreter der PLO in London, und Issam Sartawi zählen zu den herausragenden palästinensischen Persönlichkeiten, die die Gespräche mit dem israelischen Friedenslager intensivierten. Für den 14. Juni 1982 war eine erste gemeinsame Pressekonferenz von Issam Sartawi und dem früheren israelischen General, Matti Peled, vorgesehen. Die israelische Invasion in den Libanon hat diese Initiative zunichte gemacht.

Und doch brachen die Gespräche selbst unter der israelischen Belagerung Beiruts nicht ab. Der israelische Journalist und ehemalige Knesset-Abgeordnete Uri Avneri traf im eingeschlossenen Beirut zu einem mehrstündigen Gespräch mit Yassir Arafat zusammen. Es ist bezeichnend wie beschämend für die Haltung der israelischen Regierung, daß gegen Uri Avneri nach seiner Rückkehr aus Beirut eine Untersuchung wegen „Hochverrats" in Gang gesetzt wurde. Selbst unter dem Bombenhagel der israelischen Luftwaffe gab der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat seine Bemühungen um eine politische Lösung nicht auf. Vor amerikanischen Abgeordneten unterschrieb er ein Papier, in dem er alle UN-Resolutionen, die Palästina betreffen, anerkannte.

Israelische Bomben haben – wie alle politischen Lösungsversuche seit Beginn der israelisch-palästinensischen Konfrontation – auch dieses Papier unter den Trümmern Beiruts verschüttet. (...)

Die Fortdauer dieser Konfrontation im Mittleren Osten ist aber ein ständiger Unruheherd, eine Gefahr für den Weltfrieden. Die konträren Interessen der USA und der UdSSR in diesem Raum bergen beständig die Möglichkeit einer weltweiten Ausdehnung dieser Konfrontation in sich. Und auch jeder europäische Politiker ist sich bewußt, daß die Entwicklung im Nahen Osten unmittelbare Auswirkungen auf Europa hat, daß Frieden im Nahen Osten auch Frieden für Europa bedeutet. Weder die Araber im allgemeinen noch die Palästinenser im besonderen haben die europäische, insbesondere die nationalsozialistische Judenverfolgung zu verantworten. In der arabischen Welt sind die Juden nie verfolgt worden, nur weil sie Juden waren. Antisemitismus ist den semitischen Arabern unbekannt.

Die Palästinenser sind die indirekten Opfer der Judenverfolgung in Europa. Sie haben deshalb auch ein Recht auf Wiedergutmachung. Es bedarf nicht finanzieller Zuwendungen, sondern der moralischen Wiedergutmachung. Das wenigste, das dieses Postulat an Moral enthalten sollte, wäre die Anerkennung der palästinensischen Rechte und die Anerkennung der PLO. Aufarbeitung von Vergangenem und Wiedergutmachung dürfen nicht einfach die Spätfolgen dieser schrecklichen Vergangenheit aus dem Blickfeld streichen. Das gilt in besonderem Maße für die Bundesrepublik Deutschland. Auch Großbritannien und Frankreich zählen zu den europäischen Mächten, die ein gerütteltes Maß an Verantwortung für diesen Konflikt tragen. (...)

Das Verständnis für die palästinensischen Forderungen bahnt sich erst in den letzten Jahren einen oft beschwerlichen Weg. Aber Westeuropa kann die palästinensischen Anliegen und mit ihnen die PLO heute nicht mehr unberücksichtigt lassen.

Das gilt uneingeschränkt auch für die zweifelsfrei einflußreichste Macht im Nahen Osten, die USA. Seit Jahrzehnten unterstützen die Vereinigten Staaten Israel mit Milliarden von Dollar. Israel ist ausgerüstet mit modernsten amerikanischen Waffen. Es hat nicht nur die militärische Unterstützung der USA, sondern auch uneingeschränkte politische Rückendeckung in seinen Eroberungszügen, seinen Expansionen wie bei seinen Annexionen. Die Vereinigten Staaten sind schuldig gegenüber jeder palästinensischen Familie. Die USA sind die einzigen, die heute auf Israel Druck ausüben können, um die Konfrontation zu beenden. Ihre jetzige Politik aber kann den Frieden nicht bringen, sondern nur eine um Jahre, vielleicht gar um Jahrzehnte verlängerte Konfrontation.

Die Palästinenser sind heute über die ganze Welt zerstreut. Aber Exil und Diaspora haben ihre Idendifikation als Palästinenser nicht gebrochen. Auch wenn die eine oder andere Schlacht um Palästina militärisch verloren werden sollte, das Palästina-Problem kann nirgendwo anders als in Palästina selbst gelöst werden. (...)

Aus den Flüchtlingen von einst sind heute bewußte Menschen geworden, die ihr Ziel klar vor Augen haben: einen palästinensischen Staat mit palästinensischer Fahne auf palästinensischem Boden. Wird dieser Staat in der nächsten Zeit gegründet, so besteht berechtigte Hoffnung auf Frieden in dieser Region. Gelingt es Israel aber, diesen Staat zu verhindern, wird die Konfrontation auf viele Jahre bleiben.

„Lösungsansätze / Perspektiven für den Nahen Osten"

Anmerkungen zu und Beobachtungen auf einer Veranstaltung

jup. Westberlin. Zu diesem Thema hatten wir vom Palästina-Arbeitskreis für Freitag, den 22.10. eingeladen, unterstützt von den allgemeinen Studentenausschüssen der beiden Universitäten und der AL. Die Tatsache, daß wir keine teuer bezahlten Berufspolitiker sind, hat offenbar Verblüffung ausgelöst. Ob die Fragestellung nicht etwas hochgestochen sei, fragte die Moderatorin des Sender Freies Berlin unter Hinweis auf diesbezügliche Aktivitäten „führender Politiker": Von den „führenden Politikern" unterscheidet uns, daß wir nicht die Möglichkeiten und Mittel ihrer Machtpolitik besitzen, aber auch nicht ihre Intentionen teilen, sie wirken zu lassen. Zwar war uns von vornherein klar, daß wir „eine große Frage" aufwerfen; einen Plan oder eine Resolution zu ihrer Lösung haben wir jedoch nicht vorgelegt.

Unsere Stärke lag darin, daß wir auf die Kräfte gesetzt haben, die ein elementares Interesse daran haben, Frieden im Nahen Osten herzustellen und die Rechte der dort lebenden Völker zu garantieren. Eingeladen hatten wir deshalb den Bürgermeister von Tamra, Westgaliläa, Mohamed Kanan (Tawfik Zayyad, Bürgermeister von Nazareth, der ursprünglich für die Diskussion vorgesehen war, konnte wegen der aktuellen politischen Lage – er ist Knesseth-Mitglied – nicht kommen), Raya Rothem, die Sprecherin des „Komitees gegen den Krieg im Libanon" ist, Abdallah Frangi, Erich Fried und Friedheim Ernst, langjähriger Mitarbeiter des Nahost-Arbeitskreises der Evangelischen Studentengemeinde. Dan Diner von der jüdischen Gruppe Frankfurt konnte erst am anschließenden Seminar teilnehmen, der libanesische Journalist Elias war kurzfristig verhindert.

Die Tatsache, daß wir nicht einfach eine Solidaritätsveranstaltung zur Unterstützung des palästinensischen und libanesischen Volkes durchgeführt, sondern die als verfeindet dargestellten Parteien, Israelis und Palästinenser, an einen Tisch gebracht haben, erklärt des weiteren das vorläufige Schweigen des übergroßen Teils der seit längerer Zeit informierten Medien. Hatte mancher der etwa 1000 Besucher die heimliche Hoffnung, daß es zu Anwürfen zwischen den Beteiligten oder Provokationen aus dem Publikum kommen würde – was mindestens der Springer-Presse eine Meldung wert gewesen wäre – so wurde er enttäuscht. Mitglieder der Jüdischen Studentengemeinde, die gegenüber der geplanten Veranstaltung keinen Hehl aus ihrer „Ablehnung" gemacht hatten, hielten sich wie andere „Skeptiker", z.B. die Marxistische Gruppe, zurück.

Noch vor einem Jahr wäre es undenkbar gewesen, daß Israelis und Palästinenser gemeinsam und öffentlich Überlegungen anstellen, wie eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen ihren Völkern erreicht werden kann. Die Palästinenser sind sich weitgehend darüber im klaren, daß sie eine Niederlage erlitten haben; die Taktik der militärischen Nadelstiche, die den Zionisten Zugeständnisse abtrotzen sollte, hat sich als falsch erwiesen. Nicht weil sie die militärische Überlegenheit Israels ignoriert hätte, vor allem auch deshalb, weil sie den Handlungsspielraum der antizionistischen Kräfte in Israel enorm eingeschränkt hat, jener Kräfte, die nach den Worten Dan Diners noch eine bedauerlich kleine Minderheit darstellen, die Mehrheitsverhältnisse aber zu ihren und der Palästinenser Gunsten zu verändern wünschen. Jene Minderheit, die wohl oder übel davon ausgehen müsse, daß „99% aller Juden in der Welt ihrem Staat solidarisch" verbunden seien als Garant der Existenz der jüdisch-israelischen Nation.

Deshalb hält er eine programmatische Wende seitens der PLO für notwendig, die ausdrücklich die Existenz einer jüdisch-israelischen Nation anerkennen müßte, was nicht identisch ist mit der formellen Anerkennung des Staates Israel. Ich halte die Anerkennung der Existenz einer jüdisch-israelischen Nation für richtig. Doch sie auf dem Unrecht am palästinensischen Volk entstanden ist, ändert die Tatsache nicht, daß sie besteht. Auch bei einem anderen Verlauf der Ereignisse der jüngsten Zeit, unabhängig von der erlittenen Niederlage, hätte es angestanden, daß sich die PLO mit der Existenz der jüdisch-israelischen Nation infolge der Gründung des israelischen Staates auseinandersetzt. Geklärt werden muß diese Frage auch, weil die in Israel lebenden Palästinenser Gleichberechtigung gegenüber der jüdisch-israelischen Bevölkerung verlangen, obwohl sie die PLO als ihre politische Vertretung ansehen.

So begreiflich die Niedergeschlagenheit unter den Palästinensern ist, das Verlangen, ihre nationale und politische Würde zu wahren, ist nicht nur legitim, sondern auch unterstützenswert. Daher halte ich es für wichtig, zwischen der Korrektur falscher politischer Einschätzungen und den Bedingungen, die sich infolge der erlittenen Niederlage stellen, zu unterscheiden. Trotz dieser Niederlage ist das palästinensische Volk nicht einfach schwach.

Erich Fried brachte seine Hochachtung vor der Haltung der Palästinenser zum Ausdruck, die sie angesichts der Massaker von Sabra und Chatila gewahrt haben, indem sie sich nicht zu Haßausbrüchen hatten hinreißen lassen. Ich hatte den Eindruck, daß auch die zahlreichen jüdischen Teilnehmer, etliche davon aus Westdeutschland, seine Sicht teilten und nicht von dem Interesse geleitet waren, die Schwäche der Palästinenser zu weiterer Demütigung und zur Einräumung von Zugeständnissen zu nutzen. Solche Gedanken kamen mir zornig hoch, als am Samstag auf einer Veranstaltung des „Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten" dort Anwesende die Einlassungen ihres israelisch-palästinensischen Mitbürgers, des Bürgermeisters Kanan, damit beantworteten, er käme ihnen nicht genügend entgegen. Immerhin ist das auch nicht durchgängiger Tenor in diesem Arbeitskreis. Und per Sender Freies Berlin wurde schon die Frage gestellt, warum sich die Jüdische Gemeinde zu Berlin nicht an unserer Podiumsdiskussion beteiligt habe.

Auf ihre und anderer Personen des öffentlichen Lebens Reaktion kann man gespannt sein. Die Alternative Liste hat für Montag alle Parteien zu einem Empfang ins Schöneberger Rathaus eingeladen, um auch ihnen eine angemessene Möglichkeit zu geben, den Bürgermeister von Tamra zu begrüßen. Am Nachmittag stellt der Gesundheitsstadtrat des Bezirks Schöneberg Mohamed Kanan Einrichtungen vor, in denen Asylanten betreut werden. Der Bürgermeister von Kreuzberg (CDU) wird kommunalpolitische Probleme austauschen können; die Bezirksverordnetenversammlung von Kreuzberg hat ihn mit den Stimmen von SPD und AL verpflichtet, seinen Kollegen aus Nazareth einzuladen, Tawfik Zayyad. Die AL strebt an, daß Partnerschaften mit arabischen Gemeinden in Israel hergestellt werden.

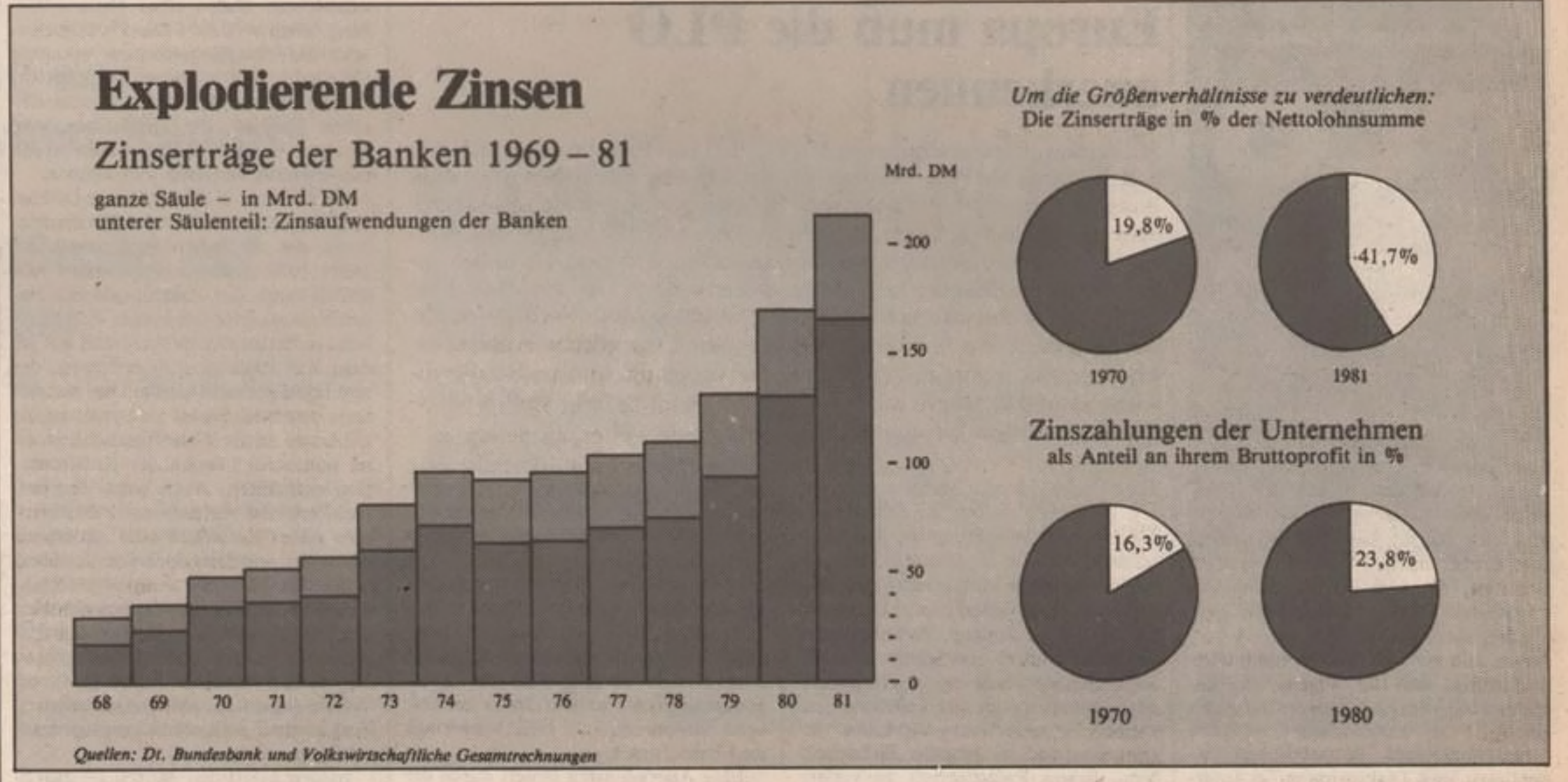


Atommüll der USA soll in die Salzwüste

kvz. Bislang machen es die USA mit ihrem Atommüll ganz einfach: ob zivilen oder militärischen Ursprungs, er kommt in Wasserbecken neben den Reaktoren. Doch langsam wird es dort eng und die „Endlagerung" läßt sich nicht mehr aufschieben. Aufgegeben wurden Überlegungen, die radioaktiven Zivilisationsprodukte in einer Salzmine abzusetzen. Neuester Schrei ist nun, den zivilen Atommüll dahin zu bringen, wo ja ohnehin schon die ganze Gegend verseucht ist, nämlich in das Atombombenversuchsgelände in der Salzwüste von Nevada. Das mehrere zig km^2 umfassende Gelände ist militärisches Sperrgebiet und Demonstrationen sind nicht zu befürchten. Der Wasserspiegel ist dort 300 m tief und die Spekulation ist, daß dies auf Dauer so bleibt und deshalb kein Kontakt des nur wenig verscharrten Mülls mit dem Grundwasser zu befürchten ist.

Trotzdem aber gibt es Probleme und die Behörden müssen mogeln. Durch die radioaktive Strahlung droht eine örtliche Überhitzung, so erhielten Geophysiker der Universität von Kalifornien den Auftrag, die Wärmeabfuhr unter den geplanten Bedingungen zu berechnen. Dazu erhielten sie Werte für die Wärmeleitfähigkeit, die im Atomforschungszentrum Hanford in jahrlanger Arbeit gewonnen worden waren. Die Berechnungen brachten ein katastrophales Ergebnis, die Wärme würde nicht genügend abgeleitet. Daraufhin wurden nicht etwa die Pläne aufgegeben, sondern die Atombehörden beschafften umgehend neue Ausgangsdaten, mit denen sich dann eine bessere Wärmeabfuhr erreichen läßt.

Wie Jens Scheer, Kernphysiker an der Universität Bremen, in einem Informationsbrief mitteilt, haben die kalifornischen Forscher erklärt, sie seien nicht geneigt, dieses Spiel mitzumachen und wie Rechenautomaten zu funktionieren, um aus unsinnigen Eingabedaten gewünschte Ergebnisse zu fabrizieren. Die Reagan-Regierung hatte der Forschergruppe zuvor schon die Mittel für Arbeiten über Energiegewinnung aus Erdwärme gestrichen. Sicher bleibt nur, daß die 8000 Tonnen hochradioaktiven Mülls in den USA noch Jahrhunderte vor sich hin strahlen werden.



Am Kredit ist nichts Mystisches, er entspringt aus dem Ablauf der Produktion und des Warentausches. Doch nach und nach wird die ganze Wirtschaft immer tiefer in die Fänge der Kreditbeziehungen getrieben. 1981 haben die westdeutschen Banken 214 Mrd. DM an Zinsen kassiert (sie selbst mußten ihrerseits 166 Mrd. DM an ihre Geldgeber zahlen). Die Geldsumme, die so als Bankzins ihren Besitzer gewechselt hat, betrug vergleichsweise über 40% der Nettolöhne und -gehälter aller Lohnabhängigen in diesem Jahr. Der Vergleich mit 1970 zeigt das relative Wachstum dieses Verschiebebahnhofs, der bloß den Gesamtprofit unter den Geldverleihern hin und her verteilt. Auch die Produktionsunternehmen zahlen einen immer größeren Teil ihres Bruttoprofits als Zins an ihre Gläubiger.

Die Woche im Rückblick

Der jüngste Handelskrach zwischen den USA und der EG ist vorläufig beigelegt. Es ging dabei um den amerikanischen Stahlmarkt; die EG soll ihren Marktanteil bis 1985 auf knapp 6% begrenzen, die USA verzichten ihrerseits auf die angedrohten Strafzölle. Umstritten bis zuletzt war, wie die EG ihre Verluste unter sich aufteilt. Westdeutsche Konzerne betrachteten sich vom (belgischen) EG-Unterhändler Davignon übervorteilt, drohten ihnen doch keine Strafzölle. Durch hartnäckiges Feilschen konnte die BRD ihren Anteil an der EG-Quote noch erhöhen. Andererseits sind in das Abkommen zwar auch Stahlröhren einbezogen (ein westdeutscher Exportschlager), eine Überschreitung der von den USA zugestandenen Quote soll aber keine automatischen Maßnahmen nach sich ziehen. Nur mit der Stimme der BRD könnte der EG-Ministerrat Maßnahmen beschließen, und die neue Bonner Regierung hat zu Protokoll gegeben, daß die deutsche Stahlrohrindustrie die Begrenzung nicht anerkennt. Neuerliche Auseinandersetzungen sind damit vorgeplant, und die BRD hat sich die Tür offengehalten, den USA die Hand zum gemeinsamen Pakt gegen die europäische Konkurrenz zu bieten. Daher werden die Daten über Ausfuhrlizenzen von Bonn aus auch unmittelbar nach Washington geleitet und nicht nur an die EG-Kommission.

Nach den französischen Importbeschränkungen hat jetzt auch die britische Regierung solche erwogen. Auf der Abschußliste stehen zunächst vor allem Konsumgüter aus Fernost und Autos aus Japan und Spanien. Der britische Autoimport aus Spanien besteht größtenteils aus Fahrzeugen der US-Multi Generals Motors und Ford.

Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Industriearbeiter belief sich im Juli bei den männlichen Arbeitern auf 653 DM, bei den weiblichen auf 453 DM. Gegenüber Juli 1982 ist dies eine Erhöhung um 3,5% bei den Männern und um 4,1% bei den Frauen; die Inflationsrate im Juli lag bei 5,6%. Die Stundenlöhne weisen eine nominale Erhöhung von 4,4% bzw. 4,6% auf. Die Angestelltenverdienste erhöhten sich um 4,7% bei den Männern und um 4,9% bei den Frauen.

Mehrere Ereignisse der Woche kennzeichnen die gespannte Lage an den internationalen Finanz- und Kreditmärkten. Montags stürzten die Kurse an der New Yorker Börse in einem Ausmaß, das Vergleiche mit 1929 nahelegte. Allerdings dürfte dies eher eine Reaktion auf die anhaltend schlechte Wirtschaftslage sein. Seit einigen Wochen hatten die Weltbörsen eine Scheinblüte erlebt, die auf der Erwartung sinkender Zinsen beruhte. Dieser Erwartung lag aber wiederum zugrunde, daß die Unternehmen infolge ausbleibender Investitionstätigkeit weniger Kredite nachfragen. So etwas führt zwar zu einer kurzfristigen Geldschwemme an den Finanzmärkten, ist aber ohne reale Basis. Nun kehrt die Spekulation eben auf die „fundamentalen Daten" zurück, auf die schlechte Wirtschaftslage. – Dienstag trafen sich dann Vertreter der größten Banken der Welt zu einem „privaten" Gespräch in New York, um die Kreditwürdigkeit der Entwicklungsländer zu besprechen. Die Großbanker fürchten, daß die kleinen Banken in dieser kritischen Phase aussteigen und sie dann Umschuldungen und unwägbare „Überbrückungs"-Kredite allein zu zahlen hätten. Und schließlich berichtet die „Financial Times", daß Nigeria mit der Bezahlung seiner Handelsschulden drei Monate im Rückstand ist. Den ausländischen Banken wurden auch Garantien für die ausstehenden Zahlungen verweigert.

Ein Wunschzettel von Alternativem

Das Sondermemorandum der AG Alternativen der Wirtschaftspolitik

frb. Die „Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik", besser bekannt als Memorandumgruppe, hat auf das Sondergutachten des Sachverständigenrates ihrerseits mit einem Sondermemorandum geantwortet. Es ist enttäuschend schwach, in der Analyse der Lage, in der Kritik der herrschenden Politik und des Regierungswechsels und in der Begründung des Alternativprogramms. Statt die entscheidenden Hürden alternativer Wirtschaftspolitik herauszufiltern und der Klärung der theoretischen Fragen näherzukommen, gleicht die wirtschaftspolitische Debatte der letzten Zeit eher einem Monopoly-Spiel ohne Spielregeln, wo jeder mal so seine Vorstellung entwickeln darf, wie man als Staatsmacht am besten an Geld kommt und dieses dann arbeitsplatzschaffend investieren könnte. Schade, daß die Memorandumgruppe, die es eigentlich anders könnte, auch mitmacht.

Nehmen wir die Finanzierungsfrage, die meist auch noch für die Frage der „Durchsetzbarkeit" und den Realitätsgehalt der Programme steht. Sicherlich gibt es da manches an legaler Steuerhinterziehung zu enthüllen, sicher soll der fröhliche Umtrunk in Vorstandsetagen nicht auch noch von der Steuer abgesetzt werden, sicher gehören entsprechende Forderungen neben der Ergänzungsabgabe und einer Arbeitsmarktabgabe in ein Sofortprogramm. Viel wichtiger aber ist es, die Fragen zu klären oder wenigstens mal als solche zu stellen, die sich hinter der Finanzierungsfrage verbergen.

Finanzierung eines staatlichen Ausgabenprogramms, das kann nicht die Frage der Geldbeschaffung sein. Sondern es geht um die Stellung der öffentlichen Haushalte im volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozeß, um die ökonomische Stellung des Staates in der Reproduktion des Gesamtkapitals. Aus welchem Teil des gesellschaftlichen Wertprodukts werden die Staatsausgaben gezahlt, was bedeutet dies für die Produktion des materiellen Reichtums?

Die Gegenseite hat hier ihre Vorstellungen und ihre Antworten bereits parat, und sie wird nicht zu schlagen sein, wenn wir nicht unsererseits die Beschränktheit jener Vorstellungen aufzeigen und sagen, was wir wollen – außer daß alles besser werden soll und unser Herz den Armen gehört.

Bleiben wir bei der Finanzierung. Das Argument für die Ergänzungsabgabe wird bald ausgereizt sein. Man kann nämlich nicht die Profiteinkommen wegsteuern und gleichzeitig das Privateigentum an Produktionsmitteln bestehen lassen. Die kapitalistische Wirtschaft kann nun mal nicht funktionieren ohne Profit, und zum Profit gehört auch, was landläufig als „hohe Einkommen" bezeichnet wird. Persönlicher Luxus der herrschenden Klasse und Kapitalismus gehören zusammen und man soll nicht so tun, als könne man ersteres begrenzen, ohne an die Quelle zu rühren. Auch eine „gerechte Einkommensverteilung" ist daher kein „kurzfristiges Ziel", das ohne Beseitigung der Profitwirtschaft zu erreichen ist. Umgekehrt ist die Sache und in dieser Reihenfolge *verknüpft*.

Das *Sondermemorandum* stellt zunächst die soziale und wirtschaftliche Lage sowie die Haushaltspolitik der sozialliberalen und der rechtsliberalen Bundesregierung dar. 3,5 bis 4 Millionen effektiv Arbeitslose im kommenden Winter, ein durchschnittliches Arbeitslosengeld von knapp der Hälfte des durchschnittlichen Nettoeinkommens, Realeinkommen unter dem Niveau von 1978, so ist die Lage. Die Ursache wird darin gesehen, daß der sinkende private Verbrauch wegen mangelnder Absatzerwartungen der Unternehmen die Investitionen dämpft.

In der breit dargestellten Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik vermißt man die Herausarbeitung der Linie, der Strategie dieser Politik. Die Politik der neuen Rechtskoalition wird bloß noch als „verstärkte Fortsetzung" der vorherigen Operationen gesehen, die neue Richtung verschwindet hinter der Aneinanderreihung von Maßnahmen. Oder muß man schon positiv hervorheben, daß der Regierungsverlust der SPD nun nicht mit falscher Nachsicht ausgeglichen wird?

Das Sondermemorandum hält es für müßig, sich mit den verschiedenen Rechtfertigungen auseinanderzusetzen, die für die Wirtschafts- und Finanzpolitik angeführt werden. „Offenbar werden nämlich diese Rechtfertigungen von denen, die sie vorbringen, selbst nicht ernst genommen." Indiz hierfür sei etwa, daß zur Begründung des Sozialabbaus in der Haushaltsoperation '82 viel von „Mißbrauch", überzogenen Ansprüchen usw. die Rede war, nun aber betont wird, auch gerechtfertigte und wohlerworbene Ansprüche hätten angesichts sinkender Wachstumschancen zurückzustehen. Vor einem Jahr mußte die negative Leistungsbilanz herhalten, um Lohnverzicht zu begründen. Jetzt steht die Leistungsbilanz besser da, die Lohnsenkung bleibt aber immer noch der angebliche Haupthebel zur Besserung der Lage.

Hinter diesen vorgeschobenen Begründungen sei stets die *Umverteilung* das eigentliche Leitmotiv der letzten Jahre gewesen. Und jede tatsächlich erfolgte Umverteilung sei als „Schritt in die richtige Richtung" kommentiert worden, der allerdings noch viel zu kurz und halbherzig sei. „Mit diesem ewigen ‚nicht genug' wird theoretisch die Forderung nach Umverteilung gegenüber einer wissenschaftlichen Überprüfung ihrer Begründung immunisiert; praktisch wird damit die Unersättlichkeit der Gewinnansprüche der Privatwirtschaft gegenüber den Lohn- und Gehaltsabhängigen dokumentiert."

Nach Auffassung der linken Wirtschaftswissenschaftler kann diese Politik keine Lösung der ökonomischen Probleme bringen. Vorteilhaft sei eine Entlastung durch staatliche Sparpolitik nur für jene Unternehmen, die von der Kostenentlastung profitieren, ohne von dem Ausfall an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage betroffen zu sein. Das treffe vor allem für zwei Gruppen zu, einmal für exportorientierte Unternehmen, vornehmlich Großunternehmen, und auf Rüstungsunternehmen, wo eine expandierende staatliche Nachfrage den Absatz sichert. Der Nutzen, den diese beiden Unternehmensgruppen aus der staatlichen Sparpolitik ziehen, wird aber nicht auf die Gesamtwirtschaft durchschlagen.

Aus diesen Gründen wird eine *aktive Beschäftigungspolitik*, die in sechs Punkten umschrieben wird, gefordert: „Das nachfolgend unterbreitete Programm einer alternativen Wirtschaftspolitik ist so ausgerichtet, daß es zu einem großen Teil unverzüglich umgesetzt werden kann und sich insgesamt in eine mittelfristige, bedarfsorientierte Produktionsstrukturpolitik bei schrittweiser Zurückdrängung privatwirtschaftlicher Gewinninteressen zugunsten des Ausbaus der Mitbestimmung und damit der Demokratisierung der Wirtschaft einfügt.

Die doppelte Aufgabe aktiver Beschäftigungspolitik liegt in der Mobilisierung brachliegender Produktionsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Lenkung der Investitionen in Mangelbereiche des gesellschaftlichen Bedarfs."

Erstens wird ein zeitlich befristetes Verbot von Massenentlassungen gefordert. Es soll die Zeit bis zum Greifen der vorgeschlagenen Maßnahmen überbrücken.

Zweitens wird „erneut mit Nachdruck" ein Sonderbeschäftigungsprogramm im Rahmen des Bundeshaushalts in Höhe von 20 Mrd. DM gefordert. *Drittens* sollen die Ausgaben im Haushalt 1983 so umstrukturiert werden, daß Arbeitsplätze ohne Sozialabbau gesichert werden. Dies betrifft auch die Militärausgaben, die auf das Niveau von 1981 gesenkt werden sollen.

Viertens wird die Ausschöpfung der vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten verlangt. Fällige Steuern sollen auch eingetrieben, Steuerhinterziehung stärker bekämpft werden. Subventionen sollen abgebaut, neue Steuerquellen (Ergänzungsabgabe usw.) angezapft werden. Die Arbeitsmarktabgabe fehlt nicht in diesem Katalog, und auch die Ausweitung staatlicher Kreditaufnahme wird empfohlen.

Fünftens wird die Rücknahme der Sparbeschlüsse im Sozialbereich verlangt. Einzelmaßnahmen werden aufgeführt, Grundsätzliches, etwa Stellung der Frauen in der Sozialversicherung oder die Selbstverwaltung durch die Versicherten fehlt auch hier.

Sechstens fordert die Arbeitsgruppe die „Indienstnahme aller Bereiche der Wirtschaftspolitik für eine aktive Strategie der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung bei Sicherung des Lebensstandards sowie der Humanisierung der Arbeitswelt". Darunter fällt die Zinspolitik der Bundesbank noch vor der „Stärkung der realen Masseneinkommen über Lohn- und Steuerpolitik". Und neben einer „aktiven Arbeitsmarktpolitik" findet hier auch noch die „aktive Strategie der Arbeitsverkürzung" (lies: Arbeitszeitverkürzung) ihre Erwähnung. Wie das geschehen soll, was für Folgen bedacht sein wollen, das bleibt auch in diesem Punkt außen vor.

Aspekte zu einem neuen Internationalismus

Geldwirtschaft und innerer Markt

Ein besseres Gespür für die Probleme der Dritten Welt zu entwickeln, um auf dieser Grundlage die theoretische Analyse postkolonialer Abhängigkeit und Entwicklung voranzubringen – dazu will dieser Artikel weiteres Material liefern. Der Autor führt darin Überlegungen früherer Beiträge weiter, in denen er sich mit der Schwierigkeit der Solidaritätsbewegung hierzulande und der Situation der Arbeiter in unterentwickelten Ländern auseinandersetzte (in KVZ 33/1982 und 41/1982).

mat. Als der Kapitalismus in seinen heutigen Kernländern seinen Anfang nahm, konnte er auf eine entwickelte Geldwirtschaft und vielfältige Handelsbeziehungen aufbauen. Was der Entwicklung des kapitalistischen Marktes im Weg stand, war nicht so sehr mangelnde Geldzirkulation als die Schlagbäume und Zollhäuser der Kleinstaaterei. Sie mußten beseitigt werden, moderne Nationalstaaten mußten an ihre Stelle treten. Das war eine politische Frage, die beantwortet wurde durch die bürgerliche Revolution.

In den Ländern der Dritten Welt stellt sich das Problem heute umgekehrt. Ihre nationalstaatliche Form haben sie im Verlauf des antikolonialen Befreiungskampfes gefunden. Geldwirtschaft und das Prinzip des Tausches *aller* Bedarfsgüter als Waren über den Markt bestehen bei ihnen aber immer noch nur in bestimmten Gebieten, die von der Kolonialwirtschaft in den Weltmarkt hineingerissen worden sind. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man sich mit dem beschäftigt, was im allgemeinen als Aufbau eines inneren Marktes bezeichnet wird.

In dem folgenden Beitrag, der frühere Überlegungen zu neuen Grundlagen internationaler Solidarität fortsetzen soll, wird davon ausgegangen, daß ohne die Schaffung eines vollständigen nationalen Marktes Fortschritte in der Dritten Welt nicht möglich sind. Subsistenzwirtschaft ernährt – oft mehr schlecht als recht – heute noch eine große Zahl von Menschen. Der Entwicklung der Produktivkräfte setzt sie aber, vor allem durch Beschränkung der Arbeitsteilung, so enge Grenzen, daß sie für die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt ein ernsthaftes Hindernis darstellt. Andererseits sind die Produktivkräfte in der Dritten Welt auf einem Stand, der umfassende Vergesellschaftung der Produktion (und dadurch Aufhebung der Notwendigkeit des Marktes) ausschließt. Es soll deshalb hier versucht werden, von einem kommunistischen Standpunkt aus die Frage zu beantworten: Wie kann der innere Markt am schnellsten ausgeweitet und als Hebel zur Ablösung der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland genutzt werden? Dabei wird weder beschrieben, was gegenwärtig in den meisten Ländern der Dritten Welt geschieht, noch wird dargestellt, was „vom kommunistischen Standpunkt aus die beste Lösung“ ist (das würde auf eine Beschreibung der neudemokratischen Revolution hinauslaufen). Diskutiert wird vielmehr, was auf der Grundlage der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Dritten Welt (sie wurden in KVZ 33/82 beschrieben) und unter Ausnutzung der Widersprüche zwischen der Dritten Welt und den Imperialisten machbar ist.

Übereinstimmung mit den ökonomi-

Übereinstimmung mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ist die eine Voraussetzung für einen kommunistischen Ansatz. Die andere, nicht minder wichtige, ist der humanitäre Aspekt, daß alle Möglichkeiten wirtschaftlichen Fortschritts vereinbar sein sollen mit weitgehend egalitärer Teilhabe der Volksmassen an den Früchten; egalitär nicht im Sinn individueller Gleichmacherei sondern in dem Sinn, daß der Aufstieg einer Klasse des Volkes um den Preis *vermeidbaren* Elends anderer Klassen ausgeschlossen wird.

Wirtschaftlicher Fortschritt auf egalitärer Grundlage schließt aus, daß Subsistenz- und Geldwirtschaft über längere Zeit nebeneinander bestehen. Warum, ist im letzten Beitrag dieser Serie (KVZ 41/82) theoretisch entwickelt worden: Während der Arbeiter in der Stadt mit Hilfe seiner Gewerkschaft seinen Lohn trotz Inflation einigermaßen halten kann, laufen dem Bauern, der ohnehin nur einen Bruchteil seiner Produkte für den Verkauf erübrigen kann, die Preise davon. Von dem unsagbaren Gefälle, das auf diese Weise entsteht, kann man sich in Westdeutschland kaum eine Vorstellung machen. Tagelang sitzen die Bauersfrauen auf den örtlichen Märkten und bieten, aufgereiht in Portionen zu 50 Pfennig, Bananen an oder Bohnen oder auch irdenes Geschirr oder sogar selbstgenähte Kinderkleidung für vielleicht 2 Mark. Am Abend gehen sie mit 2, 3 oder 4 Mark Tageseinnahme nach Hause. Das sind Beträge, die ein Angestellter der örtlichen Stadtverwaltung in der Mittagspause ausgibt, wenn er sich eine Pizza und eine Cola kauft: Die importierten Lebensmittel sind hier ebenso teuer wie in jedem europäischen Land. So kommt es, daß die logische und notwendige Einteilung des Geldes in Münzen und Scheine in manchem südamerikanischen Land gleichzeitig die verschiedenen Schichten und Klassen trennt: Wer vom Land ist, kann vom Besitz selbst des niedrigsten Scheines nur träumen.

Die Aufgabe ist also, den inneren Markt in Stadt und Land gleichmäßig zu schaffen. In Ländern, wo die Bauern zahlenmäßig unbedeutend sind und daher keine Subsistenzwirtschaft existiert, ist das relativ leicht. Solche Länder gibt es in der Dritten Welt aber kaum; es handelt sich dann um künstlich geschaffene Stadtstaaten wie Hongkong und Singapur, die schon deshalb nicht als Modell für die Dritte Welt dienen können, weil ihr innerer Markt tatsächlich ohne Bauernwirtschaft gebildet worden ist. Länder mit großer Bauernwirtschaft, die es gleichzeitig zu industriellen Erfolgen wie Stahl-, Fahrzeug-, Chemie- und Elektronikindustrie gebracht haben, also etwa Indien oder Mexiko, wären schon eher als Modell geeignet; aber ihr Alltag zeigt alles andere als egalitäre Züge. Wie sieht in solchen Ländern der innere Markt aus?

In den Vorstellungen staatlicher Planung, die von den Ideen der nationalen Bourgeoisie bestimmt sind, bedeutet Ausbau des inneren Marktes immer Importsubstitution technischer Güter: eigene Armbanduhren, eigene Radios, eigene Motorräder, eigene Coca-Cola; aber auch eigene Werkzeugmaschinen, eigene Drehbänke für Fabriken – zur Produktion eigener Armbanduhren, eigener Radios ... Soweit damit die Qualifikation der eigenen Arbeiterklasse gesteigert und Devisen gespart werden können, läßt sich dagegen wenig einwenden. Nur: Wie viele Münzen muß eine Bauersfrau sammeln, bis sie eine Uhr der nationalen Produktion kaufen kann? Das sind die immer wieder beschworenen „Grenzen des inneren Marktes“, Grenzen nicht des Bedarfs sondern der Zahlungsfähigkeit. (Manche Wirtschaftswissenschaftler sehen sie auch als Grenzen der Ausdehnungsfähigkeit der Mittelschicht. Sie haben die Bauern und ungelernten Arbeiter von vornherein als zahlungsunfähig abgeschrieben.)

kaufen kann? Das sind die immer wie-

Sind es tatsächlich nur Grenzen der Geldbörse? Ich glaube nicht. Wo es keine Musikanten gibt, besteht kein Bedarf an Geigen, wo man nicht lesen kann, braucht man keine Bücher. Der Kapitalismus hat die Dritte Welt für seine Produkte geöffnet und sich neue Absatzmärkte geschaffen, ohne die Voraussetzungen für die Nutzung der Produkte mitzuliefern. Im täglichen Leben macht man sich selten klar, wieviel technisches Allgemeinwissen bei der Benutzung moderner Maschinerie und Konsumgüter als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Daß es in der Dritten Welt daran mangelt, sieht man an den zahllosen Auto-, Radio- und Maschinenwracks, die deutliche Spuren falscher Behandlung während ihres kurzen „Lebens“ tragen. Der Bedarf an technischen Gütern *im privaten Bereich* ist in diesem Sinn künstlich geschaffen; denn er läuft dem Ausbildungsstand der Volksmassen voraus.

Doch nicht nur dem Ausbildungsstand läuft er voraus, sondern er setzt auch falsche Prioritäten bei der Befriedigung der Bedürfnisse. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, daß der malariakranke Bauer in seiner regendurchnäßten Hütte aus Bambus und Palmblättern sich von seiner Arbeit wenigstens mit Musik aus einem Kassettenrekorder erholen kann. Wenn das aber zum Prinzip der Entwicklung des inneren Marktes erhoben wird, sind die Prioritäten der Bedürfnisbefriedigung irgendwo verlorengegangen. Versuchen wir also, eine Entwicklung des inneren Marktes zu skizzieren, die von den natürlichen Prioritäten ausgeht.

Eine Reihenfolge der Bedürfnisbefriedigung nach dem Grad der Notwendigkeit festzulegen ist nicht allzu schwer: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, gehobener Konsum und Ausbildung, Kultur und Wissenschaft. Man kann wohl für eine Theaterkarte mal auf eine Mahlzeit verzichten; als allgemeines Prinzip „Kultur vor Nahrung“ funktioniert es nicht. Nun funktioniert der kapitalistische Markt bekanntlich so, daß zwar alle Produkte Bedürfnisse befriedigen müssen, um absetzbar zu sein, daß das Marktziel aber nicht die Befriedigung von Bedürfnissen ist sondern die Profitrealisierung. Deshalb hat die aufgeführte Reihenfolge für den kapitalistischen Markt nur begrenzte Bedeutung. Aufbau des inneren Marktes bedeutet in der Praxis meist, daß eine Minderheit bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse bis in den gehobenen Konsum aufsteigt, während die Masse unter das Niveau von Wohnung oder gar Kleidung und Nahrung absinkt.

Soll der innere Markt auf egalitärer Grundlage aufgebaut werden, dann muß er entlang der Bedürfnisse der Massen entwickelt werden. Der Profitmacherei läßt das noch Spielraum genug – die Gesetze des Warenmarktes werden ja nicht aufgehoben. Der Staat greift allerdings steuernd ein, indem er zum Beispiel Güter des gehobenen Konsums mit höherer Mehrwertsteuer belegt als Lebensmittel und Baumaterial. Denkbar ist auch, daß er gezielt Initiativen in bestimmten Bereichen fördert. Dabei kommt es vor allem darauf an, daß die Bauern Möglichkeiten finden, an der Entwicklung des Marktes teilzunehmen. Der naheliegendste Bereich ist da die Belieferung des Marktes mit einheimischen Nahrungsmitteln (Importsubstitution). Dazu waren in KVZ 41/82 schon Gesichtspunkte genannt worden. In Kombination mit Agrarexport kann der Bauer so zahlungsfähiger Teilnehmer des Marktgeschehens werden.

Ein besonderer Bereich, der in der Übergangsphase von nebeneinander bestehender Subsistenz- und Geldwirtschaft große Möglichkeiten enthält, ist der Wohnungsbau. Der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum guter Qualität in der Dritten Welt ist enorm. Eine Verbesserung des Standards unter Anwendung moderner Hochbautechnik ist ein aussichtsloses Unterfangen; denn wer könnte schon die Mieten zahlen? Außerdem kommt es nicht nur auf Fortschritte in den Städten an, sondern auch auf neue Häuser in den ländlichen Gebieten. Gerade beim Wohnungsbau gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, Fortschritte auch bei sehr beschränkter Zahlungsfähigkeit zu erreichen, indem die Arbeitskraft des zukünftigen Bewohners beim Umbau oder Neubau mit herangezogen wird. Das Material, das für die Anlage einer hygienisch einwandfreien Toilette oder eines neuen Daches benötigt wird, kann leicht lokal produziert werden – es muß ja nicht gleich Fliesenkeramik sein. Das Ergebnis ist eine Mischform aus Geldwirtschaft, in der das Material gekauft und die Fachkräfte bezahlt werden, und Subsistenzwirtschaft, die die Arbeitskraft einbringt.

Diese Überlegungen könnten die Richtung angeben für die Entwicklung eines inneren Marktes, der von den Bedürfnissen ausgeht. Er würde weniger auf Importsubstitution von technischen Gütern ausgerichtet sein als auf Ausbau und Förderung des einheimischen Textil- und Baugewerbes und ähnlicher Bereiche der Wirtschaft. Voraussetzung dafür, daß eine solche Entwicklung erfolgreich ist, ist eine gezielte Abschöpfung im gehobenen Konsum. Es gibt Länder, wo sie eine Zeitlang funktioniert hat, wo es nämlich einen gesellschaftlichen Aufschwung als Folge einer größeren politischen Auseinandersetzung, aus der die fortschrittlichen Kräfte siegreich hervorgingen, gegeben hat. Ohne einen solchen Aufschwung scheint sie schwer durchführbar zu sein, weil dann der Kontrast zwischen üppigem Warenangebot und allgemeinem Elend in Verbindung mit Vereinzelung und Perspektivlosigkeit nur den Traum vom eigenen Motorrad hervorbringt, also die Umkehrung der Prioritäten. Diese Erfahrung haben alle wohlmeinenden Entwicklungsdienste in ihren Projekten immer wieder machen müssen.





Internationale Solidarität kann keine positiven gesellschaftlichen Umwälzungen erzwingen. Sie kann aber auch nicht auf sie warten und zwischenzeitlich das Feld den kirchlichen Diensten und der Bundesregierung überlassen. Die von den „Dritte-Welt-Läden“ geförderten Initiativen zum Beispiel, die ja darauf abzielen, bisher zahlungsunfähige Teile der Bevölkerung in die Geldwirtschaft hineinzuziehen, sind in ihrem idealistischen Ansatz zwar rührend, in ihren Auswirkungen aber nicht wirklich hilfreich. Kunstgewerbe für den Verkauf an europäische Sammlerkreise ist als Prinzip einer dauerhaften Lösung einfach nicht geeignet, wenn es auch im Einzelfall helfen kann. Wenn es der Solidaritätsbewegung und der Entwicklungshilfe zu programmatischer Zusammenarbeit mit Regierungen der Dritten Welt, aufbauend auf dem Katalog grundlegendster Bedürfnisse, zu gewinnen, wäre schon viel erreicht.

Arbeitsbedingungen, Gewerkschaftsrechte und Löhne in der Dritten Welt

Im Rahmen der Diskussion um „Aspekte zu einem neuen Internationalismus" hatte *mat* in der KVZ 41/1982 die „Probleme beim Aufbau von Gewerkschaften" umrissen und auf die Besonderheiten des Lohnkampfes hingewiesen, vor die sich die Arbeiterschaft in den Ländern der Dritten Welt gestellt sieht. An dieser Stelle nun sollen ein paar Indizien für die Lage-Entwicklung in der Dritten Welt dargestellt werden. Wie sieht es überhaupt aus mit Arbeitsbedingungen, Gewerkschaftsrechten und Löhnen? Auf welcher Ausgangsbedingungen trifft man und auf welchen Widersprüchen beruht diese Situation? Was hat es mit den Sozialklauseln und den Mindeststandards, die durch die Internationale Arbeitsorganisation festgelegt bzw. vorgeschlagen wurden, auf sich? Zwangsverordnungen im Interesse des internationalen Kapitals zur Knebelung der nationalen Wirtschaften oder Schutzwälle gegen die maßlose Ausbeutung des Proletariats in den Entwicklungsländern?

acm. Herstellung des Weltmarktes und Internationalisierung der Arbeiterbewegung – wohl beides hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu internationalen Einrichtungen geführt, die sich der Kontrolle von Arbeits- und Sozialbedingungen annahmen. Eine dieser Einrichtungen ist die Internationale Arbeitsorganisation (IAO).[1] Diese hat im Laufe ihrer Arbeit versucht, Mindeststandards für die Arbeits- und Sozialbedingungen, also zum Schutz der Arbeiter, zu schaffen, an die sich alle Länder der Welt halten sollen. Diese Konventionen und Empfehlungen zum Schutz der Arbeitskräfte in der Produktion und im Sozialbereich konzentrieren sich heute auf folgende Gebiete:

- Vereinigungsrecht (Recht und Schutz der Gewerkschaften)
- Maßnahmen gegen Diskriminierung aller Art (Rasse, Hautfarbe, Nationalität, Religion, politische Meinung und Geschlecht)
- Maßnahmen gegen die Kinderarbeit
- Minimale soziale Sicherheit
- Minimale berufliche Sicherheit
- Arbeitsinspektionssysteme
- Arbeitslohn- und Arbeitszeitregelung

Im folgenden präsentieren wir die Ergebnisse einer Studie[2], in deren Mittelpunkt die Überprüfung der genannten Kriterien für 38 Entwicklungsländer stand. Diese Länder unterteilen sich in

- teilindustrialisierte Länder (sogenannte Schwellenländer)
- erdölproduzierende Länder
- wichtige Exportländer anderer Rohstoffe

Die Auswahl dieser Länder[3] erfolgte unter dem Gesichtspunkt der intensiven Beziehungen (in Produktion und Export/Import) zu den Industrieländern. Damit sind also schon Rückschlüsse möglich auf die Verantwortung, die die Industrieländer für die jeweiligen Verhältnisse in diesen Ländern haben.

Vereinigungsrecht

An diesem Punkt kommt die Studie zu dem Ergebnis, daß es vor allem eine erhebliche Diskrepanz zwischen „offiziellen" und tatsächlichen Gegebenheiten gibt:

„Ein Vereinigungsrecht wird zwar von 33 der 38 Länder in irgendeiner Form offiziell zugestanden. Die Realität jedoch wird fast überall durch Nichteinhaltung, Behinderung, Verletzung dieses Rechts bestimmt. Sie äußern sich z.B. in: Limitierung des Streikrechts, fehlendem Schutz vor Gewerkschaftsauflösungen, politischer Kontrolle durch Bindung gewerkschaftlicher Anerkennung und Ausnahmeregelungen (kein Streikrecht) für „Freie Zonen" (dazu später noch).

Insbesondere zeigt sich, daß in Ländern mit starker Exportorientierung in Fertigwaren (Malaysia, Philippinen, Singapur, Korea, Indien, Brasilien, Indonesien, Ägypten) eine Tendenz zu starker Behinderung der Gewerkschaftsaktivitäten und, zumindest in einigen dieser Länder, Manipulation der rechtlichen Grundlagen des Gewerkschaftsrechts besteht."

Maßnahmen gegen Diskriminierung

Auch auf diesem Gebiet gibt es IAO-Interventionen, die allgemein Anerkennung finden, aber deswegen noch lange nicht beachtet werden. „In bestimmten asiatischen Ländern ist die Diskriminierung gewisser Bevölkerungsanteile aufgrund der Rasse auch aus der offiziellen Wirtschaftspolitik durchaus ersichtlich (z.B. in Malaysia, Indonesien). Diskriminierung aufgrund anderer Kriterien hingegen dürfte weltweit stark verbreitet sein, auch wenn systematische Informationen darüber bis jetzt kaum greifbar sind und gewiß schwer vergleichbar wären. Es ist anzunehmen, daß die Diskriminierung erst mit zunehmender Verknappung des Arbeitskräfteangebots überhaupt nachhaltig eingedämmt werden kann – was gegenwärtig in den wenigsten Entwicklungsländern eine realistische Perspektive darstellt."

Kinderarbeit: illegal, aber beliebt

In vielen Entwicklungsländern ist Kinderarbeit offiziell verboten. Die Wirklichkeit zeichnet aber ein düsteres Bild. Eine Studie der IAO zum „Jahr des Kindes" kommt zu dem Ergebnis, daß acht der in der Prognos-Studie auch erfaßten Länder (Argentinien, Indien, Indonesien, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Peru und Thailand) einen gewichtigen Anteil der Kinder unter ihren Erwerbstätigen haben. Prognos: „Es besteht kein Grund, diese Angaben nicht auch auf die übrigen Länder unserer Liste zu übertragen."

Minimale soziale Sicherheit

Die Mindeststandards in bezug auf die soziale Sicherung existieren auf folgenden Gebieten:

- Versicherung gegen Krankheit
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Mutterschaftsurlaub
- Invalidenversicherung
- Pensionskasse
- Hinterbliebenenversicherung
- Arbeitsunfallversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Familienhilfe
- Soziale Sicherheit und Wanderarbeiter

Diese IAO-Konvention kann zwar von jedem Land unterzeichnet werden, in dem nur drei der genannten sozialen Absicherungen gelten, aber damit ist natürlich auch schon klar, wie lückenhaft die „soziale Sicherung" dann ist.

„Ein Überblick über das Datenmaterial und die spärliche allgemeine Literatur legt nahe, daß vor allem einige lateinamerikanische Staaten, und dort offenbar solche mit zivilen Regierungen, stärker ausgebildete Systeme der sozialen Sicherheit aufweisen. Wie weit diese tatsächlich Geltung haben, ist schwer abschätzbar. Quasi feudale Formen der Bevorzugung bestimmter Gruppen durch soziale Sicherung (also eine Form positiver Diskriminierung) sind oft nicht von der Hand zu weisen. Tatsächlich werden durch Vertreter der Entwicklungsländer die IAO-Normen im Bereich der sozialen Sicherheit als solche der Industriestaaten und als solche nicht sinnvoll auf Entwicklungsländer übertragbar apostrophiert."

Mit gewissem Recht pochen also die Vertreter von Entwicklungsländern auf andere soziale Beziehungen (Familienstruktur) und auf ihre unterentwickelten Verhältnisse, die die Einhaltung solcher Standards, wie sie in den Industrieländern als mittlerweile selbstverständlich (wenn auch umkämpft, wie man immer sieht) gelten, ganz unmöglich mache. Das Problem dieses Argumentes ist, daß es natürlich auch gegen die Arbeiterbewegung in den entsprechenden Ländern angewandt wird.

Fortsetzung auf der folgenden Seite:



Die Problematik der Sozialklauseln

International Situation / Die Bedeutung der Gewerkschaftsrechte

acm. Der Gedanke, über Sozialklauseln zur Durchsetzung und Einhaltung von Mindeststandards in bezug auf Arbeits- und Sozialbedingungen beizutragen, ist zwar schon älter, aber erst in den 70er Jahren gewann die Diskussion um die Sozialklauseln an größerer Bedeutung. Ausgangspunkt einer forcierten Diskussion war der erste „Ölschock", der die Widersprüche zwischen Dritter Welt und kapitalistischen Industrieländern verschärfte. Daß die Debatte von den *Industrieländern* aufgebracht wurde, ist klar, und ihre Auffassung von Sozialklauseln war von Anfang an gekennzeichnet durch die Gesichtspunkte Konkurrenzvorteil, Abschottung der eigenen Märkte usw.

Nun sind bis zum heutigen Tage in einer kurzen Liste von Rohstoffabkommen (Zinn, Zucker, Kakao, Naturgummi) zwar solche Sozialklauseln eingeführt, aber auf einen Kontroll- und Sanktionsmechanismus wurde dabei in den Verträgen verzichtet. Das gleiche gilt für Abkommen verschiedenster multinationaler Unternehmungen, in denen zwar auf die Einhaltung der Mindeststandards verwiesen wird, die aber nur als schmückendes Beiwerk behandelt werden. Es ist niemand zur Einhaltung wie zur Kontrolle verpflichtet. Die entsprechenden Konzerne bzw. Länder haben natürlich bei dem Handel gar kein Interesse an Sanktionen, sondern höchstens deren Konkurrenten. Diese Situation gibt uns also schon einen Eindruck von der Problematik der Sozialklauseln.

Was die internationalen Kräfteverhältnisse in Sachen Sozialklauseln angeht, so stößt man auf folgende Lage:

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) besteht seit längerer Zeit auf der Einführung von Sozialklauseln und wird dabei von den internationalen Gewerkschaftsverbänden verbal unterstützt. Demgegenüber gibt es eine breite Strömung in Richtung Nichtbeachtung bzw. Ablehnung in den UN-Gremien, in denen die Länder der Dritten Welt der Masse nach stark vertreten sind. Ihre Grundlage findet diese Haltung in der begründeten (und in der Praxis erwiesenen) Furcht vor einem ausgefeilten protektionistischen Instrumentarium durch die kapitalistischen Industrieläner als Mittel der Konkurrenz auf den Märkten.

Schärfste Ablehnung der Sozialklauseln, als „neokolonialistisches Instrumentarium" der kapitalistischen Länder, geht von der Gruppe der 77 (im wesentlichen die blockfreien Länder in der UNO) aus. Einmischung in die inneren Angelegenheiten, Verschärfung oder Ausschaltung der Konkurrenz und der Hinweis auf die grundlegend anderen Verhältnisse als in den kapitalistischen Industrieländern sind ihre Gründe für die frontale Ablehnung.

Und diese Ablehnung ist nun keineswegs verwunderlich. Die Herstellung des Weltmarktes hat die Länder der Dritten Welt dem verstärkten Druck der kapitalistischen Industrieländer ausgesetzt, und sie sind vor riesige Probleme bei der Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaften gestellt, die sie aus eigener Kraft (und unter dem zunehmenden Druck der Krise auch in den kapitalistischen Ländern) nur schwer lösen können. „Unterstützung" seitens der Industrieländer bedeutet aber bis zum heutigen Tage zumeist Ausbeutung und Ausplünderung durch die Kapitale der jeweiligen Länder. Insofern wehren sich die Länder der Dritten Welt zu Recht gegen jeden „moralischen Anspruch" durch die Industrieländer, der sich letztlich immer wieder als Profitanspruch erweist.

Die Sozialklauseln müssen in diesem Licht als Zwangsinstrumente gegenüber der Dritten Welt gesehen werden und die Sache wird von Kapitalistenverbänden und Regierungen faktisch auch so aufgeworfen. Die EG-Kommission tritt zum Beispiel für reduzierte „Sozialklauseln in Handelsabkommen ein, in denen die Pflicht zur Einhaltung von Gewerkschaftsrechten *nicht* Bedingung ist. Bei den Kapitalisten läuft die Sache je nach Lage: Diejenigen, die jetzt per Kapitalexport, Import billiger Waren oder mit Bezug von Rohstoffen ihre Geschäfte mit den billigen Arbeitskräften, den „Freien Zonen" usw. machen, haben nicht das geringste Interesse an Sozialklauseln. Den anderen, die in Konkurrenz mit den Produkten der Länder der Dritten Welt geraten, wäre jedes protektionistische Mittel recht.

So verhält es sich auch im großen Konflikt um das Welttexilabkommen. Die einen treten für „Handel und Wandel" ein, die anderen möchten möglichst brutale Abschottung der Märkte.

Aber die Textilgewerkschaft – und das ist das größte Problem – tritt schroff für Sanktionen und Sicherung der Märkte ein, mit dem Argument, in Hongkong usw. würden die Arbeiter zu billigsten Löhnen ausgeplündert und damit deutsche Arbeitsplätze vernichtet. Wenn die Gewerkschaften aber die Frage der Sozialklauseln ebenfalls als ein Mittel zum Schutz der eigenen nationalen Arbeitsplätze *gegen* andere in Anschlag bringen wollen, hat das mit Solidarität mit den ausgebeuteten Arbeitern in der Dritten Welt weniger zu tun. Solange abstrahiert wird von dem Widerspruch zwischen kapitalistischen Ländern und Ländern der Dritten Welt, die der ökonomischen Unterdrückung unterliegen, gehen solche Argumente mehr in Richtung gemeinsamen Vorgehens mit dem eigenen Kapital gegen den Konkurrenten.

Welche Möglichkeiten gibt es aber dann, um eine Änderung der katastrophalen Lage der Massen in den Ländern der Dritten Welt zu erreichen, denn den Status quo einfach mit dem Hinweis auf „imperialistische Herrschaft" zu bestätigen, ist ja ein bißchen wenig.

Voraussetzung für eine Veränderung der Lage bleibt die Anerkennung und Aufbau der Gewerkschaften in der Dritten Welt und die Durchsetzung ihrer politischen Unabhängigkeit und Garantie ihrer Rechte. Nur darüber wird im Inneren dieser Länder eine Lage geschaffen, in der ein Kampf um Verbesserung der Arbeits- und Sozialbedingungen sich entfalten kann. Auf diesem Gebiet müßten sich denn auch die internationalen gewerkschaftlichen Dachorganisationen und die Gewerkschaften in den kapitalistischen Metropolen auszeichnen. Es genügt nämlich nicht, verbale Unterstützung zuzusagen oder gelegentlich Resolutionen gegen die Unterdrückung von Gewerkschaftsrechten zu verabschieden. Hauptseitig käme es auf die theoretische, strategische und praktische Unterstützung der Gewerkschaften in der Dritten Welt an, die vor allem einen Blick für die Lösung nationaler Probleme unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen bekommen müßten. Aber die Ausarbeitung von Alternativen, das Aufzeigen eines Ausweges aus dem bisherigen Zyklus von Ausbeutung und Unterentwicklung ist natürlich nur dann möglich, wenn die Gewerkschaften in den kapitalistischen Metropolen den Gewerkschaften in der Dritten Welt nicht als Sachwalter der jeweiligen national-staatlichen Wirtschaftsinteressen gegenübertreten, sondern als Partner im Kampf der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Skepsis in bezug auf die Sozialklauseln ist also angebracht. Im internationalen Maßstab müßte erst einmal die Nichteinmischung und die absolute Souveränität der Entwicklungsländer garantiert und *beachtet* werden, bevor diese auf multinationale Sozialklauseln in irgendeiner Form eingehen werden. Erst unter diesen Voraussetzungen – von denen man weit entfernt ist – könnte eine internationale Kontrolle der Einhaltung von Mindeststandards realistisch werden. Selbst dann würde sich aber sofort auch die Frage stellen – wer kontrolliert? Nur übergeordnete, international anerkannte und durch die Dritte Welt entsprechend bestückte Organe oder Organisationen könnten eine solche Kontrolle betreiben. Vorstellbar wäre dies vielleicht noch am ehesten in Gestalt der IAO in Zusammenarbeit mit den internationalen gewerkschaftlichen Dachverbänden.

Arbeitskongreß

Gewerkschaftliche Strategie und der Kampf um die 35-Stunden-Woche

Die Auseinandersetzung um eine alternative Strategie gegen die Wirtschaftspolitik der herrschenden Klasse hat mit dem Regierungswechsel zusätzliche Aktualität gewonnen. Die Vorarbeiten der Gewerkschaften auf diesem Gebiet, ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Krise und die Auseinandersetzung um die gewerkschaftliche Strategie im Kampf zur Überwindung der Krise bei Wahrung und Ausbau der Interessen und Positionen der Lohnabhängigen werden in dieser Debatte oft vernachlässigt. Auf der Grundlage der kritischen Überprüfung der gewerkschaftlichen Strategie in den letzten Jahren, wie sie im Reader zu diesem Kongreß mit einer Vielzahl von Ausgangspunkten dokumentiert wird, soll auf dem Seminar in einem ersten Schritt überprüft werden, was der Beitrag der Gewerkschaften zu dieser Aufgabenstellung ist, und was er sein könnte. Welche Verbindungen und Widersprüche gibt es zwischen und innerhalb gewerkschaftlichen Programmvorstellungen und anderer alternativer Ansätze, welchen Stellenwert hat die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in diesen Konzepten?

In einem zweiten Teil sollen die Zielsetzungen und Hoffnungen, die mit der Forderung nach 35-Stunden-Woche verbunden sind, überprüft werden. Der Zusammenhang zwischen der Forderung nach 35-Stunden-Woche und anderen Forderungen zur Begrenzung der Arbeitsintensität, des Rentenalters u.a.m. soll untersucht werden, um Spaltungsmöglichkeiten und Ausweichstrategien der Kapitalisten zu verhindern. Die politische und ökonomische Durchsetzbarkeit dieser Forderungen bei stagnierendem bis schrumpfendem Weltmarkt und verschärfter Anstrengungen von Regierung und Kapitalisten, die Ausbeutungsrate zu erhöhen, soll diskutiert werden.

Auf dem Seminar wird es Möglichkeiten zur Aufnahme von Verbindungen zwischen Arbeitsgruppen geben, die weiter an diesem Thema arbeiten.

Beginn: 6. November, 14.00 Uhr
Ende: 7. November, 16.00 Uhr
Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147

Letzter Anmeldetermin: 2.11.1982
Anmeldung: Tel. 0611/730231
Reader können in begrenzter Anzahl noch beim
BUCHVERTRIEB HAGER bestellt werden

Dokument:

Erklärung der IG Druck und Papier zur Tarifpolitik

kvz. Nachstehend dokumentieren wir die „Erklärung zur Tarifpolitik", die die zentralen Tarifkommissionen der IG Druck und Papier am 29.9. verabschiedet haben:

beitnehmer und Angestellten in der Druckindustrie sowie der Redakteure werden und den bisher gültigen „Rationalisierungsschutzvertrag" ersetzen.
4. Ein weiterer Reallohnverlust ist nicht hinnehmbar, weil er die nachfra-

Dokument:

Erklärung der IG Druck und Papier zur Tarifpolitik

kvz. Nachstehend dokumentieren wir die „Erklärung zur Tarifpolitik", die die zentralen Tarifkommissionen der IG Druck und Papier am 29.9. verabschiedet haben:

1. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist der Schwerpunkt qualitativer Tarifpolitik für die Mitte der 80er Jahre. Die IG Druck und Papier muß und wird sich die Aufgabe stellen, durch Tarifvertrag die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen.

2. Die IG Druck und Papier wird keine tarifvertragliche Verkürzung der Lebensarbeitszeit (z.B. Tarifrente) fordern. Sie hält aus sozialpolitischen Gründen die Herabsetzung der Altersgrenze nach wie vor für eine Aufgabe des Gesetzgebers.

Die IG Druck und Papier fordert deshalb die Bundesregierung eindringlich auf, durch eine aktive, staatliche Arbeitsmarktpolitik gemeinsam mit den Gewerkschaften einen positiven Beitrag
- zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Beschäftigung;
- zum Schutz der Arbeitnehmer gegen die Folgen der arbeitsorganisatorisch-technischen Rationalisierung;
- und zur Humanisierung des Arbeitslebens

zu leisten.

Die IG Druck und Papier sieht im übrigen – in einer tarifvertraglichen Lösung der Verkürzung der Lebensarbeitszeit – die ernsthafte Gefahr der weiteren längerfristigen Festschreibung der Tarifbestimmungen über die Wochenarbeitszeit von 40 Stunden, die zum 31. Dezember 1983 mit den Manteltarifverträgen für die Druckindustrie kündbar sind.

3. In Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung sieht die IG Druck und Papier die Notwendigkeit eines umfassenden „Abkommens zum Schutz der Arbeitnehmer vor den negativen Folgen technischer und arbeitsorganisatorischer Rationalisierung". Dieses Abkommen soll Bestandteil der Manteltarifverträge für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten in der Druckindustrie sowie der Redakteure werden und den bisher gültigen „Rationalisierungsschutzvertrag" ersetzen.

4. Ein weiterer Reallohnverlust ist nicht hinnehmbar, weil er die nachfragewirksame Kaufkraft schwächt und damit noch mehr Arbeitsplätze gefährdet.

5. Die IG Druck und Papier erklärt erneut ihre Bereitschaft, mit anderen DGB-Gewerkschaften, die vor gleichen oder ähnlichen tarifpolitischen Aufgaben stehen, in Koordinierungs-Gespräche einzutreten, um gemeinsam die bestmöglichen Voraussetzungen zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Zielvorstellungen zu schaffen.

Der geschäftsführende Hauptvorstand wird beauftragt, entsprechend mit den Hauptvorständen der davon berührten DGB-Gewerkschaften zu beraten.

6. Der geschäftsführende Hauptvorstand wird in Verbindung mit der Tarifabteilung ein entsprechendes Forderungskonzept zur Kündigung der Manteltarifverträge für die Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie erarbeiten.

Darüber soll auf einer Arbeitstagung der zuständigen Tarifkommission in der ersten Hälfte des Jahres 1983 endgültig entschieden werden.

7. Alle Mitglieder und Organe der IG Druck und Papier werden aufgefordert, alle Maßnahmen des Hauptvorstandes aktiv zu unterstützen.

In den Landesbezirken sind die regionalen Manteltarifverträge für die Angestellten fristgerecht zu kündigen und inhaltlich die gleichen Forderungen zu erheben wie beim Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie die dazu zu führenden Verhandlungen intensiv vorzubereiten.

Die regionalen Arbeitgeberverbände sind dabei aufzufordern, ihre Tarifhoheit für diesen Bereich an den Bundesverband zu übertragen.

Dabei sind alle Mobilisierungsmöglichkeiten zur Unterstützung für die Durchsetzung unserer Forderungen zu nutzen.

Fortsetzung:

Arbeitsbedingungen, Gewerkschaftsrechte ...

Fast alle IAO-Übereinkommen (wie Maschinenschutz, Strahlenschutz usw. wie auch Wohlfahrtseinrichtungen) sind von den Entwicklungsländern bisher kaum ratifiziert worden. „In unserer Länderauswahl von 38 Ländern wurde der Maschinenschutz von 7 Ländern ratifiziert, der Strahlenschutz von 5, Benzol von 9, Berufskrebs von 4 Ländern ... Die tatsächliche Situation in bezug auf Berufssicherheit ist weitgehend unbekannt, gesteht die afrikanische vorbereitende Kommission der sechsten ILO-Regionalkonferenz (1981). Gravierend sei die Verkettung beruflicher Risiken mit nichtberuflichen endemischen Krankheiten, die auf Mangelernährung, mangelnde hygienische Einrichtungen und mangelhaften Bildungsstand zurückzuführen sei."



Mit billigen Arbeitskräften werden insbesondere in den „Freien Zonen" durch die Kapitalisten gewaltige Profite gemacht. Hier sind die Arbeiter besonders rechtlos und im Lohn gedrückt.

Kaum durchführbar – Arbeitsinspektionssysteme

Nur ⅔ der betrachteten Länder haben die Industrieinspektion ratifiziert. Gewichtige exportorientierte Länder stehen abseits (Mexiko, Brasilien, Philippinen, Indonesien) wie auch ausgeprägt handelsorientierte Länder.

„Es ist wahrscheinlich, daß die Durchsetzung von funktionierenden Inspektionssystemen in den Ländern generell anhaltende Schwierigkeiten bietet. Eine Gruppierung von Ländern in bezug auf diese Aspekte der „Minimum International Labour Standards" erscheint ohne größeren Arbeitsaufwand kaum durchführbar. Im Industriebereich stehen wichtige Exportländer auch formalrechtlich abseits, vollends ungeordnet sind die Verhältnisse in der Landwirtschaft."

Arbeitszeit und Arbeitslöhne

Hier kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen:

Reale Mindestlöhne 1966 – 1977
(zu konstanten Preisen 1970)

Land	1966	1972	1977
Ägypten	27,00	29,00	24,00
Algerien	1,48	1,63	1,53
Elfenbeinküste	51,80	58,60	55,70
Kenia	183,00	167,00	194,00
Libyen	80,00	96,00	136,00
Marokko	0,88	0,89	0,83
Sambia	12,50	14,50	8,10
Senegal	46,70	46,00	50,60
Zaire	32,80	35,40	9,70
Philippinen	7,00	5,60	3,50
Thailand	–	11,0[1]	19,20
Argentinien	287,00	209,00	112,00
Brasilien	198,00	189,00	178,00
Equador	670,0[2]	641,00	638,00
Kolumbien	364,00	542,00	1 573,00
Mexiko	741,00	893,00	1 049,00
Peru	1 149,00	1 943,00	1 463,00
Uruguay	–	11,90	9,50

(1) Ziffer für 1972 nicht vorhanden, es handelt sich um das Ergebnis von 1973 – (2) Ziffer für 1966 nicht vorhanden, es handelt sich um das Ergebnis von 1968 – Quelle: G. Starr, Minimum Wage Fixing, An internationale review of practices and problems, ILO, Geneva 1981, S. 189 ff.

„Die Arbeitszeit in Asien wie in Lateinamerika ist hoch, sie liegt meist bei 48 Stunden pro Woche, dazu kommen oft außerordentlich lange Anfahrtzeiten in vielen urbanen Gebieten der Dritten Welt. Bei tiefem Lohnniveau müssen die Arbeiter oft Zusatzbeschäftigungen übernehmen, welche natürlich statistisch nicht erfaßt werden. Die tatsächlichen Arbeitszeiten liegen allerdings meist weitaus höher. Weitverbreitet, auch in den „Freien Zonen", sind die geradezu „obligatorisch zu vereinbarenden Überstunden". In Uruguay sind bis zu 72 Wochenstunden legal zulässig; 55-60 Stunden in mehreren lateinamerikanischen und den meisten asiatischen Ländern sind die Regel. Es ist in exportorientierten Industrien in Entwicklungsländern offenbar üblich, daß Arbeitskräfte mindestens 48 Stunden pro Woche arbeiten, mindestens 40 Wochen im Jahr arbeiten, nur wenige Feiertage einhalten können und häufig Überstunden leisten müssen. Damit werden Jahresarbeitszeiten erzielt, die 20-30% höher liegen als in den Industrieländern üblich.

Die exorbitante Arbeitszeit kombiniert sich in den meisten Ländern mit kümmerlichen Arbeitslöhnen, die nur einen Bruchteil der in den Industrieländern üblichen Arbeitsentgelte erreichen. In den einzelnen Entwicklungsländern bestehen formalrechtliche Regelungen vor allem in der Form von Vorschriften über Mindestlöhne. Die Mehrzahl der Länder unserer Auswahl weisen solche Mindestlohnregelungen auf. Relevant ist dabei die Entwicklung der realen Mindestlöhne in konstanten Preisen im Zeitablauf."

Darüber vermittelt die abgedruckte Tabelle einen guten Eindruck. Sie zeigt, daß eigentlich nur in den erdölexportierenden Ländern real Verbesserungen eingetreten sind.

Die berüchtigten „Freien Zonen"

Die ja nun nur schlaglichtartig erhellten Verhältnisse in den Ländern der Dritten Welt werden aber durch das Vorhandensein von „Freien Zonen" noch verschärft. Diese „Freien Zonen" sind quasi extraterritoriale Gebiete, in denen das Kapital – natürlich vornehmlich aus den Industrieländern und mit multinationaler Orientierung – die Möglichkeiten bekommt, unter Verwendung von Arbeitskräften aus dem jeweiligen Land Handels- und Produktionsbetriebe unter begünstigten Bedingungen zu betreiben.

Laut UNIDO[4] sind in Entwicklungsländern außerhalb Europas 103 „Freie Zonen" in Betrieb (78) oder in Planung (25), 52 davon in den in der Studie berücksichtigten 38 Ländern. Branchenbezogen überwiegen darin Unternehmen der Textil- und Bekleidungsindustrie (1975 ca. 25%, in einzelnen Ländern, z.B. Philippinen, nahezu 100%), der Metallverarbeitung (ca. 20%) sowie, mit steigender Tendenz, der Elektrotechnik und Elektronik (ca. 17%).

Als Hauptanreize für Investitionen ausländischer Firmen in „Freien Zonen" dienen, neben der Bereitstellung von Gelände, Infrastruktur und Arbeitskräften, dauerhafte fiskalische Vergünstigungen sowie extrem niedrige Löhne (z.T. weniger als 1/10 der vergleichbaren Löhne in Industrieländern).

Die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Rechte, die Einschränkung und das Verbot des Streiks sind eine alltägliche Erscheinung in den Entwicklungsländern. Ohne die Unterstützung der Gewerkschaften aus den kapitalistischen Industrieländern wird die Arbeiterbewegung es in den Entwicklungsländern schwer haben. Aber eine Unterstützung muß notwendig frei sein von jedem Geruch, mit den eigenen Kapitalisten gegenüber den Konkurrenten zusammenzuarbeiten.

Kurze Schlußfolgerung

Wenn es auch klar ist, daß die Hauptverantwortlichen für die Lage in den Entwicklungsländern die kapitalistischen Ausbeuter in den Metropolen sind, so sind mit dem Verweis auf diesen Tatbestand die Probleme natürlich nicht erledigt. Denn es stellt sich nicht nur die Frage, wie können die internationalen Kapitalien an einer unbeschränkten Ausbeutung der Arbeitermassen in der Dritten Welt gehindert

Die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Rechte, die Einschränkung und das Verbot des Streiks sind eine alltägliche Erscheinung in den Entwicklungsländern. Ohne die Unterstützung der Gewerkschaften aus den kapitalistischen Industrieländern wird die Arbeiterbewegung es in den Entwicklungsländern schwer haben. Aber eine Unterstützung muß notwendig frei sein von jedem Geruch, mit den eigenen Kapitalisten gegenüber den Konkurrenten zusammenzuarbeiten.

Kurze Schlußfolgerung

Wenn es auch klar ist, daß die Hauptverantwortlichen für die Lage in den Entwicklungsländern die kapitalistischen Ausbeuter in den Metropolen sind, so sind mit dem Verweis auf diesen Tatbestand die Probleme natürlich nicht erledigt. Denn es stellt sich nicht nur die Frage, wie können die internationalen Kapitalien an einer unbeschränkten Ausbeutung der Arbeitermassen in der Dritten Welt gehindert werden, sondern auch: wie kann verhindert werden, daß Regierungen der Dritten Welt dem internationalen Kapital diese Bedingungen quasi als Einladung überreichen? Daß dies nämlich der Fall ist, beweist nicht nur die Untersuchung in der vorliegenden Studie, sondern erklärt sich auch heraus aus dem ganz unterschiedlichen Charakter von Regierungen in der Dritten Welt. Viele scheuen sich nicht im geringsten, die eigenen Volksmassen zu unterdrücken oder sie aus Eigennutz dem Ausbeutungsterror des internationalen Kapitals zu unterstellen.

Anmerkungen

(1) Englisch: International Labour Organisation. 1919 mit dem Völkerbund entstandene Organisation. 1946 Spezialorganisation der UN. 1973 hatte sie 124 Mitglieder. *Aufgaben:* Abstimmung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen der einzelnen Länder unter Einbeziehung der Besonderheiten, die sich in den Entwicklungsländern ergeben. *Organe: Internationale Arbeitskonferenz:* Besteht aus je zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Unternehmerverbände und Gewerkschaften. ⅔ Mehrheit bei Beschlußfassung muß gegeben sein. *Verwaltungsrat* führt die Weisungen der Konferenz durch und besteht aus 24 Regierungsvertretern und je 12 Unternehmens- und Gewerkschaftsvertretern. Der Rat überwacht die Arbeit der Konferenz und besorgt die Budgetaufstellung, über die die Konferenz abstimmt. Das *Internationale Arbeitsamt* ist quasi das Sekretariat der Konferenz. Ansonsten gibt es technische und regionale Sonderkonferenzen.

(2) Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern und Sozialklauseln. Bestandsaufnahme und Bewertung. Studie der Prognos AG Basel, April 1982, Kurzbericht. Die Langfassung der Studie ist erschienen in der Reihe „Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit" Band 37, Weltforum Verlag, Marienburger Str. 22, 5000 Köln 51, Tel. 0221/388011, DM 19,80.

(3) Erfaßt ist ein Teil an der Tabelle über die Mindestlohnentwicklung.

(4) UNIDO = Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen.

Diskussionsvorlage der Bundeswirtschafts-AG der GRÜNEN

Programm gegen Arbeitslosigkeit

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Papier, das auf der Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN am 13./14. November beraten werden soll. Vielen ist der Entwurf zu wenig ökologisch, die Kritiker der Industriegesellschaft und Dualwirtschaftler sind ganz aus dem Häuschen. Bremer GRÜNE arbeiten an einem Gegenentwurf, um eine sich abzeichnende Konfrontation zu verhindern.

Teil I: Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Krise

1. Wir erleben heute die tiefste Krise nach dem 2. Weltkrieg. Aus dem vermeintlich krisenfreien Wirtschaftswunderland wurde ein Land mit 2 Millionen Arbeitslosen. Immer mehr Menschen werden aus Produktionsprozeß und Arbeitswelt ausgestoßen und an den Rand der Gesellschaft gedrückt. Besonders betroffen sind Jugendliche, Frauen, Ausländer, Behinderte und ältere Menschen. Mehr als 150000 junge Menschen bekommen keinen Ausbildungsplatz, weil Kosten für die Ausbildung gespart werden. Tausende Junglehrer werden vom Staat nicht angestellt. Stellen für Sozialarbeiter werden reduziert.

2. Die Arbeitslosigkeit hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Prognosen nennen Zahlen von 3–4 Millionen Arbeitslosen in den Jahren 1985–1990, wozu u.a. auch die Bevölkerungsentwicklung beitragen wird.

3. Allein im Jahre 1982 werden etwa 16000 vorwiegend mittlere und kleinere Betriebe zusammenbrechen. Neben verschlechterten Absatzbedingungen kommen Betriebe besonders durch die Hochzinspolitik unter Druck. Auch Großkonzerne wackeln und können nur noch durch staatliche Finanzhilfen über Wasser gehalten werden. Die Folge sind zweifelhafte Sanierungsprogramme mit Betriebsstillegungen und dem Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen.

4. Die Wachstumslobby propagiert Wirtschaftswachstum zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Diese Konzeption setzt ebenso hohe Zuwachsraten der Produktion voraus, wie sie in der BRD in den Nachkriegsjahren des Wiederaufbaus erreicht wurden. Heute wäre zum Erreichen der Vollbeschäftigung ein Wachstum von jahrlich 6% notwendig. Dies ist eine Illusion: in den 50er Jahren betrug das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum 7,7%, es verlangsamte sich in den 60er Jahren auf 4,7% und in den 70er Jahren auf lediglich 2,5%. Seit 2 Jahren stagniert es. Die 30jährige Zauberformel: „Wirtschaftswachstum sichert Arbeitsplätze“ erweist sich als Leerformel. Darüberhinaus hat ein zügelloses Wachstum die bekannten ruinösen Folgen für die Umwelt.

5. Die krisenhafte Situation in der BRD ist unvergleichbar mit der Lage in den unterentwickelt gehaltenen Län-
BRD ist unvergleichbar mit der Lage in den unterentwickelt gehaltenen Ländern der sogenannten Dritten Welt. Dort geht es für sehr viele Menschen nicht um den Erhalt oder die Verbesserung der Lebensqualität, sondern um das Überleben schlechthin. Millionen Menschen leben in Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens in einem Zustand, der so stark geprägt ist von Unterernährung, Verkrüppelung, Krankheit, Analphabetentum, hoher Kindersterblichkeit und niedriger Lebenserwartung, daß er außerhalb jeder vertretbaren Definition menschlicher Würde liegt und mit westlichen Maßstäben kaum mehr zu erfassen ist.

6. Die Anzahl der Menschen, die in diesem Zustand der „absoluten Armut“ vor-sich-hin-existieren, wird sich bei ähnlicher politischer Entwicklung wie bisher nach Schätzungen von „Global 2000“ von 800 Millionen Menschen im Jahre 1980 auf ungefähr das Doppelte im Jahr 2000 erhöhen. Darüberhinaus hat in den unterentwickelten Ländern die Ausbeutung und Zerstörung der Natur (Abholzung der Wälder, Verwüstung, Vergiftung der Böden durch Pestizide etc.) beträchtliche Ausmaße angenommen. Sie wird sich noch dramatisch zuspitzen und die Gefährdung des globalen Naturhaushaltes bedrohlich erhöhen.

7. Die Unterentwicklung in den Ländern der „Dritten Welt“ beruht auf dem jahrhundertelangen Prozeß von Vernichtung und Plünderung durch die europäischen Staaten zu Zeiten des Kolonialismus. Diese Entwicklung wird in der heutigen Zeit mit anderen Formen der Ausbeutung durch die Industriestaaten fortgesetzt. Eine schmale Oberschicht und ausländische Konzerne besitzen die Kontrolle über den weitaus größten Teil der Industrie und der landwirtschaftlichen Anbaugebiete.

8. Der Handel der Bundesrepublik läuft fast ausschließlich über die Oberschichten in den unterentwickelten Ländern und geht an den Bedürfnissen der armen Bevölkerungsschicht vorbei. Dieser Handel trägt allerdings zum Wirtschaftswachstum der BRD bei und schafft hier Arbeitsplätze.

9. Die Entwicklungshilfe der Industriestaaten, die internationalen Bankensysteme, in denen die Industrieländer die Mehrheit besitzen, und die Direktinvestitionen von Unternehmen aus den Industriestaaten sichern in der Regel die Fortführung dieser Entwicklung und zementieren die ausbeuterischen Strukturen.

10. Die ökonomischen und ökologischen Krisenerscheinungen haben ihre Ursache in der weltweiten kapitalistischen Profitwirtschaft und ihren Konkurrenzbedingungen. Da heute dem Wirtschaftswachstum enge Grenzen gesetzt sind (u.a. wegen der Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen) führen die Unternehmen national und international einen verschärften Kampf um Marktanteile und Rohstoffquellen, um ihre Profite zu sichern. Der internationale Wettbewerb (sog. Weltmarkt) übt großen Druck zur Produktivitätssteigerung durch Rationalisierung und technologischen Wandel aus (Datenverarbeitung, Mikroprozessoren, Industrieroboter). Die private Verfügung über die Produktionsmittel erlaubt es den Unternehmen, tausendfach Arbeitsplätze, ja ganze Betriebe wegzurationalisieren.

11. Für die Beschäftigten führt die Anwendung neuer Techniken (z.B. Mikroelektronik) zu einer Intensivierung und Monotonisierung der Arbeit. Elektronische Verfahren verfeinern die Überwachung der Menschen inner- und außerhalb der Betriebe. Diese Entwicklung führt in immer stärkerem Maße zum Verlust beruflicher Qualifikation, zu gesellschaftlicher Isolierung, Deklassierung und zu Austauschbarkeit der Arbeitnehmer. Dies bedeutet nicht nur eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern hat auch eine Schwächung der Arbeiterbewegung zur Folge.

12. Den Weg aus der Krise suchen die Unternehmen – staatlich gefördert – einerseits in Investitionen zur Rationalisierung und Modernisierung, andererseits in großtechnologischen Projekten wie Atomanlagen, den Schnellen Brüter, den Hochtemperaturreaktor, die Startbahn West, den Rhein-Main-Donau-Kanal, den Hafenausbau in Hamburg, Watteindeichungen an der Nordsee, Stromtrassen durch den Pfälzer Wald und den Bau neuer Autobahnen, die die ökologischen Risiken vervielfachen und zugleich wirtschaftlich ineffizient sind.
13. Nicht nur der arbeitende Mensch. ineffizient sind.

13. Nicht nur der arbeitende Mensch, auch die natürlichen Reichtümer werden der Profitwirtschaft geopfert. Die Gesundheitsbranche (Ärzte, Apotheker, pharmazeutische Industrie, Hersteller medizinisch-technischer Apparaturen, Krankenhäuser ...) ist heute mit 13% des Bruttosozialproduktes die größte Wachstumsbranche in der BRD. Hier werden die gesundheitlichen Krisensymptome unserer Wirtschaftskrise kuriert, ohne die Gesundheit der Bevölkerung zu sichern: so geht schon die Hälfte der Arbeiter aus gesundheitlichen Gründen mit 54 Jahren in Rente.

Es folgt eine kurze Charakterisierung der Regierungspolitik.

Teil II: Für eine ökologische soziale Wirtschaft

17. DIE GRÜNEN setzen sich für ein Wirtschaftssystem ein, das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und der zukünftigen Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit den natürlichen Reichtümern orientiert. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur bewußt gemacht werden, in der die Beachtung ökologischer Kreisläufe, die Entwicklung und der Einsatz von Technologie, die Beziehung zwischen Produktion und Verbrauch zu einer Angelegenheit aller Betroffenen wird.

18. Die Betroffenen müssen selbst die Entscheidungen darüber treffen, WAS, WIE und WO produziert wird.

19. Auf der Basis der Selbstbestimmung werden Produktionsentscheidungen in betrieblicher Selbstverwaltung ohne hierarchische Strukturen angestrebt. Dabei muß im Konzept der Selbstbestimmung gewährleistet sein, daß die betrieblichen Entscheidungen den gesamtgesellschaftlichen Interessen gerecht werden. Zu diesem Zweck
den gesamtgesellschaftlichen Interessen gerecht werden. Zu diesem Zweck werden auf allen Ebenen demokratische Selbstverwaltungsgremien geschaffen, z.B. Wirtschafts- und Sozialräte. Diese haben vom Grundsatz der Selbstorganisation und -verwaltung der Betriebe auszugehen. In ihnen wird die Zusammenarbeit der Produzenten mit anderen betroffenen Bevölkerungsgruppen (Anwohner, Verbraucher, etc.) organisiert. Es ist Sache der Betroffenen, über die Art und Weise dieser Kooperation zu bestimmen.

20. Alle wirtschaftlichen Entscheidungen, die auf unterster Ebene gefällt und umgesetzt werden können, sollen auch dort getroffen werden. Möglichst viele Güter, die in einem Wirtschaftsraum verbraucht werden, sollen auch in diesem selbst hergestellt werden. In diesem Sinne sind nach Möglichkeit dezentrale und überschaubare Produktionseinheiten zu bilden. Dies bedeutet entsprechend auch die Entflechtung der Großkonzerne.

21. Die starke staatlich geförderte Exportorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft und ihre Importabhängigkeit muß mittel- und langfristig umgekehrt werden zugunsten einer möglichst verbrauchernahen Produktion. Eine dezentrale Energieversorgung trägt in diesem Sinne zum Schutz vor zu starker Marktabhängigkeit bei. Eine verbrauchernahe Produktion schließt allerdings keineswegs einen sinnvollen internationalen Handel aus. An die Stelle des Konkurrenz- und Rationalisierungsdrucks im internationalen Wettbewerb (z.B. der Zwang zur Einführung neuer Technologien) müssen internationele Absprachen auf gleichberechtigter Basis treten.

22. Voraussetzung und Grundlage dafür, daß die Betroffenen selbst Entscheidungen darüber treffen können, Was, Wie und Wo produziert wird, ist eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln, Banken und an Grund und Boden. Es darf nicht länger hingenommen werden, daß Eigentum in privaten Händen Machtausübung über andere Men-
daß Eigentum in privaten Händen Machtausübung über andere Menschen, Zerstörung der Natur und wirtschaftliche und gesellschaftliche Steuerung ermöglicht. Deshalb darf es im industriellen und Dienstleistungsbereich kein privates Eigentum an Produktionsmitteln geben, das Fremdbestimmung und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht. Auch das Eigentum an Grund und Boden, das zu Raubbau und Spekulation geführt hat, muß durch neue Formen gesellschaftlicher Nutzung ersetzt werden. Die Banken, die immer stärker über das Wohl und Wehe ganzer Wirtschaftsbereiche entscheiden, sind zu entprivatisieren und völlständig der demokratischen Kontrolle zu unterwerfen.

23. Die *Ent*eignung der privaten Besitzer von Produktionsmitteln schafft die Voraussetzung für deren *A*neignung durch alle Gesellschaftsmitglieder. Die bekannten Formen der Verstaatlichung lehnen wir ab, da sie keine basisdemokratische Kontrolle ermöglichen. Es sind neue Formen freier, nicht-staatlicher, sondern selbstverwalteter Verfügungsrechte zu entwickeln. Eigentum an Produkten und Gegenständen, die der eigenen Lebensgestaltung dienen, muß für jeden Menschen möglich sein.

24. Eine ökologische und soziale Wirtschaft bedeutet eine Verbesserung der Lebensqualität, in der sich die Menschen für Produkte einsetzen, die ihren Bedürfnissen, wie auch der natürlichen Umwelt entsprechen. Daraus ergeben sich die Forderungen nach sparsamem Umgang mit Energie und Rohstoffen, sowie nach Herstellung dauerhafter reparaturfähiger Gebrauchsgüter. Auch der Verarbeitung wiederverwendbarer Naturprodukte ist ebenso wie die Wiederverwendung gebrauchter Waren und Abfälle eine zentrale Forderung. Das beinhaltet auch die Umstellung der derzeitigen Verschwendungsbranchen (Rüstung, Werbung usw.). Generell ist auf Stoffe und Produktionsverfahren zu verzichten, die das ökologische Gleichgewicht nachhaltig stören und Leben und Gesundheit bedrohen.

25. Die Verbesserung der Lebensbedingungen erfordet auch eine Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse. Die Verfügungsgewalt der Betroffenen über die Produktion ist Voraussetzung für

- die Beherrschung der Maschinen und ihre Entwicklung durch die arbeitenden Menschen,
- eine Arbeit, die die menschliche Kommunikation im Arbeitsprozeß fördert, anstatt sie zu zerstören,
- die Überwindung der in der heutigen Wirtschaftsweise vorherrschenden Trennung von Kopf- und Handarbeiter mit den daraus erwachsenden Hierarchien,
- das generelle Verbot, Menschen mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung zu überwachen und zu steuern,
- die Aufhebung der Monotonie am Arbeitsplatz und die Beseitigung der festen Vorgaben von Bewegungsabläufen und Denkprozessen,
- den absoluten Vorrang der Gesundheit des Einzelnen vor Produktionszahlen, was u.a. die Arbeit mit
heit des Einzelnen vor Produktionszahlen, was u.a. die Arbeit mit krebserzeugenden Stoffen und Akkordarbeit ausschließt.

Wir wollen erreichen, daß sich der arbeitende Mensch mit seinen vielfältigen Fähigkeiten und Neigungen auch im Produktionsprozeß entfalten kann.

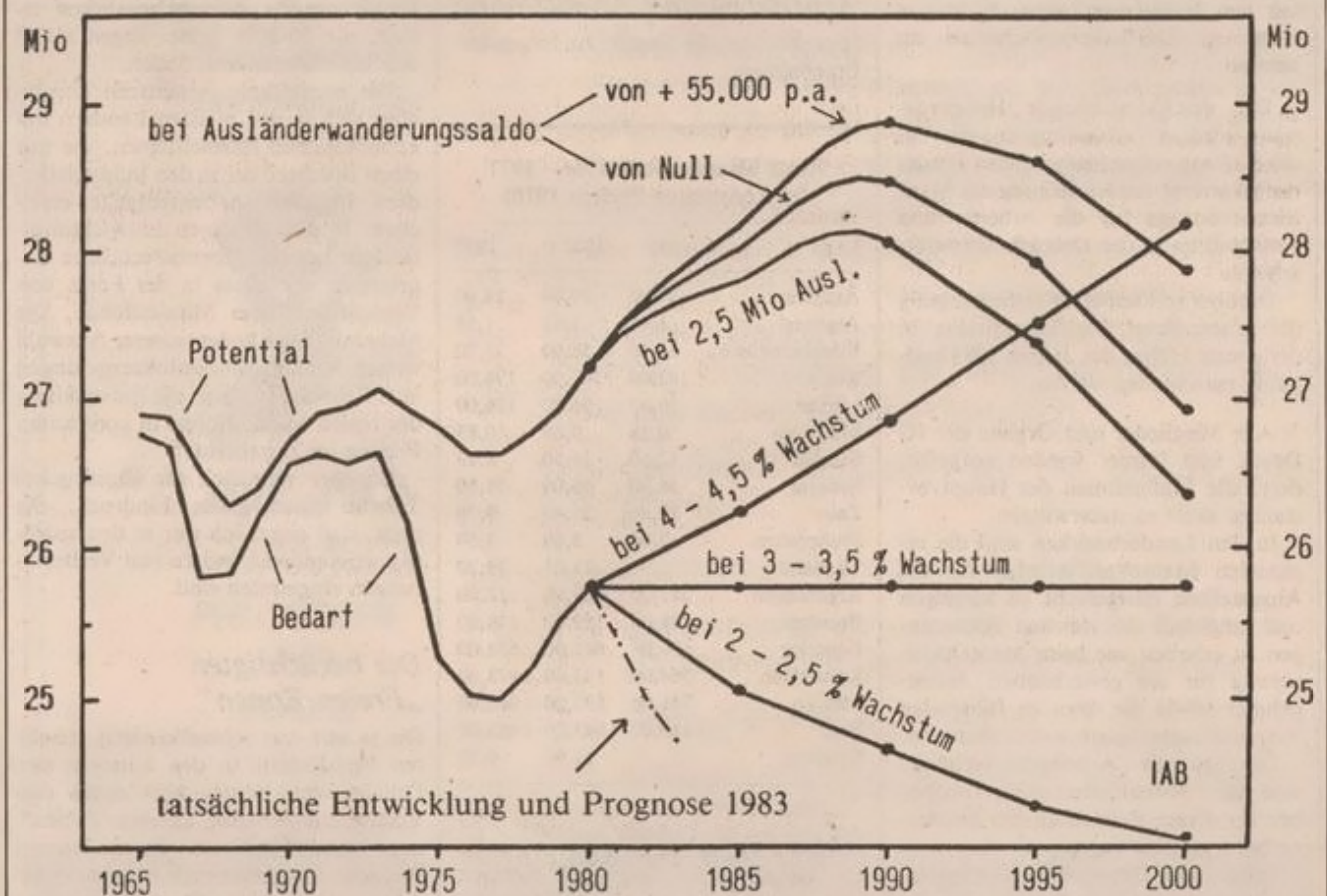
26. Die Überwindung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist anzustreben. Dazu zählt eine Dezentralisierung der wissenschaftlichen Arbeit, weil eine sozial und ökologisch sinnvolle Produktion verlangt, daß sich jeder das Wissen über die Gestaltung von Technik und Produktionszusammenhängen aneignen kann. Dazu gehört auch, daß Arbeitszeiten so einzuteilen sind, daß wichtige Arbeiten, wie Hausarbeit, Kindererziehung und soziale Aufgaben von allen wahrgenommen werden und nicht einseitig zu Lasten der Frauen gehen.

27. Bevor neue Technologien eingeführt werden, ist eine Bewertungsphase vorzusehen, in der diese auf Umweltverträglichkeit, sparsame Energieverwendung, humane Gestaltung der Arbeitsplätze und auf ihre gesellschaftlichen Auswirkungen geprüft werden. Dazu sollte eine gesamtgesellschaftliche Bewertung, in der alle sozialen Folgen und Folgekosten berücksichtigt sind, durchgeführt werden. So fallen beim Auto z.B. nicht nur betriebswirtschaftliche Kosten an, sondern auch Folgen, die sich aus Straßenbau, Unfällen, Umweltschäden etc. ergeben.

28. Die Sicherung eines ausreichenden Einkommens für alle und gerechte Verteilung der geschaffenen Werte ist zentrale Bedingung für die ökologische soziale Wirtschaft.

29. Eine gerechte Verteilung beinhaltet auch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Die bundesdeutsche Wirtschaft muß deshalb so angelegt sein, daß sie nicht zur Ausbeutung der unterentwickelten Länder (UL) beiträgt, sondern deren eigenständige Entwicklung ermöglicht und fördert. Die Austauschbeziehungen zwischen der BRD

Arbeitsmarktbilanz 1965 – 2000



Quelle: W. Klauder, P. Schnur, M. Thon: Perspektiven 1980–2000, Neue Alternativrechnung zur Arbeitsmarktentwicklung, 2. Nachtrag zu QuintAB 1, Nürnberg 1982

und den UL müssen verändert werden: Exportproduktionen, die der Bereicherung der Eliten in den UL dienen, müssen abgebaut, Importe, die den UL notwendige Nahrungsmittel entziehen und z.B. bei uns als Futtermittel dienen, müssen verhindert werden. Grundsätzlich muß der Handel mit UL auf der Basis gerechter Tauschverhältnisse erfolgen. Die Rohstoffpreise sind z.B. zu erhöhen.

30. Bei allen kurz- und langfristigen wirtschaftlichen Maßnahmen in der BRD, z.B. auch bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeislosigkeit, ist prinzipiell darauf zu achten, daß diese Maßnahmen nicht auf Kosten der „Dritten Welt" erfolgen. Auf politischer Ebene sind Bewegungen in den UL zu unterstützen, die dazu beitragen, die ausbeuterischen Macht- und Besitzverhältnisse dort zu überwinden.

31. Die Verwirklichung dieser neuen Wirtschaftsordnung kann national und international nur durch eine breite politische und gewerkschaftliche Bewegung von unten innerhalb der Betriebe erreicht weden. Der aus sozialen und politischen Gründen dringende Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau muß angesichts der unmittelbaren verheerenden Folgen auch mit kurzfristigen Forderungen und (unter gegebenen Bedingungen erfolgversprechenden) Maßnahmen geführt werden. Diese müssen sich aber an unseren langfristigen Zielen orientieren und so zum ersten Meilenstein und zur Grundlage der völligen Umgestaltung in Richtung auf eine Wirtschaftsordnung werden, in der die Menschen selbst über das WAS, WIE und WO der Produktion entscheiden.

Teil III: Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und für sinnvolle Arbeit

32. Eine dauerhafte Beseitigung der Arbeitslosigkeit setzt voraus, daß die Produktion nicht mehr dem Oberziel der Kapitalverwertung folgt, sondern auf soziale und ökologische Bedürfnisse ausgerichtet ist.

33. Angesichts weiter ansteigender Massenarbeitslosigkeit ist für uns GRÜNE aber klar, daß alles getan werden muß, um diese einzudämmen und die gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht zu verteilen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen um jeden Preis kann kein annehmbarer Weg sein. Nötig und möglich ist vielmehr die Arbeit in solchen Bereichen, in denen nach wie vor Mangel herrscht bzw. in denen der Einstieg in andere gesellschaftliche Problemlösungen gefunden werden muß. Defizitbereiche dieser Art sehen wir vor allem in der Energiewirtschaft, dem Wohnungsbau, der Verkehrspolitik. bei den sozialen Diensten und dem

Teil III: Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und für sinnvolle Arbeit

32. Eine dauerhafte Beseitigung der Arbeitslosigkeit setzt voraus, daß die Produktion nicht mehr dem Oberziel der Kapitalverwertung folgt, sondern auf soziale und ökologische Bedürfnisse ausgerichtet ist.

33. Angesichts weiter ansteigender Massenarbeitslosigkeit ist für uns GRÜNE aber klar, daß alles getan werden muß, um diese einzudämmen und die gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht zu verteilen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen um jeden Preis kann kein annehmbarer Weg sein. Nötig und möglich ist vielmehr die Arbeit in solchen Bereichen, in denen nach wie vor Mangel herrscht bzw. in denen der Einstieg in andere gesellschaftliche Problemlösungen gefunden werden muß. Defizitbereiche dieser Art sehen wir vor allem in der Energiewirtschaft, dem Wohnungsbau, der Verkehrspolitik, bei den sozialen Diensten und dem Umweltschutz.

Produktionen, die als solche eine Verschwendung gesellschaftlicher Arbeit darstellen, wie etwa die Rüstungsindustrie, sind besondere Ansatzpunkte zur Umstellung auf sozial und ökologisch sinnvolle Zwecke. Die Aufgabe von Produktionsumstellungen besteht darüberhinaus überall dort, wo Produkte und Produktionstechniken aus sozialen und ökologischen Erwägungen heraus verändert werden müssen, z.B. in der Automobilindustrie.

34. Für die Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze ergeben sich daraus zwei vordringliche Handlungsebenen:

a) *Alternative Investitionsprogramme.*
Gestützt auf soziale Bewegungen, wie Bürgerinitiativen und Gewerkschaften können GRÜNE und alternative Parlamentsfraktionen versuchen, staatliche Investitionen besonders auf den Gebieten zu fördern, in denen gesellschaftliche Mängel ausgemacht sind. Natürlich können auch steuerpolitische u.ä. Maßnahmen für solche Zwecke eingesetzt werden. Der direkte Zugriff auf die kommunale und regionale Ebene hat allerdings den möglichen Vorteil, daß über die konkrete Anpassung an den wirklich vorhandenen Bedarf politisch entschieden (und politische Kontrolle ausgeübt) werden kann.
Investitionsprogramme dieser Art sind nachfrageorientierte alternative Wirtschaftspolitik.

b) *Betriebliche Produktionsumstellungen.*
Als Konsequenz ihrer Kritik an Produkten und Produktionstechniken können Belegschaften und ihre Vertreter in praktischer Entfaltung gewerkschaftlicher Betriebsarbeit versuchen, auf das Was und Wie ihrer Arbeit verändernden Einfluß zu nehmen. Es gibt nämlich nicht die eine zwingende betriebswirtschaftliche Logik, derzufolge Arbeitnehmervertreter in jedem konkreten Fall immer nur hilf- und tatenlos zusehen müssen. Im Unterschied zur heute alles beherrschenden „wirtschaftlichen Vernunft", nach der öffentliche, sog. gemeinwirtschaftliche und private Unternehmen gleichermaßen funktionieren, können durch sozialen Druck Schritte in Richtung einer anderen Unternehmenspolitik eingeleitet werden.
Produktionsumstellungen dieser Art sind angebotsorientierte alternative Wirtschaftspolitik.

35. Auch wenn genaue Schätzungen nicht möglich erscheinen, ist klar, daß politische, betriebliche und gewerkschaftliche Initiativen für sinnvolle Arbeit in den nächsten Jahren eine große Zahl von Arbeitsplätzen schaffen könnten. Dazu kommt, daß sozialen und ökologischen Kriterien angemessene Verfahren zur Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben oft arbeitsintensiver sind, d.h. mehr Arbeitsplätze bedeuten im Verhältnis zur eingesetzten Maschinerie.

36. Auf lange Sicht, das zeichnet sich allerdings schon heute ab, wird die gesellschaftlich notwendige Arbeitsmenge stark sinken. Für eine Gesellschaft, die diese Arbeit gerecht zu verteilen versucht, ist das nicht problematisch, sondern wünschenswert.

In den folgenden Punkten werden die Bereiche genannt, in denen die *Zukunftsinvestitionen* getätigt werden sollen. Die Vorschläge unterscheiden sich kaum von dem, was von verschiedener Seite dazu schon ausgearbeitet wurde, ohne daß man sich darauf beziehen würde. Genannt werden die Bereiche Energie, Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft, Wasser, Rüstungskonversion, Recycling. Die Vorstellungen im einzelnen bleiben allgemein und verschwommen, im Bereich Energie etwa Umweltschutzmaßnahmen an den Kraftwerken, Wärmedämmung und Erforschung und Anwendung regenerierbarer Energieträger, im Bereich Verkehr etwa Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, von Fahrradwegen und Fußgängerzonen, im Bereich Wohnen etwa Altbausanierung und verstärkter Sozialwohnungsbau anstelle von Eigentumsförderung, die Forderung nach Recycling bleibt ohne jede genauere Ausführung, zumal die Rohstoffbesteuerung von der Mehrheit der Bundeswirtschafts-AG wegen unwägbarer Folgewirkungen verworfen worden ist.

Etwas genauer befaßt sich der Programmentwurf dann mit der Frage der *Arbeitszeitverkürzung – Arbeitsverteilung.* Da das Programm ökologischer und sozialer Investitionen nur teilweise zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen kann, sei die Umverteilung der Arbeit dringend

In den folgenden Punkten werden die Bereiche genannt, in denen die *Zukunftsinvestitionen* getätigt werden sollen. Die Vorschläge unterscheiden sich kaum von dem, was von verschiedener Seite dazu schon ausgearbeitet wurde, ohne daß man sich darauf beziehen würde. Genannt werden die Bereiche Energie, Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft, Wasser, Rüstungskonversion, Recycling. Die Vorstellungen im einzelnen bleiben allgemein und verschwommen, im Bereich Energie etwa Umweltschutzmaßnahmen an den Kraftwerken, Wärmedämmung und Erforschung und Anwendung regenerierbarer Energieträger, im Bereich Verkehr etwa Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, von Fahrradwegen und Fußgängerzonen, im Bereich Wohnen etwa Altbausanierung und verstärkter Sozialwohnungsbau anstelle von Eigentumsförderung, die Forderung nach Recycling bleibt ohne jede genauere Ausführung, zumal die Rohstoffbesteuerung von der Mehrheit der Bundeswirtschafts-AG wegen unwägbarer Folgewirkungen verworfen worden ist.

Etwas genauer befaßt sich der Programmentwurf dann mit der Frage der *Arbeitszeitverkürzung – Arbeitsverteilung.* Da das Programm ökologischer und sozialer Investitionen nur teilweise zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen kann, sei die Umverteilung der Arbeit dringend erforderlich. Dabei steht die Verkürzung der Wochenarbeitszeit an erster Stelle. Sie wird nicht nur als geeignetste Maßnahme zur Arbeitsumverteilung, sondern auch als Ausgleich für die wachsenden Arbeitsintensität und als Mittel zur Schaffung zusätzlicher frei verfügbarer Zeit angesehen.

Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche soll über Tarifverträge geschehen, die auch Neueinstellungen sichern. Dafür sei eine „umfassene Mobilisierung" notwendig. In der Arbeitszeitordnung soll die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden gesenkt werden. Gangbar sei die gerechte Arbeitsverteilung nur, wenn auch der Weg zu einer gerechten Verteilung der Einkommen gegangen wird. Dazu werden Festbeträge statt prozentualer Lohnerhöhungen, Entlastung der unteren Einkommen bei der Lohnsteuer, die Ablehnung genereller Mehrwertsteuererhöhungen und die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe gefordert.

Bezüglich der *Teilzeitarbeit* werden die herkömmlichen Modelle abgelehnt, jedoch sollen Formen selbstbestimmter Arbeitszeiten gefunden werden.

Kümmerlich bleibt, was im Abschnitt *Maßnahmen gegen Sozialabbau* gesagt wird:

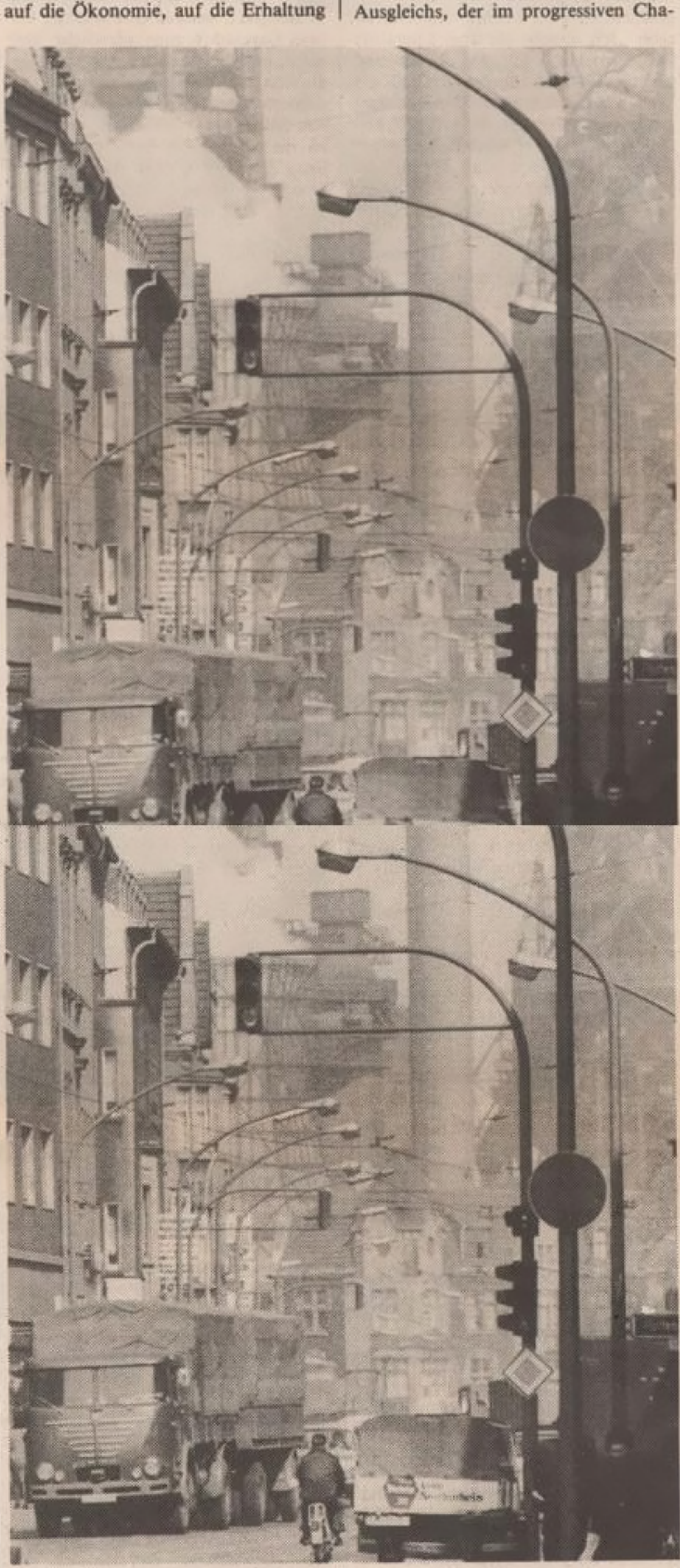
91. Um nur die dringendsten Mißstände zu beseitigen, sind folgende sozialpolitische Sofortmaßnahmen zu ergreifen:
- die Kürzungen im Sozialetat sind rückgängig zu machen
- für alle, die einen Arbeitsplatz suchen, ist eine Mindestversorgung einzuführen, Abschaffung des dualen Systems von Arbeitslosengeld und -hilfe, Einführung eines Mindestlohns
- Aufstockung der Rente bei unzureichenden Versorgungsansprüchen auf das Niveau einer Mindestrente, Beseitigung der Diskriminierung der Frauen im Rentensystem
- Unterhaltsverpflichtungen innerhalb der Familie sind auf die der Eltern gegenüber den Kindern bis zu einem bestimmten Alter zu begrenzen, um keine persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse entstehen zu lassen.

Etwas näher ausgeführt wird eine „alternative Sozialpolitik" am Beispiel des Gesundheitswesens. Dabei geht es um die Verbesserung der Arbeitssituation in diesem Bereich und um die Schaffung von dezentralen Gesundheitszentren.

Teil IV: Ansatzmöglichkeiten, Finanzierung und Strategien zur Durchsetzung

1. Finanzierung

120. Zur Finanzierung der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen fehle das Geld, so der zentrale Einwand von seiten der herrschenden Parteien. Es ist unbestritten, daß der staatliche Finanzspielraum von der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt nicht unabhängig ist. Die Frage ist aber, wie der Staat seine Möglichkeiten der Rückwirkung auf die Ökonomie, auf die Erhaltung



von Arbeitsplätzen, auf den Schutz der Natur und auf die Entwicklung der Lebensverhältnisse der verschiedenen Bevölkerungsschichten einsetzt. Und dieser Spielraum ist größer, als in der Regel zugegeben wird. Warum werden gerade die unteren Einkommensschichten am stärksten zur Kasse gebeten, warum wird die Großtechnologie und der Ausbau der Atomkraftwerke gefördert?

121. Wir halten die ganze Richtung, die mit der Politik der etablierten Parteien eingeschlagen wird, für falsch. Dies nicht nur, weil sie sozial unausgewogen ist und zu beschleunigtem Raubbau der Natur und des Menschen führt, sondern auch, weil sie überhaupt keinen Ausweg aus der krisenhaften Entwicklung aufzeigen kann, wie das Scheitern ähnlicher Versuche z.B. in Großbritannien und den USA zeigt.

122. Es geht mit den geforderten Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit (III.) darum, den *Einstieg* in eine veränderte Entwickungslogik zu beschreiten. Es geht darum, den Handlungsspielraum auszuschöpfen, der – ausgehend von den derzeitigen Strukturen – in Richtung einer ökologischen sozialen Wirtschaft (II.) weist.

123. Das Gegenargument angeblicher Sachzwänge, die die Realisierung unserer Forderungen unmöglich machen würde, zieht nicht. Es ist genug gesellschaftlicher Reichtum vorhanden, um die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zu finanzieren. Das Problem ist überhaupt kein Problem von Sachzwängen, sondern es geht um das politische Problem eines Bruchs mit der Rücksichtnahme auf die Interessen und Privilegien der oberen Schichten, für den es zu kämpfen gilt.

124. Stoßrichtung der Finanzierungsalternativen ist zunächst einmal, das Geld bei denjenigen zu holen, die soviel davon haben, daß sie gar nicht wissen, wie sie es für Konsum oder Investitionen produktiver Anlagen ausgeben sollen. Die hohe Sparquote der oberen Einkommensschichten, die Aufhäufung einer immer größeren Masse von Eigentumstiteln und die wachsende Bedeutung derjenigen, die sich an der Verschuldung des Staates zusätzlich bereichern, verweist auf die Finanzierungsmöglichkeiten. Es geht uns um eine solide Aufbringung der Mittel durch eine stärkere Belastung der Reichen.

125. Das schließt nicht nur ein, daß der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer angehoben werden muß, sondern vor allen Dingen, daß eine ganze Reihe von Privilegien und Hintertüren, die die reguläre Steuerschuld auf ein Minimum reduzieren, abgeschafft werden. Ein durchschnittlicher Lohnabhängiger hat in der Regel überhaupt nicht die Möglichkeit, eine Beteiligung an dieser Abschreibungsgesellschaft zu erwerben. Der Aspekt des sozialen Ausgleichs, der im progressiven Charakter der Einkommensbesteuerung enthalten ist, ist durch eine ganze Reihe von Sondervergünstigungen ausgehöhlt. Aber die etablierten Parteien sind nicht bereit, diese Privilegien abzubauen. So z.B. beim Ehegattensplitting (Kosten 30 Mrd. DM pro Jahr): Nur Spitzenverdiener mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von mehr als 260000 DM (auf den Monat umgerechnet mehr als 21000 DM!) kommen in den Genuß des maximalen Splittingvorteils von 14837 DM pro Jahr. Genausowenig ist einzusehen – wie es der CDU/CSU/FDP-Etatentwurf vorsieht – warum gerade die Spitzenverdiener unter den Bauherren, die ihre Wohnung selbst nutzen, aufgrund der 7b-Abschreibung und des Schuldzinsenabzugs bei Eigenheimen pro Jahr ca. 10000 DM Steuern geschenkt wird, die Steuergeschenke bei niedrigerem Verdienst aber viel geringer ausfallen.

(...)

2. Politische Durchsetzung / Gewerkschaften

131. Die von uns erhobenen Forderungen nach gezielten Investitionsprogrammen, nach konsequenter Verkürzung der Arbeitszeit und einer Neuverteilung der Arbeit insgesamt, nach einer Sozialpolitik, die diesen Namen verdient und nach neuen Wegen der Finanzierung solcher Maßnahmen sind nicht mehr als erste Schritte, ein Einstieg in eine Entwicklungslogik, die versucht, den Rahmen des aktuellen Handlungsspielraums zu erschöpfen. Wir bleiben mit diesen Forderungen innerhalb der Möglichkeiten, die in den Grenzen der gegebenen Institutionen und der derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse gegeben sind. Auch nach der Durchsetzung dieser Vorschläge wären wir noch weit vom Ziel einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsweise entfernt.

132. Ansätze zu einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsweise werden in Alternativprojekten bereits praktiziert.

In West-Berlin haben zum Beispiel 1200–1500 solcher Projekte aus eigener Kraft, d.h. ohne staatliche Unterstützung mindesten 4000–5000 Arbeitsplätze geschaffen, während in der immer stärker subventionierten Industrie in der gleichen Zeit über 100000 Arbeitsplätze verlorengingen. Hier wird versucht, neue Lebens- und Sozialformen zu entwickeln, die Vorbildcharakter haben:
- genossenschaftliche Besitzverhältnisse
- demokratische Selbstverwaltung
- Identifikation mit sinnvollen Produkten und Dienstleistungen
- Ansätze zur Entwicklung einer dem Menschen angepaßten Produktionstechnologie
- neue, humanere Formen von Ausbildung und Organisation
- Vernetzung mit anderen Projekten und mit dem Konsumenten

133. Die Ausdehnung dieses neuen Sektors ist allerdings beschränkt. Diese Betriebe müssen in der bestehenden Wirtschaftsordnung mit Betrieben konkurrieren, die rücksichtslos Natur und Menschen ausbeuten und darüberhinaus direkt (z.B. AEG) und indirekt (Infrastruktur, Ausbildungssystem) subventioniert werden. Wegen der wichtigen Impulse, die von diesem Sektor ausgehen, ist er durch staatliche Förderung zu stärken und auszuweiten, ohne dadurch seine Autonomie zu beschränken.

134. Es geht uns mit unseren Forderungen und Vorschlägen darum, die heute gegebenen Spielräume auszunutzen, um eine Änderung der Entwicklungsrichtung hin zu einer sozialen und ökologischen Wirtschaft einzuleiten. Wir sind uns bewußt, daß schon solche ersten Maßnahmen den heftigsten Widerstand der etablierten Parteien und der Herrschenden in unserem Lande hervorrufen werden. Wir sind angewiesen auf die Unterstützung der Betroffenen, wie der Organisation ihrer unmittelbaren Interessenvertretung.

135. Wir suchen daher die Zusammenarbeit mit allen sozialen Bewegungen, die sich für soziale und ökologische Veränderungen der Produktion einsetzen, mit der Gewerkschaftsbewegung, der Frauenbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, den Arbeitsloseninitiativen und Initiativen gegen Sozialabbau, der Hausbesetzer-

hinaus direkt (z.B. AEG) und indirekt (Infrastruktur, Ausbildungssystem) subventioniert werden. Wegen der wichtigen Impulse, die von diesem Sektor ausgehen, ist er durch staatliche Förderung zu stärken und auszuweiten, ohne dadurch seine Autonomie zu beschränken.

134. Es geht uns mit unseren Forderungen und Vorschlägen darum, die heute gegebenen Spielräume auszunutzen, um eine Änderung der Entwicklungsrichtung hin zu einer sozialen und ökologischen Wirtschaft einzuleiten. Wir sind uns bewußt, daß schon solche ersten Maßnahmen den heftigsten Widerstand der etablierten Parteien und der Herrschenden in unserem Lande hervorrufen werden. Wir sind angewiesen auf die Unterstützung der Betroffenen, wie der Organisation ihrer unmittelbaren Interessenvertretung.

135. Wir suchen daher die Zusammenarbeit mit allen sozialen Bewegungen, die sich für soziale und ökologische Veränderungen der Produktion einsetzen, mit der Gewerkschaftsbewegung, der Frauenbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, den Arbeitsloseninitiativen und Initiativen gegen Sozialabbau, der Hausbesetzer-bewegung und Mieterinitiativen usw.

136. Als Organisation der Lohnabhängigen sind die Gewerkschaften für die Entwicklung einer alternativen Wirtschaftspolitik von besonderer Wichtigkeit. Wir GRÜNEN sind allerdings der Meinung, daß die DGB-Gewerkschaften in einer Reihe wichtiger Fragen der kapitalistischen Entwicklungslogik nach wie vor zu sehr verhaftet sind. Die Zuspitzung der sozialen und ökologischen Probleme wird aber auch in den Gewerkschaften zunehmend zum Anlaß genommen, neue und erfolgreichere Strategien zu finden.

137. Wir GRÜNEN treten für die Entwicklung einer aktiven Gewerkschaftspolitik, besonders einer gewerkschaftlichen Betriebspolitik ein, die auf soziale und ökologische Veränderung von Produkten und Produktionsverfahren orientiert. Zur Durchsetzung von alternativen Investitionsprogrammen, betrieblichen Produktionsumstellungen und Arbeitszeitverkürzungen müssen die Gewerkschaften den wesentlichen Beitrag leisten. Dafür ist die Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie eine grundlegende Voraussetzung.

138. Für die etablierten Parteien ist Wirtschaftspolitik eine Sache, die sich allein innerhalb der herrschenden Strukturen parlamentarischer Entscheidungen bewegt. Die von uns geforderten einleitenden Maßnahmen in Richtung auf eine ökologische und soziale Wirtschaft lassen sich aber nicht alleine in den Parlamenten durchsetzen. Wir suchen deshalb die Zusammenarbeit mit allen außerparlamentarischen Basisbewegungen, die die Interessen der Betroffenen artikulieren.

Gabriel Garcia Márquez –

Politisches Engagement und hohe literarische Leistung

Von Bernd Wagner

Ich glaube, daß der große politische Beitrag des Schriftstellers darin besteht, sich weder um seine Überzeugung noch um die Wirklichkeit herumzumogeln, sondern dazu beizutragen, daß der Leser durch sein Werk die politische und soziale Wirklichkeit seines Landes oder seines Kontinents besser verstehen lernt, und ich glaube, daß das die politische Funktion des Schriftstellers ist.“ So Gabriel Garcia Márquez in einem Interview über sein Selbstverständnis als politischer Schriftsteller. (zit. n. SZ 22.10.1982)

Es scheint mir unbestreitbar, daß der Kolumbianer Gabriel Garcia Márquez einer der besten Schriftsteller der Gegenwart ist; ein Erzähler, der fabulieren kann, daß der Leser von der ersten bis zur letzten Zeile in Bann geschlagen ist; der Spannung durch den ganzen Roman schafft, auch wenn auf der ersten Seite das zentrale Ereignis schon vorweg genommen ist; der Realität, Traum und Mythos zu einem Ganzen verbindet und damit Wirklichkeit erkennbar werden läßt; der in seinen Romanen lateinamerikanische Geschichte und Gegenwart erfahrbar macht.

Aber kaum etwas ist mir in der Literatur so zuwider wie das unkritische Schwelgen in Superlativen und das Hochjubeln eines Schriftstellers. Bei Gabriel Garcia Márquez konnte man das seit einiger Zeit beobachten. Als im letzten Sommer sein neuestes Buch „Chronik eines angekündigten Todes“ veröffentlicht wurde, war die Startauflage von 100000 Expemplaren schon fast im voraus verkauft, und die Übersetzungsrechte in zig Sprachen waren unter Dach und Fach, als noch kaum jemand das Buch gelesen hatte. Als am vergangenen Donnerstag das Nobelpreiskomitee bekanntgab, daß der diesjährige Literaturnobelpreis an Gabriel Garcia Márquez vergeben wird, steigerte sich der literarische Rummel um den Schriftsteller noch um ein Beträchtliches. Es hagelte nur so von Lob. Von der „Frankfurter Rundschau“ und der „Süddeutschen Zeitung“ über den „Spiegel“ und die FAZ bis zu TAZ und UZ war der Chor fast einstimmig.

Soviel Gleichklang und Schwelgen macht mich stutzig, weniger weil ich die Bücher Gabriel Garcia Márquez' selbst gern lese und für politisch und literarisch gut halte, sondern vor allem weil der neue Nobelpreisträger politische Positionen vertritt, die in den Spalten der meisten Organe, die sich lobend über ihn auslassen, sonst nicht gern gesehen werden.

In ihrer dümmlichen Art hebt die UZ das unter der Überschrift „Literaturnobelpreis an einen Freund Kubas“ hervor und sieht in der Preisverleihung „seitens des Nobelkomitees ein nicht unwichtiges Zeichen gegen die Reagan-Politik“. Sowas muß man nicht ernst nehmen, aber richtig ist, daß Gabriel Garcia Márquez nicht nur ein persönlicher Freund des konservativen kolumbianischen Staatspräsidenten Betancur und des sozialistischen französischen Präsidenten Mitterrand, sondern auch des kubanischen KP- und Regierungschefs Fidel Castro ist; daß er die Sitzungen des Russell-Komitees über Folter in Lateinamerika (1973 – 75) mitgeleitet hat; 1978 als Einheitskandidat der Linken für die Präsidentschaft kandidierte; lange Zeit als Korrespondent für die kubanische Nachrichtenagentur tätig war; an linken Zeitschriften mitarbeitet, die häufig von der Regierung verboten wurden; die Gelder von Preisverleihungen an linke politische Gruppen gibt; für die Sandinistische Revolution in Nicaragua vehement Partei ergreift; sich als Marxist versteht und für ein sozialistisches Lateinamerika eintritt; mit der Guerillaorganisation M 19 sympathisiert ... usw. – alles Ausdruck eines radikalen politischen Engagements, wo ein viel geringerer Teil für manchen anderen guten Schriftsteller schon hingereicht hat, ihn in den bürgerlichen Zeitungen nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen.

Zwar wird gegenwärtig wieder häufig aus der Erklärung von Gabriel Garcia Márquez zitiert, als er 1981 wieder nach Mexiko ins Exil ging (nachdem er verdächtigt worden war, Waffen aus Kuba an die Guerillas weitergeleitet zu haben), „meine einzige Waffe ist meine Schreibmaschine“. Was er aber in seiner „autobiographischen Notiz“ (1966) geschrieben hat, scheint vergessen zu sein: „Ich spreche nie über Literatur, weil ich nicht weiß, was sie ist, und überdies bin ich überzeugt, daß die Welt ohne sie die gleiche wäre. Dagegen bin ich überzeugt, daß sie völlig anders wäre, wenn es keine Polizei gäbe. Darum glaube ich, daß es für die Menschheit nützlicher gewesen wäre, wenn ich nicht Schriftsteller, sondern Terrorist wäre.“ (Die Zeit, 10.10. 75)

Nur gut, es geht bei dem Nobelpreis um Literatur, aber ansonsten wird auch nicht so fein säuberlich unterschieden. So war es z.B. um den Ruf Sartres hierzulande bei einem großen Teil der literarischen Öffentlichkeit geschehen, als er demonstrativ in Paris eine verbotene maoistische Zeitung verkaufte, spätestens aber, als er die RAF-Häftlinge in Stammheim besuchte. Vor allem lassen sich die politischen Auffassungen, es sei denn sie äußern sich nur in Eskapaden und Moden, nicht von den literarischen Arbeiten trennen, schon gar nicht bei Gabriel Garcia Márquez und der gesamten lateinamerikanischen Literatur.

Daß es trotzdem zu diesem fast einstimmigen Lob für die Entscheidung des Nobelpreiskomitees kommt, liegt in der Art und Weise, wie Gabriel Garcia Márquez auf der einen Seite strikt zwischen journalistischer und literarischer Tätigkeit trennt und keine politische Bekenntnisliteratur schreibt, auf der anderen Seite seine politischen und gesellschaftlichen Auffassungen, literarisch verarbeitet, nicht plakativ und agitatorisch, sein ganzes Werk durchziehen. Seine Romane und Erzählungen sind aufgrund ihrer literarischen Qualität und ihres sozialen Gehalts nicht nur für die literarisch Gebildeten, lesbar, sondern auch für die breite Masse des Volkes und werden von ihr auch gelesen, sofern sie lesen kann. Sieben Millionen verkaufte Exemplare von „Hundert Jahre Einsamkeit“, ein Buch, das 1967 erschienen und in 32 Sprachen übersetzt ist, sprechen für sich. Hier haben die Leser entschieden, was für sie wichtige Literatur ist. Da können auch keine Kritiker was daran ändern, sondern höchstens versuchen, die Seiten des Werkes hervorzuheben, die ihnen sympathisch sind.

Der Erfolg der Bücher von Gabriel Garcia Márquez ist Ausdruck einer zur Vollendung gebrachten neuartigen literarischen Richtung lateinamerikanischer Literatur, die mit den Werken von A. Carpentier, M. Asturias und P. Neruda begonnen hat und die unter dem Fachbegriff „magischer Realismus“ zusammengefaßt wird. Dieser magische, integrale oder phantastische Realismus zeichnet sich durch eine Verbindung von Mythos und Wirklichkeit, der Aufnahme der „anderen Seite der Realität“, und durch eine Vielschichtigkeit der Ebenen, Handlungsbezüge, Spannungselemente, Stilarten und Themenkomplexe aus.

Die Grenze zwischen Mythos und Wirklichkeit wird in den Werken Gabriel Garcia Márquez' verwischt, aber nicht, um die Wirklichkeit in mythologischer oder mystischer Sicht zu verdunkeln, sondern um die verschiedenen Seiten der Wirklichkeit erfahrbar zu machen. Dabei hat die Einbeziehung des Mythos nicht nur in Lateinamerika, sondern in allen Ländern der Dritten Welt eine andere Funktion als in Europa, das ein Zeitalter der bürgerlichen Revolution und der Aufklärung hinter sich hat. Analphabetismus und eine auf eine kleine Oberschicht in den Städten eingeschränkte Öffentlichkeit, extreme Klassengegensätze und der Ausschluß der unteren Volksklassen von den elementarsten Bildungs- und Kulturmöglichkeiten weisen den mündlichen Überlieferungen, die vielfach nur in mythologischen Veränderungen, Anreicherungen, Umformungen und Ergänzungen weitergegeben werden, eine elementare Funktion zu bei der Herausbildung eines geschichtlichen Bewußtseins, das sich nicht auf schriftliche Quellen beziehen kann. Die mündlich überlieferte Version der Geschichte bildet das einzige Korrektiv gegenüber einer verfälschenden, die Wahrheit unterdrückenden herrschenden Interpretation der Geschichte.

Deutschsprachige Bücher
Hundert Jahre Einsamkeit,
Kiepenheuer & Witsch Paperback 3, 12,80 DM
Das Leichenbegräbnis der Großen Mama,
dtv 1237, 6,80 DM
Laubsturm, dtv 1432, 4,80 DM
Der Herbst des Patriarchen, dtv 1537, 9,80 DM
Der Oberst hat niemand, der ihm schreibt,
dtv 1601, 4,80 DM
Die böse Stunde, dtv 1717, 5,80 DM
Chronik eines angekündigten Todes,
Kiepenheuer & Witsch, 24,00 DM
Die Nacht der Rohrdommeln,
Kiepenheuer & Witsch, 18,00 DM
Bericht eines Schiffbrüchigen,
Kiepenheuer & Witsch

In „Hundert Jahre Einsamkeit“ wird z.B. ein Massaker an streikenden Bananenarbeitern geschildert. Der Streik und das Massaker haben stattgefunden. In den Geschichtsbüchern Kolumbiens findet sich nichts darüber, er lebt nur in der Erinnerung einiger weniger Überlebender, ansonsten ist er aus dem Gedächtnis gestrichen. In dem Roman werden alle Überlebenden und Zeugen des Massakers bis auf einen verfolgt und umgebracht und auf Nachfragen wird den Angehörigen erklärt: „Muß ein Traum gewesen sein. In Macondo ist nichts passiert und wird auch nichts passieren. Es ist ein friedliches Dorf.“ Die Verdrängung der Wirklichkeit geht auch im Roman so weit, daß der Leser anfängt zu zweifeln, ob es nicht wirklich ein Traum war. Die Wirklichkeit wird zum Traum erklärt, der Traum zum Gedächtnis der geschichtlichen Wirklichkeit. Mythos und Realität wechseln beständig ihre Positionen und ergänzen sich.

Für den europäischen, für alle nichtlateinamerikanischen Leser liegt darin aber auch eine erhebliche Verständnisschwierigkeit, denn der Mythos, das was er umhüllt, verzerrt, umdeutet, ist eng gebunden an den Träger des Mythos, das Volk, das ihn erzählt und weitergibt. Gerade weil er Mythos ist und in der mündlichen Erzählung lebt, ist er für einen europäischen Leser weniger zugänglich als etwa Werke europäischer Literatur für lateinamerikanische Leser, da sie sich auf geschriebene Geschichte und Überlieferung beziehen. Hier liegt auch die Gefahr, daß der soziale Kern des Romans verkannt wird und sich die europäischen Leser oder Kritiker in einem Labyrinth mythologischer Bezüge verirren und Mystizismus gesehen wird, wo die phantastische Gestaltung der Wirklichkeit ein Bild der historischen Wirklichkeit geben will und gibt, das nicht erkannt wird, und wo statt dessen allerlei hineininterpretiert, herausgelesen und übersehen wird.

Die zweite zentrale Eigenschaft, die den Büchern von Gabriel Garcia Márquez eine so breite Resonanz verschafft hat, ist die Vielschichtigkeit und Vielfalt, die ganz verschiedene Leser und Interessen anzieht. Es sind von der ersten bis zur letzten Seite spannende Erzählungen, globale sozialgeschichtliche Abrisse des lateinamerikanischen Kontinents, Charakter- und Sozialstudien, abenteuerliche und phantasievolle Romane, Märchen und Legendensammlungen und gesellschaftskritische Bücher in einem.

Die Stärke des Werks Gabriel Garcia Márquez', seine Vielfalt und Reichhaltigkeit und seine Verbindung von Mythos und Wirklichkeit, ist es auch, was ihn so interpretierbar und für viele so annehmbar macht, indem sie sich die ihnen passenden Seiten aus seinem Werk herausklauben – die einen eben den Freund Castros und die andern den mystisch-mythologischen, wortgewaltigen Romancier. Nur wird ihm dadurch keine Seite gerecht.

Die Verschränkung der verschiedenen Seiten seines Werkes wird am deutlichsten in seinem bekanntesten Werk „Hundert Jahre Einsamkeit“. Es ist die Geschichte der Familie Buendia und des Dorfes Macondo, aber auch die Geschichte Kolumbiens und ganz Lateinamerikas. Am Anfang steht ein Sündenfall – ein Mord und eine inszestuöse Beziehung, die Auswanderung und die Genesis von Macondo; am Ende die Apokalypse mit einem sintflutartigen mehrjährigen Regen, einer endlosen Dürre und einem Hurrikan, in dem der letzte Buendia von Ameisen aufgefressen wird und das Dorf Macondo vom Erdboden verschwindet. Zwischen dem mythologischen Macondo, dem glücklichen Dorf ohne Außenweltkontakte, Ungleichheit und Tod und dem gewaltsamen Ende durch die Naturgewalten steht das historische Macondo, in dem mit der Ankunft des Landrichters, der Polizei und des Priesters, später des Militärs, die ursprüngliche Ordnung durch die Vertreter einer neuen Ordnung (Unordnung) zerstört wird. Einer der Buendias wird zum Führer einer der Bürgerkriegsparteien in einem Krieg, der sich 32 Jahre hinzieht. Gleichzeitig entwickelt sich ein bescheidener Wohlstand, es gibt eine Entwicklung, und es entstehen Unterschiede zwischen den Menschen, sie differenzieren sich in verschiedene



Schichten und Klassen. Eine neue Stufe setzt mit dem Einzug der Gringos ein, die eine Bananenplantage aufbauen, Lohnarbeiter ausbeuten, es kommt zur kurzen Wirtschaftsblüte und zur vollständigen Ankopplung an die übrige Welt, aber auch zum endgültigen Zerfall der alten Ordnung. Das Massaker an den streikenden Bananenarbeitern ist die deutliche Zäsur. Der endgültige Abstieg bis zur Apokalypse beginnt.

Schon dieser äußere Handlungsrahmen zeigt die unlösliche Verschränkung des mythischen Macondo im Anfangs- und Schlußteil mit dem historischen Macondo des Bürgerkriegs und des Imperialismus zur Zeit der United Fruit. Diese Verschränkung stellt sich überall dar. Keiner der Buendias ist nur real oder nur phantastisch; sei es, daß jemand zum Himmel steigt oder nur übernatürliche Kraft oder Potenz besitzt. Sowenig wie sich phantastische und historische Wirklichkeit im äußeren Handlungsverlauf und in den Personen trennen lassen, sowenig sind die inneren Handlungsabläufe einseitig geprägt: derbe Sinnlichkeit und überschäumende Lebensfreude wechseln mit maßloser Traurigkeit und selbstverlorener Einsamkeit. Individuelle Eigenschaften, auch phantastische, werden aus gesellschaftlichen Situationen verständlich und zu sozialen Problemen. Nichts ist eindeutig und eindimensional. Macondo ist das literarische Symbol einer Wirklichkeit, die unwirklich, aber wahr ist.

Fernsehtip

Die mittlerweile schon bekannte Praxis, sich mit kriminellen Methoden Organe für Transplantationen anzueignen, wurde in dem Fernsehfilm **„Fleisch“** zu einer Kriminalstory verarbeitet. Der Film, der 1979 zum erstenmal gezeigt wurde, erregte damals einiges Aufsehen. *Samstag, 30.10., 23.05 Uhr im ZDF* – Michael Verhoeven – Regisseur der „Weißen Rose“ – hat sich in seinem Film **„Die Mutprobe“** mit dem Thema Kriegsdienstverweigerung auseinandergesetzt. Ein Jugendlicher der den Kriegsdienst verweigern will, kommt nicht nur unter Druck seiner Freunde und Verwandten, sondern erlebt nach dem gewonnenen Verfahren auch einige zweifelhafte Dinge in seinem Zivildienst. *Sonntag, 31.10., 19.30 Uhr im ZDF* – Ein weiterer Beitrag zum „Goethe-Jahr“ stellt das Trauerspiel **„Egmont“** dar. Am Beispiel der Unterdrückung der Niederlande durch die Spanier, suchte Goethe die Auseinandersetzung mit der ersten Freiheitsbewegung in der jüngeren europäischen Geschichte. *Sonntag, 31.10., 21.10 Uhr im ARD* – Ungewöhnliche Zeit, aber äußerst interessant: **„Gamin – Die Kinderbanden von Bogotá“**, ist ein Dokumentarfilm über die Lage Tausender von Jugendlichen, die am Rande der kolumbianischen Hauptstadt dahinvegetieren. Ciro Duran, Autor und Regisseur, produzierte diesen Film 1977. *Montag, 1.11., 16.45 Uhr im ZDF* – Die italienische Wirklichkeit spiegelt sich in dem Spielfilm **„Drei Brüder“** von Francesco Rosi wieder. Der Film, erst jüngst auf Filmfestspielen vorgestellt, zeigt den Konflikt zwischen drei Brüdern im Angesicht des Todes ihrer Mutter. Raffaele, liberal-konservativer Richter in Rom, Nicola, Automobilarbeiter und linker Gewerkschafter in Turin, und Rosco, Idealist und Leiter eines Heims für schwer erziehbare Kinder in Neapel, philosophieren über die gesellschaftliche Situation in Italien. *Montag, 1.11., 21.20 Uhr im ZDF*